



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Stellvertretender Ministerpräsident; Josef Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag; Oberbürgermeister Markus Panermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Finanzminister Albert Füllacker; Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags; Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Landratspräsident Landrat Christian Bernreiter.

Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Kommunaler Finanzausgleich 2022:

Trotz Krise erneut auf Rekordniveau

Mehr Geld für die bayerischen Kommunen: 2022 erhalten sie 10,4 Mrd. Euro vom Freistaat, rund 128 Mio. Euro mehr als vergangenes Jahr. Hinzu kommen einmalig zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro. Darauf einigten sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände in München.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füllacker erläuterte, „steht der Freistaat fest und zuverlässig an der Seite der Kommunen. Wir knüpfen mit einem starken kommunalen Finanzausgleich 2022 nahtlos an die massive Unterstützung in den letzten Jahren an. Unsere zusätzliche Investitionsinitiative ist eine wuchtige Stärkung auf dem Weg aus der Krise. Wir schaf-

fen damit die Voraussetzungen, dass unsere Kommunen auch im nächsten Jahr kraftvoll in die Zukunft investieren können. Der kommunale Finanzausgleich 2022 sichert eine stabile, zukunftsfähige Infrastruktur und ist zugleich ein großer Schub für Bayerns Konjunktur und einen dynamischen Neustart.“

Der Freistaat Bayern schafft damit die Voraussetzungen,

halten die Landratsämter zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen.

Stabile Finanzausweisungen

Die allgemeinen Finanzausweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich bleiben stabil auf dem Rekordniveau von (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Krisenstrukturen stärken

Für krisenfeste Strukturen in Bund, Ländern und Kommunen hat sich der Deutsche Landkreistag ausgesprochen. Zwischen den staatlichen Ebenen sollte das Zusammenspiel weiter verbessert werden. „Allerdings ist eine Verlagerung operativer Befugnisse von den Landkreisen und Städten auf den Bund nicht der richtige Weg“, machte der Verbandspräsident, Landrat Reinhard Sager, nach der Sitzung des Präsidiums im Landkreis Trier-Saarburg deutlich.

Teil der Kriseninfrastruktur seien auch die Gesundheitsämter der Landkreise. Hier sind die Länder aus Sagers Sicht aufgefordert, die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gemeinsam mit den Landkreisen voranzutreiben. „Auf eine dauerhafte Finanzierungszusage seitens der Länder warten wir noch immer. Bei den Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern könnten wir insgesamt schon viel weiter sein.“

Belastbare Verabredungen

Benötigt würden zügig belastbare Verabredungen, damit die Landkreise und kreisfreien Städte überhaupt erst Planstellen schaffen, ausschreiben und einstellen können. Damit verbunden sei die Zusage der Länder, ihrerseits gegenüber den Landkreisen die aus dem Pakt entstehenden kommunalen Mehrausgaben vollständig und dauerhaft auszugleichen, erläuterte

Jahrestagung des Bayerischen Bezirktags in Fürstenfeldbruck:

Versorgungsauftrag erfüllt

Die Corona-Pandemie hat viele neue Fragen aufgeworfen. Dennoch zeigte sich der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Landrat Franz Löffler (Cham), bei der Vollversammlung in Fürstenfeldbruck überzeugt: „Auf die Bezirke war vor und während der Pandemie Verlass. Wir werden auch nach dieser besonderen Zeit für die Menschen in Bayern da sein und ihnen die Unterstützung und Hilfe zur Verfügung stellen, die sie in ihrer jeweiligen Situation benötigen.“

„Für uns stand die Versorgung der Menschen, die auf unsere Leistungen insbesondere im Bereich der Psychiatrie, der Eingliederungshilfe sowie Hilfe zur Pflege angewiesen sind, ganz klar im Fokus“, erläuterte Löffler. Doch nun müsse man den Blick in die Zukunft richten und überlegen, wie die Bezirke in Zeiten von sinkenden Einnahmen und angespannten öffentlichen Haushal-

ten sowie immer neuer gesetzlicher Zuständigkeiten ihre Aufgaben auch weiterhin zuverlässig wahrnehmen können.

Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro

Löffler zufolge hatten die Bezirksverwaltungen im Jahr 2020 allein durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sowie

des Angehörigenentlastungsgesetzes Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro. Gleichzeitig stiegen die Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege seit Jahren stetig an. Auch die gerade beschlossene Reform der Pflegeversicherung werde einen weiteren Kostenanstieg im Bereich der Hilfe zur Pflege nicht nachhaltig verhindern.

Spahns Pflegereform führt zu unberechenbaren Kosten

Die Pflegereform von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist aus Sicht des Verbandspräsidenten zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch gehen ihm die Entlastungen für die Pflegebedürftigen nicht weit genug: „Dadurch, dass der Eigenanteil für die Pflege nicht gedeckelt wird, bleiben die Kosten für die Heimbewohnerinnen und -bewohner unberechenbar. Bessere Personalschlüssel sowie eine Bezahlung nach Tariflöhnen sind gut und richtig, werden aber die Kosten weiter in die Höhe treiben.“

Um pflegebedürftige Menschen und auch die Sozialhilfeträger dauerhaft zu entlasten, müsse der Bund für eine ausreichende Finanzierung der Pflegeversicherung sorgen. „Die Erhöhung des Pflegeversicherungs- (Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Staatsminister Klaus Holetschek gemeinsam mit Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags. Bild: Bayerischer Bezirktag

KPV-Vorsitzender Stefan Rößle:

Kommunen bleiben zukunftsfähig

Die KPV setzte sich im Vorgespräch zum Kommunalem Finanzausgleich für stabile Schlüsselzuweisungen, die verstärkte Investitionsförderung über das FAG sowie eine Kompensation der Steuerausfälle in 2021 durch Bund und Freistaat ein.

So zeigte sich der KPV-Landesvorsitzende und Landrat Stefan Rößle äußerst zufrieden mit den Verhandlungsergebnissen aus dem Kommunalem Finanzausgleichs 2022 und stellte klar: „Unsere Kommunen müssen in den nächsten Jahren zukunfts- und investitionsfähig sein sowie gestärkt aus der Krise hervorgehen.“ Insbesondere die zusätzliche Investitionsförderung für den kommunalen Hochbau und die neuen Fördermittel für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten begrüßt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU sehr. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

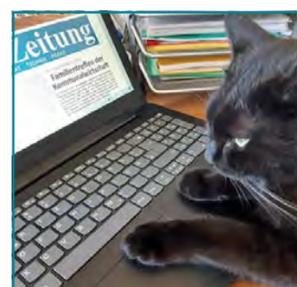
dass seine Kommunen auch in Zeiten der Corona-Krise weiterhin ihre wichtigen Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. Auch der Bund müsse seiner Verantwortung gerecht werden und die Kommunen im nächsten Jahr spürbar unterstützen. Kommunalminister Joachim Herrmann ergänzte: „Wir stärken unseren Kommunen den Rücken. Das ist für mich ein starkes Signal, wie wichtig dem Freistaat leistungsfähige Kommunen sind.“

Unter anderem umfasst der kommunale Finanzausgleich 4 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen – eine Steigerung um 67 Mio. Euro gegenüber dem vergangenen Jahr. Wie bereits in den vergangenen drei Jahren er-

ren Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen gemeinsame Krisenübungen, die intensivierte Aus- und Weiterbildung sowie die Stärkung des Ehrenamtes. Dies gelte vor allem bei Großschadenslagen, die den Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder eines Landes überschreiten.

Klare Regeln und Absprachen

Für das Zusammenwirken der verschiedenen Stellen bedürfe es nicht nur klarer Regeln und Absprachen, die Zusammenarbeit müsse auch immer wieder mit Blick auf verschiedene Krisenszenarien geübt werden. Zu (Fortsetzung auf Seite 4)



Endlich ist es da, das erste rein elektrische Dienstfahrzeug der Stadt. Ob es sich angesichts immer neuer Technologien schon überholt hat, da zeigt sich der Bürgermeister entspannt. Er meint, dass Fortschritt ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien wäre, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten sei. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ungeklärte Fragen bei Beschaffung mobiler Luftfilter	2
Bayerisches Digitalministerium startet „digital verein(t)“	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV-Zukunftsthema: Digitalisierung unserer Kommunen	3
Deutscher Städtetag: Schuldenberg und Corona-Welle	3
2. Stufe der Behördenverlagerungen	4
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	5
Kommunale Energiethemen	6-10
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	11
GalLaBau - Kommunalfahrzeuge	12-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Beschaffung mobiler Luftfilter:

Ungeklärte Fragen

Im Rahmen der jüngsten Ministerratssitzung hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, für die Klassenzimmer aller Schulen sowie für die Gruppen- und Funktionsräume aller Kitas, Großtagespflegestellen und Heilpädagogischen Tagesstätten erneut mobile Luftreinigungsgeräte anzuschaffen. Hierfür stellt die Staatsregierung insgesamt über 190 Mio. Euro zur Verfügung. Mit der Förderung des Freistaats können die Kommunen so über 100.000 Räume ausrüsten.

Nach Angaben der Staatsregierung ist das Lüften nach übereinstimmender Aussage aller Experten ein wesentliches Element zur Reduzierung der Virenlast in Innenräumen. Mobile Luftfilter könnten das bewährte Quer- und Stoßlüften dabei sinnvoll ergänzen. Welche Gerätetypen förderfähig sind, legt das Landesamt für Gesundheit fest. Die Beschaffungskosten werden mit bis zu 50 Prozent vom Freistaat gefördert. Auch bereits geförderte Träger können für weitere Räume erneut Mittel beantragen. Der Förderzeitraum beginnt rückwirkend zum 1. Mai 2021. Anträge können bis zum 31. Dezember 2021 gestellt werden.

(Zu) hohe Erwartungen

In einer ersten Einschätzung wies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, darauf hin, dass die Ankündigung bei Eltern-, Schüler- und Lehrerschaft zu hohe Erwartungen wecke. Zum einen sei nach wie vor nicht geklärt, welchen Beitrag mobile Lüftungsgeräte im Sinne des Infektionsschutzes tatsächlich leisten können. Dies sei aber die entscheidende Frage. Zudem sei höchst fraglich, ob sich bis zum Schuljahresbeginn alle insgesamt rund 100.000 Klassenzimmer und 52.000 Kita-Räume in Bayern mit Lüftungsgeräten ausstatten lassen.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Paul
97785 Mittelsinn
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lothar Müller
95703 Plößberg
am 15.7.

Landrat Klaus Löffler
96317 Kronach
am 16.7.

Bürgermeister David Schneider
91469 Hagenbüchach
am 21.7.

Bürgermeister
Anton Freudenstein
94148 Kirchham
am 25.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Behringer
94169 Thurmsbang
am 25.7.

Bürgermeister Gerd Dallner
96178 Pommersfelden
am 26.7.

Bürgermeisterin
Stephanie Fuchs
63875 Mespelbrunn
am 28.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jan Paeplow
85614 Kirchseon
am 20.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Moritz Sammer
63814 Mainaschaff
am 22.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

Konkrete Angaben zur Höhe der Kosten, zum möglichen Zeitrahmen und zur Ausgestaltung des angedachten Förderprogramms seien leider noch nicht getroffen worden, betonte Pannermayr. Die Kommunalpolitik in den Rathäusern begleite die Versprechen der Staatsregierung mit Skepsis, denn es stellten sich viele Fragen für die Praxis: Welche Vergaberichtlinien gelten? Sind mobile Geräte tatsächlich für eine effiziente Luftreinigung geeignet, zumal sie das Lüften nicht ersetzen können? Besteht die Gefahr, mobile Lüftungsgeräte zu erwerben, die sich im Betrieb ab Herbst 2021 für den Einsatz gegen Viren und Aerosole als ungeeignet erweisen? Wer übernimmt die erheblichen Folgekosten für Gerätewartung und -pflege?

Gefahr von Fehlkäufen

Der Austausch mit zahlreichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, so der Städtetagschef, habe gezeigt, dass die Kommunen nicht Gefahr laufen wollen, auf die Schnelle Lüftungsgeräte zu erwerben, die sich letztlich als zu teuer oder zu wenig effektiv für die Lufthygiene erweisen. Die Gefahr von Fehlkäufen unter Zeitdruck und unter den Marktbedingungen von steigender Nachfrage sei erheblich. Mit einem noch nicht klar definierten Förderprogramm des Freistaats würden die Kommunalpolitiker unter Druck gesetzt.

So kritisiert Elmar Stegmann, Lindauer Landrat und Vorsitzender der schwäbischen Landräte: „Wenn die Luftreinigungsgeräte einen hohen Schutz für die Schüler und Lehrer bieten, so darf über eine Anschaffung nicht diskutiert werden. Für meine schwäbischen Landratskolleginnen und -kollegen und mich sind aber noch viele Fragen offen und bei einem so ho-

hen Einsatz von Steuergeldern müssen diese vorab geklärt sein. Allein im Landkreis Lindau kostet die weitere Ausstattung der Klassenzimmer mit Luftreinigungsgeräten etwa 800.000 Euro und ich befürchte, dass der flächendeckende Einsatz solcher Geräte nur Kosmetik ist, die fast nichts bringt.“

Zu wenig hinterfragt sei nach derzeitigem Kenntnisstand der tatsächliche Nutzen von Luftreinigungsgeräten bei der Pandemiebekämpfung, stellt Stegmann fest. Denn der Einsatz solcher Geräte verhindere nicht per se eine Infektion oder Quarantäne. Vielmehr müsse jeder Einzelfall vom zuständigen Gesundheitsamt genau geprüft werden. Die Erfahrung der vergangenen Monate zeige, „dass ein Luftreinigungsgerät Lehrern, Eltern und Schülern eher ein falsches Gefühl von Sicherheit vermittelt als tatsächlichen Nutzen zu bringen“.

„Die Frage ist, ob die Geräte in einem voll besetzten Klassenzimmer Viren in einem Umfang filtern, der wirklichen Schutz für

Stärkung des digitalen Ehrenamts:

Bayerisches Digitalministerium startet „digital verein(t)“

Ministerin Gerlach: „Wir bringen digitale Werkzeuge zu den Vereinen vor Ort“

Digitalministerin Judith Gerlach hat die bayernweite Initiative „digital verein(t)“ gestartet. Dabei werden an 21 Standorten in Bayern Vereine bei der Digitalisierung unterstützt.

Bei der Eröffnung des ersten Standorts in Neustadt an der Aisch erklärte Gerlach: „Mit dem Projekt vermitteln wir digitale Werkzeuge, um die Vereinsarbeit auch in der digitalen Welt lebendig zu gestalten. Die Themen reichen vom Schutz der Vereinsdaten, der sicheren Gestaltung der Vereinshomepage, dem Austausch über Messenger und soziale Medien bis zur Organisation von Videokonferenzen, Wikis und Webinaren. Mit unserer Initiative gehen wir dabei zu den Vereinen und Ehrenamtlichen vor Ort und unterstützen sie, durch konkrete Angebote und mobile Teams, die richtige digitale Lösung für sich zu finden. Neustadt an der Aisch ist heute der Startpunkt. Insgesamt soll zukünftig an 21 Kompetenzstandorten in ganz Bayern digitales Know-how vermittelt werden. Für dieses zukunftsweisende Angebot stellt das Digi-

talministerium insgesamt rund 850.000 Euro zur Verfügung. Es freut mich sehr, dass Manuel Neuer, Torwart des FC Bayern und der deutschen Nationalmannschaft, die Patenschaft für die Initiative übernommen hat.“

Eignung und Standards für bestmöglichen Schutz

Aus Pannermayrs Sicht wäre es notwendig gewesen, bereits im Vorfeld mit den Sachaufwandsträgern in den Kommunen den engen Kontakt zu suchen, um die Fülle ungeklärter Fragen

zu besprechen. Vor allem hätte deutlich früher geklärt werden müssen, welche Geräte geeignet sind und welche Standards nötig sind, um möglichst guten Schutz für Lernende und Lehrende zu gewährleisten. „Dann hätte es auch eine realistische Chance gegeben, die Geräte bis zum Beginn des neuen Schuljahres verfügbar zu haben.“

Auch Gemeindefesttagspräsident Dr. Uwe Brandl kritisierte die Entscheidung der Staatsregierung. In einem Bayern 2-Interview verwies er darauf, dass noch nicht alle Fakten zu dem Thema auf dem Tisch lägen und trotzdem über den Kauf entschieden worden sei. Die Kommunen seien von der Entscheidung „überrumpelt“ worden. „Mit uns hat keiner gesprochen.“ Aus Brandls Sicht würde die Staatsregierung nicht 50 Prozent der Kosten übernehmen, denn hinzukommen würden Kosten für Berater, Installation und Wartung. Vor allem aber gebe es noch keine gesicherten Beweise für die Wirkung von Luftfiltern auf Viren. **DK**

talministerium insgesamt rund 850.000 Euro zur Verfügung. Es freut mich sehr, dass Manuel Neuer, Torwart des FC Bayern und der deutschen National-



Judith Gerlach. Bild: Giulia Iannicelli

mannschaft, die Patenschaft für die Initiative übernommen hat.“

Manuel Neuer, der als Stifter der Manuel Neuer Kids Foundation mit ähnlichen Problematiken zu kämpfen hat, weiß: „Vereine sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Sie bündeln ehrenamtliches Engagement und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Leben in Bayern. Aber auch Vereine brauchen regelmäßig ein organisatorisches Update. Die Aktion ‚digital verein(t) in Bayern‘ soll den Vereinen digital unter die Arme greifen – eine wichtige Initiative, die ich gerne unterstütze.“

Die Initiative „digital verein(t) in Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales hilft ehrenamtlich engagierten Menschen und Vereinen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen: mit Handbüchern, Workshops, Online-Seminaren sowie einem mobilen Ratgeberteam. „Digital verein(t) in Bayern“ wird von Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN) in Kooperation mit der lagfa bayern e.V. – Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als zentrale Anlaufstelle im Bundesnetzwerk Digitale Nachbarschaft betrieben.

Ab Juli 2021 wird ein Ratgeberteam für die Vereine mit einem Infobus unterwegs sein, welches die digital verein(t)-Standorte ansteuert und dort Workshops und Seminare anbietet. Ein Überblick über alle Termine,

Angebote und die Standorte als interaktive Karte befindet sich ab sofort auf der Website digitalverein.de.

Fragen aus der täglichen Vereinsarbeit stehen im Mittelpunkt des digitalen und analogen Lernmaterials. Bis Jahresende werden in zehn Themenfeldern Handbücher und Checklisten erscheinen. Unterstützung für Inhalte, Methodik und Didaktik der Angebote bekommt das Projekt vom Bundesnetzwerk Digitale Nachbarschaft: „Wir unterstützen Vereine dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen – so können sie die Gesellschaft in neuer Weise mitgestalten.“ erklärte Dr. Nils Weichert, Leiter des Bundesnetzwerks bei Deutschland sicher im Netz e.V. Für DsiN sprach unter anderem der DsiN-Vorstandsvorsitzende Dr. Robert Reinermann (VdS-Schadenverhütung) über die Bedeutung von flächendeckender Vernetzung auch im digitalen Ehrenamt.

Standorte der nächsten Workshops:

- Koordinierungszentrum Bürgergesellschaftliches Engagement (KoBE) LK Wunsiedel
- Freiwilligenagentur Landshut (fala): Landshut
- Freiwilligenagentur LK Berchtesgadener Land: Bad Reichenhall
- Servicestelle Ehrenamt LK Schweinfurt: Schweinfurt
- Servicestelle Ehrenamt LK Würzburg: Würzburg
- KoBE LK Kulmbach: Kulmbach
- KoBE LK Neuburg-Schrobenhausen: Neuburg an der Donau
- Ehrenamtsbüro LK Erlangen-Höchstadt: Erlangen
- Servicestelle Ehrenamt LK Ostallgäu: Marktoberdorf
- Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg aktiv!“: Aschaffenburg
- FöBE München: München
- Freiwilligenagentur „packmas“ LK Rottal-Inn: Arnstorf
- Freiwilligenagentur „Schaffenslust“ Memmingen und Unterallgäu: Memmingen

Über Deutschland sicher im Netz e.V.

Der gemeinnützige Verein DsiN wurde 2006 im Rahmen des 1. Nationalen IT-Gipfels (heute: DigitalGipfel) der Bundesregierung gegründet. Als Ansprechpartner für Verbraucher:innen und kleinere Unternehmen befähigt der Verein durch konkrete Hilfestellungen zum sicheren

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenkommunikation in Kommunen | Krisen, Projekte und Krisenprojekte

20. Juli 2021, 14:00 - 15:30 Uhr
Krisenkommunikation in Kommunen in Zeiten von Ad-hoc-Journalismus und Aktivbürgern. Die Veranstaltung umfasst die Bereiche Krisenprävention und Umsetzung von Krisenkommunikation. Welche Arten von Krisen gibt es? Wie kann eine systematische Vorbereitung auf mögliche Krisen gelingen und welche Strukturen und Herangehensweisen helfen im Falle des Falls?
Referent:in: Sybille Geitel, Engel & Zimmermann
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Social Media Nutzung in Kommunen

21. Sept. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!
Referent:in: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte & DSGVO Teil 1:

25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Bildrechte & DSGVO Teil 2:

7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.
Referent:in: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) □

Umgang mit digitalen Diensten. DsiN ist Partner von Vereinen sowie auch der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat. www.sicher-im-netz.de

Über lagfa bayern e.V.

Die lagfa bayern ist der Zusammenschluss der rund 120 Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren Bürgergesellschaftliches Engagement in Bayern. Gemeinsam mit den Mitgliedseinrichtungen setzt sie sich aktiv für die Förderung des freiwilligen Engagements in Bayern ein. Die lagfa bayern versteht sich als Brückenbauerin zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft und handelt bedarfsorientiert als Partnerin und Beraterin von Organisationen, Initiativen, öffentlicher Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft. www.lagfa-bayern.de □

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Schuldenberg und Corona-Welle

Der Deutsche Städtetag hat davor gewarnt, bei kommunalen Investitionen den Rotstift anzusetzen. Bund und Länder wurden im Rahmen von Präsidiums- und Hauptausschusssitzungen in Berlin aufgefordert, in einer Gemeinschaftsaktion die Corona-Ausfälle bei der Gewerbesteuer für dieses und nächstes Jahr auszugleichen. Es gehe um die Zukunft der Städte.

Nach den Worten von Bundsvizepräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster, „fehlen uns 2021 und 2022 wegen Corona insgesamt 20 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Trotzdem gibt es anders als im vergangenen Jahr keine gemeinsame Hilfe von Bund und Ländern. Die Städte müssen deshalb reihenweise Projekte absagen oder auf die lange Bank schieben. Viele Städte sind gezwungen, bei dringend nötigen Investitionen in Schulen und Kitas zu sparen. Auch die Schuldenberge wachsen wieder.“

Den Städten sei nicht damit geholfen, dass Bund und Länder sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben, betonte Lewe. „Wie im vergangenen Jahr brauchen wir eine Gemeinschaftsaktion, und dafür müsste der Bund wieder die Initiative ergreifen. Bund und Länder müssen die Gewerbesteuerfälle durch Corona für 2021 und 2022 übernehmen. In den beiden Jahren fehlen zusammen mehr als 11 Milliarden Euro beim bundesweiten Aufkommen der Gewerbesteuer.“

Investitionen kürzen

Von den Städten kommt über die Hälfte der öffentlichen Sachinvestitionen. Dank der Hilfe von Bund und Ländern im vergangenen Jahr konnten sie 2020 trotz Corona kräftig investieren. Derzeit gehen aber fast 60 Prozent der Kommunen davon aus, dass sie ihre Investitionen kürzen müssen. Das bremst den Wirtschaftsaufschwung. Viele Aufträge für Handwerk und Gewerbe aus den Regionen stehen nun auf der Kippe. Dabei gibt es bei Investitionen in den Kommunen einen gewaltigen Nachholbedarf von bundesweit 149 Milliarden Euro, allein bei den Schulen sind es rund 47 Milliarden Euro.

Lewe zufolge gibt es starke öffentliche Investitionen nur mit starken Kommunen. „Deshalb sind wir enttäuscht, dass Bundestag und Bundesrat in den letzten regulären Sitzungen vor der Wahl keine Hilfe für die Kommunen beschlossen haben. Statt nach Corona durchzustarten, die Wirtschaft anzukurbeln und kräftig in Klimaschutz und Bildung zu investieren, wird nun in vielen Städten der Rotstift regiert. Wir schlagen Alarm, um Schaden für unsere Städte und Schaden für unser Land abzuwenden. Es geht um die Zukunft unserer Städte und die Lebensqualität für die Menschen.“ Spätestens nach der Bundestagswahl müsse sich der Bund endlich einen Ruck geben und handeln.

Trotz bereits frühzeitig vorgenommener Konsolidierungsmaßnahmen habe sich die finanzielle Situation zum Beispiel in der Landeshauptstadt München nachdrücklich verschlechtert, so der Vizepräsident. Für die Jahre 2021 und 2022 weise die Haushaltsplanung ein deutliches Minus auf. Dieses könne von der Stadt München nicht allein gestemmt werden. Um auch weiterhin handlungsfähig zu bleiben und die wichtigen kommunalen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger weiterzuführen, seien erneute Gewerbesteuerersatzleistungen dringend notwendig. Unterbleibe dies, wäre die Stadt dazu gezwungen, weitere drastische Haushaltssicherungsmaßnahmen zu ergreifen, viele Projekte zu verschieben sowie ihre Investitionstätigkeit bis auf die Erfüllung notwendiger Pflichtaufgaben zurückzuführen. Die pande-

miebedingte konjunkturelle Entwicklung mit ihren Folgen könne allerdings nur überwunden werden, wenn lokal in eine bessere Zukunft investiert wird.

Mit Blick auf die Corona-Pandemie fordert der Deutsche Städtetag Bund und Länder auf, mit vorausschauenden Maßnahmen die Gefahr einer vierten Corona-Welle zu minimieren und das Impftempo nochmal zu steigern. Laut Verbandspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister von Leipzig, „sind wir erleichtert, dass die Infektionszahlen rapide sinken und wieder mehr persönliche Begegnungen möglich sind. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür wollen wir Danke sagen.“

Gemeinsam müsse jetzt die Gefahr einer vierten Welle im Herbst minimiert werden, fuhr Jung fort. „Je höher die Infektionszahlen sind, mit denen wir in den September starten, desto gravierender werden die Beschränkungen im Herbst werden. Meine dringende Bitte an die Menschen ist: Genießt die zurückgewonnenen Freiheiten, aber bitte verantwortungsvoll. Ob in Urlaub fahren oder zu Hause den Sommer mit Freunden genießen und feiern: Am besten ist das mit Impfung oder zumindest mit tagesaktuellen Tests, auch wenn es nicht verpflichtend ist. Unser Verhalten im Sommer entscheidet darüber, ob wir im Dezember Weihnachtsmärkte besuchen können.“ Außerdem müssten alle gemeinsam es schaffen, das Impftempo noch zu steigern. Die kommunalen Impfzentren leisteten dazu auch in den kommenden Wochen ihren Beitrag. „Dafür brauchen wir genug Impfstoff. Wir brauchen die Herdenimmunität so schnell wie möglich. Wir müssen im Wettlauf mit neuen Virusvarianten die Nase vorn behalten.“

Impfbereitschaft hoch halten

Die Pandemie, so Jung, könne nur effektiv eingedämmt werden, wenn die Bereitschaft zum Impfen möglichst hoch gehalten wird. Das Impfen sei auch eine Frage der Solidarität. „Denn jede Impfung zählt, um eine Rückkehr zur Normalität zu erreichen. Hierzu braucht es frühzeitig Strategien.“ Für vorausschauendes und rasches Handeln plädierten die Städte, wenn sich wieder akute Probleme in Urlaubsgebieten zeigen. „Entbehren während der Pandemie gab es mehr als genug. Deshalb ist es völlig verständlich, dass die Menschen in den Urlaub fahren und Erholung suchen. Doch daraus darf kein Bumerang werden. Wichtig ist es, dass sich Reiseheimkehrer darüber bewusst sind, dass die Gefahr von Infektionen nicht gebannt ist und sich deshalb verantwortungsvoll verhalten. Lieber erst einmal einige Tage nach Rückkehr freiwillig Kontakte reduzieren, Maske tragen, testen lassen“, hob Jung hervor.

Der Bund müsse vor allem gut beobachten und schnell und vorausschauend reagieren. Wenn in bestimmten Ländern mit vielen Urlaubern neue Virusvarianten auf dem Vormarsch sind und die Inzidenzen steigen, müsse der Bund die Testpflicht und Quarantäne zügig in der Einreiseverordnung anpassen. Für mehr Sicherheit seien die Reisenden allerdings auch mitverantwortlich. Die Pandemie sei noch nicht vorbei. Und Reiserückkehrer aus Hochrisiko- oder Virusvariantengebieten

müssten die Quarantänepflichten unbedingt einhalten.

Die Städte werden den Sommer nutzen, damit Schutz- und Hygienemaßnahmen in den Schulen zum Beginn des neuen Schuljahres stimmen. An Bund und Länder appellieren die Städte, eine einheitlich abgestimmte Haltung für den Beginn des neuen Schul- und Kitajahres zu entwickeln.

Viele Experten befürchten, dass die Infektionen nach den Ferien in Kitas und Schulen wieder ansteigen. Deshalb forderte der Städtetagschef: „Kinder, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer brauchen einen geordneten Beginn des neuen Schul- und Kitajahres nach dem Sommer. Es darf keine Überraschungen und kein Durcheinander für Schulen und Kitas geben. Die Impfquote kann aufgrund fehlender Impfstoffe für Kinder nur niedrig sein. Deshalb müssen wir weiter flächendeckend testen. Das ist das beste Instrument, um frühzeitig Infektionen zu entdecken. Wenn die Welle erst einmal rollt, ist es zu spät.“

Konzepte für junge Menschen

Jung betonte, Jugendliche und junge Erwachsene hätten sich in der Corona-Epidemie solidarisch mit den Älteren und Schwachen gezeigt. Sie haben sich an Corona-Beschränkungen gehalten, die in diesem Lebensalter die Lebensqualität in besonderer Weise beeinträchtigen. Nun sei es an der Zeit, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, sich in größerer Zahl zu treffen, Freude zu haben und Lebensqualität zurückzubekommen. Einige Städte hätten hierfür bereits Konzepte erarbeitet. Bund und Länder seien gefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen des Infektionsschutzgesetzes so auszugestalten, dass diese Konzepte ermöglichen.

Auch im Herbst müsse die Impfkampagne weitergehen, machte der Städtetag deutlich. „Wenn allen Impfwilligen ein Angebot gemacht werden konnte, darf die Impfkampagne nicht einfach abbrechen. Wir müssen mehr Menschen ansprechen, die sich beim Impfen bisher zurückhalten. Wir müssen ihnen niedrigschwellige Angebote machen. Wir wollen stärker auf schwer erreichbare Menschen in benachteiligten Stadtteilen zugehen. Mobile Impfteams können beispielsweise gezielt wohnungslose Menschen ansprechen oder Auffrischungsimpfungen in Alten- und Pflegeheimen übernehmen“, stellte Jung fest.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur forderte der Verbandspräsident zudem, beim Klimaschutz mutigere Schritte zu gehen. Um schneller voranzukommen, müsse der CO2-Preis auf Öl und Gas zeitnah auf mindestens 50 Euro pro Tonne erhöht werden. Ohne einen höheren CO2-Preis könne es keine ausreichenden Anreize für Verhaltensänderungen geben, argumentierte Jung. Das bedeute dann aber auch, den öffentlichen Nahverkehr und die Stromversorgung auf Basis erneuerbarer Energien deutlich auszubauen.

Auch dürfe der soziale Ausgleich bei steigenden CO2-Preisen nicht fehlen. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen dürften nicht zusätzlich durch höhere Kosten belastet werden, erklärte Jung. Derzeit liegt der CO2-Preis, der seit 1. Januar im Wärme- und Verkehrsbereich auf fossile Energieträger gilt, bei 25 Euro pro Tonne Kohlenstoffdioxid. Im kommenden Jahr soll er nach den Plänen der Bundesregierung bei 30 Euro liegen und bis 2025 schrittweise auf 55 Euro steigen. DK

GZ

KOLUMNE
Stefan RößleLiebe Leserinnen
und Leser,

eine große Herausforderung für die Zukunft unserer Kommunen ist die Digitalisierung. Durch die Corona-Pandemie haben sich unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke diesem Thema mit neuer Intensität angenommen. Die Verwaltung arbeitet – sofern möglich – aus dem Homeoffice, kommunale Informationsveranstaltungen werden hybrid abgehalten und die Bürgerinnen und Bürger können vom Sofa aus ihre Termine bei den Behörden buchen. Das ist im Jahr 2021 bereits in vielen Kommunen die Realität; vor ein paar Jahren war das noch nicht vorstellbar.

Unsere bayerischen Kommunen sind bereits Vorreiter bei der Digitalisierung der Rathäuser und Verwaltungen. Doch es könnten noch

KPV-Zukunftsthema:

Digitalisierung unserer Kommunen

mehr Kommunen werden. Laut aktuellen Studien braucht es noch Unterstützung bei der Umsetzung der lokalen Digitalisierungsstrategie. Hier bedarf es einerseits der finanziellen und rechtlichen Unterstützung von Bund und Freistaat, andererseits müssen die Verantwortlichen das Thema Digitalisierung auch vor Ort selbst erkennen und anpacken. Die große Herausforderung dabei ist, dass die Digitalisierung heutzutage fast alle kommunalen Aufgabenbereiche betrifft.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) hat die Rah-

menbedingungen für den Weg zur Digitalisierung der kommunalen Verwaltung bereits rechtlich gefestigt. Im sog. „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ werden die Verwaltungen dazu verpflichtet, ihre Leistungen bis Ende 2022 online zugänglich zu machen. Für manche Kommunen ist das ein personeller und finanzieller Kraftakt, den sie aber gerne auf sich nehmen.

Für die KPV ist klar: Die Digitalisierung soll das Arbeitsumfeld in der Verwaltung verbessern und zugleich den Service für die Bürger vereinfachen. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die Einführung der Bayern-App. Die neue App des Bayerischen Digitalministeriums bietet einen schnellen Zugang zu Serviceleistungen der Kommunen, die bereits jetzt online beantragt werden können. Außerdem gibt die App zuverlässige Informationen über zuständige Behörden und die Serviceleistungen an sich. Ein Mehrwert für die Bürger und unsere Kommunen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Digitalisierung ist die direkte Kommunikation der Kommunen mit den Bürgern. Die politischen Mandatsträger können sich so über digitale Umfragen schnell und einfach ein Stimmungsbild zu aktuellen Themen vor Ort einholen oder die Bürger aktiv bei großen Projekten mit einbinden. Eine breite Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene schafft Verständnis für Entscheidungen vor Ort. Auf keiner anderen politischen Ebene sind diese so schnell und effizient zu realisieren.

Nutzen wir gemeinsam diesen digitalen Aufwind, der durch die Corona-Krise entstanden ist.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayernwerk vergibt Kinderbibliothekspreis 2021

Regensburg. Mit Förderungen in Höhe von 75.000 Euro unterstützt das Bayernwerk auch in diesem Jahr die Arbeit bayerischer Bibliotheken. Das Unternehmen zeichnet damit konkret das Engagement für Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus.

Den mit jeweils 5.000 Euro dotierten Kinderbibliothekspreis 2021 haben die Stadtbücherei Geretsried (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), die Stadtbibliothek München (Landkreis Hof), die Gemeindebücherei Schwarzenfeld (Landkreis Schwandorf), und die Gemeindebücherei Altfraunhofen (Landkreis Landshut) erhalten. Einen Sonderpreis gab es für die Straubinger Stadtbibliothek im Salzstadel (Landkreis Straubing-Bogen). Sie war 2008 schon einmal mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet worden und hat seither mit der „Leseregion Straubing“ ein bundesweit einmaliges Konzept zur Förderung der Les- und Informationskompetenz im ländlichen Raum geschaffen. Darüber hinaus haben insgesamt 50 bayerische Kommunen eines der begehrten, mit jeweils 1.000 Euro

dotierten Lesezeichen erhalten.

Medienkompetenz aufbauen

Da die traditionelle Preisverleihung im großen Rahmen wegen der anhaltenden Ausnahmesituation durch das Infektionsgeschehen nicht möglich ist, besucht das Bayernwerk die fünf Preisträger vor Ort. Die Preisverleihung findet jeweils im kleinen Rahmen statt. Bernd Sibley, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, erläutert die Bedeutung öffentlicher Einrichtungen: „Bücher, Fachzeitschriften und Hörspiele sind bedeutende Wissensspeicher, aus denen Kinder und Jugendliche wichtige Erkenntnisse schöpfen können. Bibliotheken sind die Hüterinnen dieser medialen Kostbarkeiten und von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, gerade die jünge-

re Generation in ihrer Lesekompetenz zu stärken. Damit tragen sie entscheidend zur Bildungsgerechtigkeit in unserem Land bei. Als sogenannte Dritte Orte sind Bibliotheken Knotenpunkte der Gesellschaft, Orte der Begegnung und des Austausches.“

„Gerade in einer zunehmend digitalen Welt sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen weiterhin das Glück des analogen Lesens vermitteln“, ergänzt Bayernwerk-Vorstand Dr. Egon Westphal. „Unsere Büchereien leisten hierzu einen wichtigen Beitrag und bieten in ganz Bayern einen reichlichen Schatz an Wissen und spannenden Geschichten.“

Auswahl durch Fachjury

Seit 2007 verleiht das Bayernwerk in Kooperation mit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem katholischen Medienhaus Sankt Michaelsbund gemeinsam den Kinderbibliothekspreis. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury.

Informationen: www.bayernwerk.de/kinderbibliothekspreis.

KOMMUNALPOLITISCHE LEITFÄDEN DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

► Band 4: Rechnungsprüfung

Jetzt **kostenfrei** bestellen:
www.hss.de/kommunalpolitik

Weitere Bände in dieser Reihe:

- Band 1: Rechtliche Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung
- Band 2: Öffentliches Baurecht in der Gemeinde
- Band 3: Grundlagen kommunaler Haushaltsführung

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Lazarettstr. 33 | 80636 München



www.hss.de



Krisenstrukturen ...

Fortsetzung von Seite 1) dem, so Sager, habe sich in den ersten Wochen der Pandemie gezeigt, dass es zu geringe Vorräte etwa an Schutzmasken und ähnlichen Gegenständen gegeben habe. Auch hier müsse weiter an optimalen Abläufen gearbeitet werden.

Stichwort Ganztagsbetreuung: Der Deutsche Landkreistag fordert Bund und Länder auf, im Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung eines Rechtsanspruchs für Grundschüler ab 2026 zumindest eine für die Kommunen tragbare Finanzierung zu verabreden. „Die Kostenfrage wird bislang zwischen den Beteiligten wie eine heiße Kartoffel behandelt: Jeder schiebt sie zum anderen, um sich nur ja nicht die Finger zu verbrennen. Am Ende sind es aber die Landkreise und Städte, die auf den Ausgaben sitzen bleiben. Dieses Spiel machen wir nicht mit“, stellte Reinhard Sager fest. Es gehe um nicht we-

niger als 4 Mrd. Euro pro Jahr, die nicht ausfinanziert seien. Der Bund beteilige sich in der letzten Ausbaustufe mit knapp 1 Mrd. Euro, „womit 3 Mrd. Euro pro Jahr bei uns hängen bleiben“.

Auskömmliche Finanzierung für die Kommunen

Bund und Länder müssten deshalb entweder im Gesetzgebungsverfahren eine auskömmliche Finanzierung für die Kommunen vereinbaren oder aber die Länder müssten sich dazu verpflichten, ihre Kommunen von den Kostenfolgen vor allem bei den Betriebsausgaben freizuhalten. Vor einem derart folgenreichen Gesetzgebungsverfahren hätte der Bund mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden einvernehmliche und verbindliche Regeln zur dauerhaften Finanzierung der Betriebskosten und der Investitionskosten treffen müssen, er-

klärte Sager. „Das ist unterblieben, so dass wir erneut in letzter Minute Klärungen einfordern müssen. Das ist unwürdig.“

Eine tragfähige Lösung bestehe darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuereinkünfte überlässt. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bezeichnen.“

Leitlinien für Sparkassen

Eingehend befasste sich das Präsidium des Deutschen Landkreistags darüber hinaus mit den auch im Deutschen Sparkassen- und Giroverband gegenwärtig intensiv erörterten „Leitlinien für die Struktur öffentlich-rechtlicher Sparkassen“. Angesichts der langanhaltenden Niedrigzinsphase und der überbordenden Anforderungen der Regulatorik wird vielerorts über Fusionen zwischen bisher im Markt bewährten Sparkassen nachgedacht, um auch künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Nach Auffassung des DLT-Präsidenten ist dies grundsätzlich durchaus sachgerecht und gerade im Kundeninteresse verantwortungsbewusst. Dabei müssten aber im Interesse der Gesamtheit der Sparkassen

bestehende Grundprinzipien gewahrt bleiben. „Wo Sparkasse draufsteht, muss immer auch Sparkasse drin sein“, betonte Sager.

Konkret bedeute dies: „Kommunale Sparkassen, die durchweg öffentlich-rechtliche Anstalten sind, müssen dies auch in Zukunft ohne Wenn und Aber bleiben. Da können wir keine Konzessionen machen. Außerdem darf es wegen der spezifischen Kundennähe und der demokratischen Legitimation kommunale Sparkassen nur in einem zusammenhängenden Geschäftsgebiet in einem Wirtschaftsraum geben, was zum Beispiel Sprungfusionen grundsätzlich ausschließt. Darüber hinaus dürfen Sparkassen größtmäßig nicht aus der kommunalen Bindung herauswachsen und zu Regionalbanken werden.“

Kommunale Selbstverwaltung sei durch die Überschaubarkeit des Gebiets und der verrichteten Tätigkeiten gekennzeichnet. „Das gilt auch für kommunale Sparkassen. Wo insoweit Grenzen der Ausdehnung liegen, haben in erster Linie die Träger vor Ort zu entscheiden. Ihre Überlegungen müssen sich aber in die Gesamtstrukturen des jeweiligen Sparkassenverbandes einfügen. Insoweit haben die Sparkassenregionalverbände und auch die Sparkassenaufsicht der Länder ein wichtiges Wächteramt“, unterstrich der Verbandschef abschließend. **DK**

2. Stufe der Behördenverlagerungen

Die 1. Stufe der Behördenverlagerungen ist ein voller Erfolg, das Konzept der 2. Stufe Behördenverlagerungen Bayern 2030 setzt den eingeschlagenen Weg zielstrebig fort. Das bereits seit 2015 erfolgreich erprobte Personalrahmenkonzept soll auch für die 2. Stufe gelten. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist eine sozialverträgliche Gestaltung des Verlagerungsprozesses von größter Bedeutung. Es gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit – niemand wird gegen seinen Willen versetzt.

Die 2. Stufe der Behördenverlagerungen Bayern 2030 umfasst ein Verlagerungsvolumen von rund 2.670 Arbeits- und 400 Studienplätzen, überwiegend aus der Stadt bzw. dem Verdichtungsraum München. Der Ministerrat hat 14 Verlagerungsprojekte für alle Regierungsbezirke Bayerns beschlossen:

- Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern; Kronach rund 400 Studienplätze und knapp 70 Beschäftigte
- Sicherheitsschwerpunkt mit Neugründung eines Logistikzentrums Polizei Bayern; Hof; rund 300 Beschäftigte
- Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Teilverlagerung); Bad Kissingen; rund 100 Beschäftigte
- Bearbeitungsstelle des Finanzamts München; Schweinfurt; rund 300 Beschäftigte
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (VGH); Ansbach; weitere Außensenate mit mindestens 35 Beschäftigten
- Landesanzwaltschaft Bayern; Ansbach; mindestens 5 Beschäftigte
- Grundsteuerfinanzamt; Zwiesel und Viechtach; rund 300 Beschäftigte
- Neugründung Verwaltungsgericht; Freyung; rund 50 Beschäftigte
- Neugründung Außenstelle Bayern Tourismus Marketing GmbH; Waldkirchen; rund 10 Beschäftigte
- Landesamt für Finanzen; Weiden; rund 300 Beschäftigte
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (Teilverlagerung); Augsburg; rund 200 Beschäftigte
- Regierung von Oberbayern (Teilverlagerung); rund 1.000 Beschäftigte, davon rund 500 Beschäftigte in den Raum Ingolstadt und rund 500 Beschäftigte in den Raum Rosenheim
- Eichtechische Sonderprüfstelle des Landesamtes für Maß und Gewicht; Grafenau; 10 Beschäftigte. **□**

Trotz Krise erneut ...

(Fortsetzung von Seite 1) rund 850 Mio. Euro. Dazu zählt neben dem sog. Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgeldern, das den Kommunen überlassen wird.

Auf dem Rekordniveau von 650 Mio. Euro aus dem Vorjahr fortgeführt wird der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich werden einmalig 360 Mio. Euro für kommunale Hochbaumaßnahmen bereitgestellt. 2022 steht den Kommunen damit insgesamt gut 1 Mrd. Euro für den kommunalen Hochbau zur Verfügung. Gleichzeitig werden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die allgemeine Investitionspauschale (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt.

Straßenausbaupauschalen

Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2022 über den regulären Etat von 85 Mio. Euro hinaus insgesamt 125 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist deutlich mehr, als die Kommunen vor Einführung der Pauschalen an Straßenausbaubeiträgen eingenommen haben.

Die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, mit denen besonders strukturschwache oder in eine finanzielle Notlage geratene Kommunen zielgenau unterstützt werden, werden 2022 wieder 120 Mio. Euro betragen. Wie im Vorjahr werden aus dem Mittelausschuss erneut 10 Mio. Euro zur finanziellen Unterstützung der bayerischen Kur- und Fremdenverkehrsorte verwendet. Fortgeführt werden auch die Zuweisungen an die Bezirke auf dem hohen Niveau von 706,5 Mio. Euro.

Härtefallförderung

Mit Mitteln in Höhe von 90 Mio. Euro fortgesetzt wird die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Hinzu kommen einmalig 40 Millionen Euro für kurzfristige Investitionsbedarfe in diesem Bereich. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl als diesjähriger Verhandlungsführer der kommunalen Spitzenverbände bewertete die Ergebnisse angesichts schwieriger Rahmenbedingungen positiv: „Alles in Allem konnte für die Ge-

meinden ein ganz passables Ergebnis erreicht werden.“ Brandl dankte dem Freistaat, dass er unverändert an der Seite der Kommunen steht und sich beim Bund gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzt, dass dieser seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommt und auch im Jahr 2021 die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen ausgleicht. „Der Freistaat hat seine Bereitschaft erklärt, seinen hälftigen Beitrag im Rahmen einer solchen Regelung wie im letzten Jahr zu leisten. Das erwarten wir auch vom Bund.“

„Als Umlageempfänger ist die Stabilisierung bzw. Verbesserung der Schlüsselzuweisungen ein wichtiger Faktor, den wir sehr begrüßen“, betonte Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags. „Wir erwarten zudem vom Bund, dass er wie im vergangenen Jahr die Gewerbesteuer ausfälle gemeinsam mit dem Freistaat Bayern kompensiert.“

Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle

„Die Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle durch Freistaat und Bund war im letzten Jahr von enormer Bedeutung für die Stabilität der Kommunalfinanzen. Ein Ersatz der diesjährigen Ausfälle durch den Bund ist derzeit leider nicht in Sicht“, stellte Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, fest. Umso wichtiger sei das Signal, dass der Freistaat weiter beim Bund auf eine Ausgleichsregelung hinwirkt und bereit ist, wie im Vorjahr seinen hälftigen Anteil zu leisten. „Dafür bedanken wir uns und setzen uns weiter gemeinsam mit dem Freistaat mit Nachdruck dafür ein, dass auch der Bund die Kommunen nicht im Stich lässt.“

Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Städtetags, erklärte: „Bisher sind wir mit einem blauen Auge davongekommen – dafür sind wir dem Bund und dem Freistaat sehr dankbar. Da die Bezirke aber weitestgehend über Umlagen finanziert werden, sind wir auf solide Haushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Auch für 2021 braucht es für den Ausgleich der Gewerbesteuer ausfälle die Unterstützung von Bund und Freistaat. Denn wenn die anderen kommunalen Ebenen in eine finanzielle Schieflage geraten, trifft das auch die Bezirkshaushalte. Für das kommende Jahr sind wir zunächst einmal froh, dass die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 BayFAG stabil bleiben und die Schlüsselmasse noch einmal gestärkt wurde.“ **DK**

Versorgungsauftrag ...

(Fortsetzung von Seite 1) beitrags für Kinderlose sowie der Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro werden hier nicht ausreichen“, betonte Löffler.

Auch in der psychiatrischen Versorgung werde den Gesundheitseinrichtungen der Bezirke nach dem Abflauen der Pandemie eine wichtige Rolle zukommen. „Diese Krise ist nicht spurlos an den Menschen vorübergegangen. Deshalb müssen unsere bezirklichen Gesundheitseinrichtungen gewappnet sein, um auch weiterhin Menschen mit psychischen Erkrankungen zuverlässig und angemessen versorgen zu können“, unterstrich der Präsident.

Bundesschutzschirme

Die Bundesschutzschirme für die Krankenhäuser aus dem Jahr 2020 und 2021 hätten auch die Leistungsfähigkeit der bezirklichen Einrichtungen sichergestellt. Seit 1. Januar 2020 jedoch gelte die Richtlinie zu Personalmindestvorgaben in Psychiatrie und Psychosomatik. Deren teils sehr kleinteilige Vorgaben bei der Personalausstattung und die gleichzeitig eingeführten Sanktionsmechanismen erschwerten eine bedarfsgerechte, patientenzentrierte, flexible und sich weiterentwickelnde Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen in teil- und vollstationären Einrichtungen. Besonders die Existenz kleinerer Einrichtungen könne dadurch gefährdet werden. „Diese Regelung macht alle unsere Bemühungen für eine dezentrale und wohnortnahe psychiatrische Versorgung zunichte. Hier würden wir uns mehr Flexibilität von den Verhandlungspartnern auf Bundesebene wünschen. Durch die Corona-Pandemie lassen sich zudem die Personalbedarfe in unseren Kliniken nur sehr schwer planen, so dass die Einhaltung der Vorgaben noch schwieriger wird“, stellte Löffler fest.

Laut Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Corona-Pandemie auch für die Bezirke Einschränkungen gebracht. „Sie haben ihre Aufgaben trotzdem als verlässlicher Partner der Staatsregierung gemeistert und durch

einen klugen Einsatz des Personals alles dafür getan, den Versorgungsauftrag zu erfüllen. Dafür möchte ich allen Beteiligten herzlich danken.“

Der Freistaat, so der Minister, setze sich vehement dafür ein, dass für die bayerischen Kliniken während der Corona-Pandemie finanzielle Sicherheit besteht. Beim zuständigen Bund sei erreicht worden, dass alle Krankenhäuser wie im Jahr 2020 auch 2021 einen angemessenen Ausgleich von Erlösrückgängen im Vergleich zum Jahr 2019 vereinbaren können.

Sozialpolitische Forderungen

Mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September verabschiedeten die Delegierten aus den Bezirken die sozialpolitischen Forderungen des Bayerischen Städtetags für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. In dem Papier heißt es u.a.: „Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie gilt für alle Lebensbereiche, für die Kindertagesstätte wie für Schule und Hochschule oder andere Ausbildungsstellen, für das Arbeitsleben wie für die Freizeitgestaltung in Schwimmbädern, Kinos und Theatern, für öffentliche Einrichtungen, Arztpraxen und Krankenhäuser, für Bauherren und den öffentlichen Personenverkehr. Die Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe sind jedoch nicht für alle diese Bereiche verantwortlich.“

„Unsere Aufgabe ist es, immer dann einzuspringen, wenn Menschen mit Behinderungen nicht gleichermaßen am Leben teilhaben können und hierzu erforderliche Leistungen nicht von anderen Stellen erhalten“, unterstrich Präsident Löffler. „Deshalb gilt: Je besser die Inklusion in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Bereichen gelingt, desto weniger Sozialleistungen sind erforderlich.“

Besonders dringlicher Handlungsbedarf bestehe bei der Finanzierung der Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege. Seit Jahren steigen hier die Kosten an. Allein von 2015 bis 2019 sind die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe in Bayern von 2,3 auf 2,9 Milliarden Euro gestiegen. Durch die Umsetzung des Bundessteilhabegesetzes wurden in den Bezirken bisher 300 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch durch die Pflegereformen sowie durch das Angehörigenentlastungsgesetz sind Mehrbelastungen entstanden. Die Bezirke fordern daher vom Bund, gemeinsam mit den Ländern geeignete Wege zu finden, wie die Mehrbelastungen in der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege vollständig und dynamisch kompensiert werden können.

Auch in der Altenpflege werden in den nächsten Jahren die Kosten weiter deutlich steigen. Zum einen wird es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben. Zum anderen werden eine verbesserte Personalausstattung sowie höhere Löhne, wie kürzlich in der Reform der Pflegeversicherung beschlossen, den Heimaufenthalt teurer machen. Die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen beträgt im Bundesdurchschnitt derzeit monatlich rund 2.000 Euro. Dies überfordert viele Pflegebedürftige. Deshalb appelliert der Bayerische Städtetag an den Bund, die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen an den pflegebedingten Aufwendungen durch einen nach Ländern differenzierten Festbetrag zu deckeln. Nur so blieben die Kosten für Heimbewohner berechenbar.

Steigende Kosten in der Altenpflege

Auch in der Altenpflege werden in den nächsten Jahren die Kosten weiter deutlich steigen. Zum einen wird es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben. Zum anderen werden eine verbesserte Personalausstattung sowie höhere Löhne, wie kürzlich in der Reform der Pflegeversicherung beschlossen, den Heimaufenthalt teurer machen. Die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen beträgt im Bundesdurchschnitt derzeit monatlich rund 2.000 Euro. Dies überfordert viele Pflegebedürftige. Deshalb appelliert der Bayerische Städtetag an den Bund, die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen an den pflegebedingten Aufwendungen durch einen nach Ländern differenzierten Festbetrag zu deckeln. Nur so blieben die Kosten für Heimbewohner berechenbar.

Um die Beschäftigungschancen von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, ist nach Auffassung des Verbandes die Ausgleichsabgabe deutlich zu erhöhen. Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen seien gesetzlich verpflichtet, auf wenigstens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Wird diese Pflicht nicht erfüllt, so sei eine Ausgleichsabgabe zu leisten, die aktuell monatlich je unbesetztem Pflichtarbeitsplatz zwischen 125 und maximal 360 Euro, abhängig von der Anzahl der nicht besetzten Pflichtarbeitsplätze und der Betriebsgröße, liegt. Eine deutliche Erhöhung der Ausgleichs-

gabe soll dazu beitragen, im Sinne der Inklusion mehr Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden.

Fachkräftemangel

Auf Bundesebene wird der Fachkräftemangel vor allem im Bereich des medizinischen Versorgungssystems und der Alten-/Seniorenhilfe diskutiert. Der Bereich der Eingliederungshilfe steht dabei nicht im Mittelpunkt. Ein der konzertierten Aktion Pflege (KAP) vergleichbares Instrument sollte aus Sicht des Bayerischen Städtetags auch für die Eingliederungshilfe geschaffen werden. In der Folge entstehende Mehrkosten müssten vom Bund kompensiert werden.

Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten

Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten schließlich auch dafür aus, dass das Amt des Bezirkstagspräsidenten bzw. der Bezirkstagspräsidentin künftig hauptamtlich ausgeführt werden soll. Allerdings sollen die Bezirkstage zunächst selbst entscheiden können, ob sie ihren Präsidenten haupt- oder ehrenamtlich einsetzen wollen. Die Entscheidung eines Bezirks für die Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten soll für die Zukunft bindend sein. Danach ist kein Wechsel zwischen der haupt- und ehrenamtlichen Ausübung des Amtes mehr möglich. Für die Einführung einer optionalen Hauptamtlichkeit müssen jedoch erst die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Über diese Gesetzesänderungen entscheidet letztlich der Bayerische Landtag.

„Unsere Argumente sind jetzt auf dem Tisch“, erklärte Löffler. In den vergangenen Jahren hätten die Bezirke und ihre Aufgaben enorm an Bedeutung gewonnen. Bayernweit sind rund 4.500 Menschen nur in den Verwaltungen der sieben Bezirke beschäftigt. Hinzu kommen noch einmal rund 25.000 Beschäftigte in den Gesundheitseinrichtungen. Mit der Einführung der Hauptamtlichkeit soll vor allem das Amt an die aktuellen Begebenheiten angepasst werden. **DK**

Bundeskonzferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik:

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Kommunen sind auf Grund der Bürgernähe für die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen entscheidend. Die Lösungen globaler Herausforderungen finden sich oft auf lokaler Ebene: Faire Beschaffung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz, Pandemiebewältigung. Doch was bedeutet das für Kommunen und ihre Partner im Globalen Süden? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der 15. Bundeskonzferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in Bonn, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Über 800 Teilnehmer verfolgten den Livestream, nutzten die Chat- und Fragemöglichkeiten der virtuellen Veranstaltungsplattform und brachten sich in über 30 interaktive Workshops ein.

Laut Mitgestalterin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, hat die SKEW einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik sichtbar und in ihrer Wirkung messbarer zu machen. „Kommunen wurden dadurch darin gestärkt, ihre Partnerschaften mit Städten des Globalen Südens auszubauen“, so Dörner. Bei der Bundeskonzferenz für Kommunale Entwicklungspolitik werde die Rolle der Kommunen als global verantwortliche Akteure zur Umsetzung internationaler Agenden und nachhaltiger Entwicklung sichtbar.

1.000 engagierte Städte, Landkreise und Gemeinden sind in Programmen der SKEW aktiv. Stell-

vertretend ehrte Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), drei Kommunen für ihren Einsatz: den Kreis Heinsberg, der mit Unterstützung des SKEW-Programms „Global Nachhaltige Kommune“ eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringt, die Gemeinde Pfintzal, die in einer Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kidira im Senegal aktiv ist und die Stadt Cottbus, die gemeinsam mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren an der Umsetzung der Agenda 2030 arbeitet.

In seinem digitalen Grußwort ging Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller auf die Urbanisie-

rung und ihre Folgen ein. „Fast in jeder der großen Städte in Afrika, in Indien aber auch in Asien bilden sich riesige Slumsiedlungen um den Kern der Städte. Und die Menschen leiden gewaltig unter den Folgen: Umweltverschmutzung, Wassernot, Müllnotstand.“ Um gegen diese Missstände anzukämpfen, sei auch die Unterstützung deutscher Städte und Gemeinden nötig.

Agenda 2030 wird auf lokaler Ebene umgesetzt

Dass Kommunen eine ausgewiesene Kompetenz für die Entwicklungspolitik besitzen, unterstrich auch der CDU-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet. Das Ziel internationaler Kooperation müsse sein, in respektvoller Zusammenarbeit und im Austausch von Wissen und Kompetenzen daran mitzuwirken, dass Lösungen vor Ort entwickelt werden und sich dort wirkungsvoll entfalten können. Gerade auf lokaler Ebene fielen viele Entscheidungen, von denen es abhängt, ob die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgesetzt wird.

Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“, Teil 1:

Neue Chancen für starke Nord-Süd-Allianzen

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungshilfe“.

Kommunen kommt in der Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Sie tragen zum aktuellen Paradigmenwechsel bei. Es geht einerseits um die Auflösung der Unterteilung in Geber- und Nehmerländer sowie andererseits um den nachhaltigen Aufbau globaler Partnerschaften. Damit „Kommunikation auf Augenhöhe“ als maßgebliche Zielvorgabe in der Umsetzung des Paradigmenwechsels aber nicht nur eine Floskel bleibt, sollten elementare Aspekte in der interkulturellen Zusammenarbeit verankert werden. Was dazu zählt, zeigt die aktuelle Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ der Bayerischen Gemeindezeitung.

Der aktuelle Bericht der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen richtet einen eindeutigen Appell an die Weltgemeinschaft: „Es ist heute wichtiger denn je, Multilateralismus und globale Partnerschaft zu stärken“. Wie sich dieser Ansatz in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) umsetzen lässt, zeigt die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände. So erhalten Kommunen durch ihre Beteiligung einerseits einen ersten Zugang zur KEZ und andererseits die Chance, im Rahmen der Kooperation weitere gemeinsame Handlungsfelder zu erschließen, auf deren Grundlage die Entwicklung kommunaler Partnerschaften gestärkt werden soll. Welche Bedeutung und Einfluss besitzt dabei die Kultur? Dieser Frage ist unsere Autorin Anja Schuchardt nachgegangen. Dazu hat sie mit verschiedenen Akteuren gesprochen. In der mehrteiligen Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ wird in verschiedenen Beiträgen gezeigt, was eine erfolgreiche Zusammenarbeit ausmacht. So zählt die Fähigkeit der Akteure, Situationen und Entscheidungen kritisch und reflektiert beurteilen zu können, zu einem entscheidenden Einflussfaktor. Ebenfalls wichtig sind das Engagement und die Begeisterung einzelner Menschen in der Entwicklungspolitik daran, verschiedene Prozesse ins Rollen zu bringen und damit eine Gesellschaft nachhaltig verändern.

Der Titel „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ beinhaltet bereits das Wort ‚anders‘ und damit den Kern, warum es in der Entwicklungszusammenarbeit geht: den Umgang mit Andersheit. Den Kommunen kommt an dieser Stelle eine entscheidende Initiatorrolle in weltpolitischen

Debatten zu. Denn durch ihre Nähe zu den Bürgern sind sie in der Lage, die Bildung von Netzwerken zu fördern und Akteure aus verschiedenen Bereichen in der KEZ zusammenzubringen, damit starke Nord-Süd-Allianzen entstehen. Das Ziel besteht dabei darin, den geteilten globalen Herausforderungen in der politischen Gemeinschaft Präsenz zu verleihen, sodass sie gehört werden und eine Stimme bekommen – sowohl kulturell als auch politisch. Dabei sollte auch der Aufarbeitung der kolonialen Verantwortung – wie sie im Koalitionsvertrag 2018 schriftlich verankert wurde – mehr Bedeutung eingeräumt werden. So sollten sich politische Akteure mit der Frage auseinandersetzen, welche Werte sie auf der Ebene der postkolonialen Erinnerungsdebatte vermitteln wollen. Bislang sind es vor allem Initiatoren aus der Zivilgesellschaft, die beispielsweise die Umbenennung von Straßen fordern, die Namen von Kolonisierenden tragen, und damit immer mehr zu einem Perspektivwechsel in Diskussionen beitragen.

Fachpersonal nötig

Die KEZ hängt nicht nur vom individuellen Einsatz, sondern auch maßgeblich von der finanziellen Ausstattung ab – sei es von privaten Spendern oder öffentlicher Förderung. Nicht vernachlässigt werden sollte eine entsprechende personelle Ausstattung zur Koordination und Prozessbegleitung der Zusammenarbeit durch Fachpersonal in den Kommunen. Auch durch die aktuelle Corona-Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen geändert, die eine Chance für die Zukunft der KEZ beinhalten: Der interkulturelle Austausch über digitale Kanäle wird durch die Verbesserung der technischen Ausstattung, u. a. in der kommunalen

Verwaltung, erleichtert. Diese Entwicklung gibt Hoffnung darauf, dass sich auch der Ausbau von Netzwerken in der KEZ intensiviert. Dass parallel ein Bewusstseinswandel eintritt, der Sinn und Nutzen im kontinuierlichen Austausch auf beiden Seiten verankert, zeigt die stetige Beteiligung an der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Landrat Stefan Rößle startete das Engagement für Schulbauprojekte im Jahr 2016 im eigenen Landkreis, woraus sich inzwischen eine bundesweite Gemeinschaftsinitiative entwickelte. Seit dem Spiel folgten mittlerweile rund 60 Kommunen sowie weitere Unternehmen und Privatpersonen. Seit Start der Gemeinschaftsinitiative im November 2018 wurden mit Spendensammlungen von über 5 Mio. Euro rund 150 Schulbauprojekte angestoßen, von denen 45 Schulen bereits eröffnet wurden, vgl. S.15. Auch die Bayerische Gemeindezeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo.

Die Diskussion über die Rolle von Kultur und Kulturpolitik für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaften ist nicht neu. 1982 brachte die Weltkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) über Kulturpolitik in Mexiko City und 2005 die „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ vielfältige Erkenntnisse aus Einzelstaaten zusammen. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ von 2015 geht noch einen Schritt weiter und bricht die herkömmliche Unterteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern auf. Auch vom Globalen Norden wird die Bereitstellung von Frieden, die Durchsetzung der Menschenrechte, der Erhalt der Umwelt und des Weltklimas als Anpassungsleistung erwartet, z.B. durch nachhaltigen Konsum oder Stadtentwicklung. Eine Forderung ist die Einbeziehung der lokalen Ebene in der KEZ. Seitdem wächst der Druck auf die Kommunen zu handeln. Der sogenannte ‚SDG-Baukasten‘ stellt Kommunen Informationsmaterialien, Instrumente zur Bestandsaufnahme sowie die Möglichkeit zu Vernetzungstreffen, u. a. mit den Mitgliedern des „Club der Agenda 2030-Kommunen“, zur Verfügung. □

Als starkes und entschlossenes Signal der Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde auf der Bundeskonzferenz ein „Pakt Agenda 2030 kommunal“ diskutiert. „Dieses Dokument soll den Geist der Buko widerspiegeln“, erklärte SKEW-Beiratsvorsitzender David Linse, unter dessen Federführung das Abkommen umgesetzt wird.

Welchen Beitrag lokale Entwicklung zur globalen Herausforderung der Agenda 2030 leisten kann, erläuterte der Präsident des Umweltbundesamts, Prof. Dr. Dirk Messner. Bis 2050 werde sich die globale Infrastruktur der Städte verdoppeln, prognostizierte Messner. Damit Umwelt- und Klimaschutz bei dieser „Urbanisierung mit Wucht“ nicht auf der Strecke bleiben, müsse die Verantwortung lokaler Politik aufgewertet werden. Hierzu müssten lokale Räume und Akteure mit Ressourcen ausgestattet werden. Lokale Entwicklung sei „ein Treiber globaler Vernetzung – ein weltpolitischer Moment“.

In der Podiumsdiskussion „Rückblick und Ausblick Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft“ diskutierten Dr. Doris Witter-Stiepelmann, Beauftragte für Kommunen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär Rat für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Erastus J. O. Mwencha, Vorstandsvorsitzender African Capacity Building Foundation und Bonns Rathauschefin Katja Dörner auch die Folgen der Corona-Pandemie.

Dass das Thema Entwicklungspolitik in Zeiten der Pandemie weniger präsent war, darauf verwiesen sowohl Katja Dörner als auch

Erastus J. O. Mwencha: „Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele nach wie vor erreichen, haben aber im Moment nicht mehr die Ressourcen dazu“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Armut sei in Afrika zu einer noch größeren Herausforderung geworden, es werde ein, zwei Jahre dauern, bis der Zustand vor der Krise wieder erreicht sei. „Die pandemische Krise macht deutlich, dass wir uns auch entwicklungspolitisch ausrichten müssen, dass wir diese Schocks verdauen können“, hob Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der SKEW, hervor. Für die Partner im Globalen Süden seien die Bedingungen noch erschwert. Die globalen Nachhaltigkeitsziele könnten aber nur gemeinsam erreicht werden.

Sowohl Dr. Koko Warner, Klimaschutzexpertin der Vereinten Nationen, als auch Professor Dr. Anna-Katharina Hornidge, Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), machten deutlich, wie dringlich es ist, angesichts globaler Megatrends wie Klimawandel und Ressourcenschwund und weltweiter Erschütterungen durch die Corona-Pandemie die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik als Handlungsgrundlage anzupassen und multilateral, interdisziplinär und strukturell neu zu denken. Auch hier zählten die Kommunen zu den wichtigsten Playern.

Dass auf lokaler Ebene ein breites Engagement und große Umsetzungskraft vorhanden ist, davon konnten sich die Teilnehmer dreier Workshops überzeugen. Zu allen Handlungsfeldern – vom fairen Handel und fairer Beschaffung über kommunale Partnerschaften, Migration, sozialen Zusammenhalt und Umsetzung der SDGs – wurden in den Arbeitsgruppen gute Praktiken ausgetauscht, Herausforderungen fo-

kussiert erörtert und der Blick in die Zukunft gerichtet.

Apröpos gute Praktiken: Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) nahm die Konferenz zum Anlass, eine Broschüre zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Best-Practice-Beispielen zu veröffentlichen. „Sauberes Trinkwasser, verlässliche Energieversorgung oder die sichere Entsorgung von Abfall und Abwasser: Was für uns alltäglich ist, ist nicht überall auf der Welt selbstverständlich. Verlässliche Daseinsvorsorge kann einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit und mehr Lebensqualität und nicht zuletzt für mehr Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Und – als Standortfaktor – auch die Wirtschaft vor Ort stärken. Für all diese Ziele ist das Engagement von immer mehr kommunalen Unternehmen mit Partnern in den Ländern des Globalen Südens wichtig: Ziel ist es, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und Know-how zu transferieren. Wie das gut gelingt, zeigen wir mit unserer Broschüre“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

In den zentralen Gebieten der Daseinsvorsorge lernten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Unternehmen viel von ihren Partnern, z. B. zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels. So entstünden Partnerschaften auf Augenhöhe, von denen beide Seiten profitieren. Mit seiner Publikation beabsichtigt der VKU, weitere Partnerschaften anzuregen und noch mehr kommunale Unternehmen, Politik und interessierte Öffentlichkeit über die Bedeutung, Chancen und Bestätigungsfelder kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. **DK**

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-2670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer **ENGAGEMENT GLOBAL** Service für Entwicklungslösungen

Im Auftrag des **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gesetzespaket zur Energiewende verabschiedet:

Bayerische Forderungen umgesetzt

Auf ambitionierte Klima-Ziele folgen nun erste Maßnahmen: Bundestag und Bundesrat haben vor der Sommerpause ein umfangreiches Gesetzespaket zur Energiewende beschlossen. Laut Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger fordern alle den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Freistaat habe nun dafür gesorgt, dass auch die Rahmenbedingungen besser angepasst werden.

Mit Nachdruck habe er, Aiwanger, sich für wichtige bayerische Anliegen eingesetzt – mit Erfolg. So ermögliche das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von nun an eine finanzielle Beteiligung von Kommunen am Betrieb von Solar-Freiflächenanlagen. Damit werde eine wichtige Forderung Bayerns zur Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie umgesetzt. Die Kommunen könnten nun von der lokalen Wertschöpfung der Anlagen profitieren und die erforderliche Akzeptanz für diese Technologie bleibe erhalten.

Ohne eine arbeitsbezogene Beschränkung wird künftig zudem die umlagebefreite Eigenversorgung durch Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer installierten Leistung bis 30 Kilowatt möglich sein. Das bedeutet, dass die bisherige Begrenzung auf höchstens 30 Megawattstunden pro Kalenderjahr entfällt. Darüber hinaus wurde

das Ausschreibungsvolumen für die Innovationsausschreibung für besondere Solaranlagen von 50 auf 150 Megawatt verdreifacht. Auch wurde die Flächenkulisse für innovative PV-Anlagen im agrarwirtschaftlichen Bereich („Agri-PV“) auf landwirtschaftlich genutzte Flächen, auf denen Dauerkulturen oder mehrjährige Kulturen angebaut werden, erweitert.

Investitionssicherheit für Biogasanlagen

Bestehende, flexible Biogasanlagen erhalten nunmehr die von Bayern geforderte Rechts- und Investitionssicherheit hinsichtlich der Flexibilitätsprämie und des Flexibilitätszuschlags. Die Nutzung der Flexibilitätsprämie schließt zudem nicht länger pauschal die Nutzung des Flexibilitätszuschlags aus. Die von Bayern bereits im Rahmen der EEG-Novelle 2021 geforderte

Anschlussförderung von Güllekleinanlagen wurde nun von Seiten des Bundes umgesetzt. Bayern konnte im Rahmen des Verfahrens noch eine Anhebung der Vergütung von 13 auf 15,5 Cent pro Kilowattstunde für Anlagen bis 75 Kilowatt Bemessungsleistung und von 6 und 7,5 Cent pro Kilowattstunde bis 150 Kilowatt Bemessungsleistung erreichen. Auch eine Reduzierung der Degression auf 0,5 Prozent ab 2022 pro Jahr konnte durchgesetzt werden.

Eine praxistaugliche Übergangsregelung konnte für KWK-Anlagen zwischen 500 Kilowatt und 1 Megawatt, für die ab dem Jahr 2021 die Ausschreibungspflicht gilt, gefunden werden. Auf diese Weise wird die Planungssicherheit für Anlagenbetreiber, die vor der Gesetzesänderung investiert haben, in angemessener Weise berücksichtigt.

Wasserstoffwirtschaft

Bayern hat den Bund bereits in seiner im Mai 2020 vorgelegten Wasserstoffstrategie mit Blick auf den regulatorischen Rahmen für einen zügigen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft

zum raschen Handeln aufgefordert. Die nun beschlossenen Punkte zum Einstieg in die Regulierung der Wasserstoffnetze, zur Befreiung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage, zu den sogenannten Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) sowie zu den vereinfachten Regelungen für Stromspeicher werden daher begrüßt.

Aus Sicht von VKU-Chef Ingbert Liebing haben die Regierungsfaktionen im Bundestag mit dem legislativen Energie-Paket auf den letzten Metern durchaus Verbesserungen erzielt, konkret indem sie die Ausschreibungsmengen für erneuerbare Energie-Anlagen kurzfristig und maßvoll weiter erhöht und die Voraussetzungen für die Modernisierung alter Windenergieanlagen erleichtert haben. Außerdem dürften die neuen Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen an PV-Anlagen die Akzeptanz für die Energiewende stärken.

„Aber ohne klare, verlässliche und belastbare politische Rahmenbedingungen droht Investitionszurückhaltung“, machte Liebing deutlich. „Einige Bälle, die spielentscheidend gewesen wären, wurden nicht verwandelt, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien und Verkehrs- sowie Wärmewende. Auch verweigerte man den Netzbetreibern die notwendige Flexibilität, um bei massiver Nachfrage nach Ladestationen und anderen neuen Verbrauchseinrichtungen (bspw. Wärmepumpen) netzstabilisierend eingreifen zu können.“

Um den Weg zu klimaneutralen Kommunen freizumachen und Investitionen in Klimaschutz vor Ort anzukurbeln, müsse Politik endlich und von vornherein größer und langfristig denken. Genau das sollte die kommende Bundesregierung gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode beherzigen: „Wir brauchen binnen der ersten 100 Tage unter anderem ein Erneuerbare-Energien-Programm mit angepassten, langfristig angelegten Ausbaupfaden“, forderte Liebing. DK



Dr. Egon Westphal (Mitte) nahm mit Bürgermeister Frank Stumpf (l.) und Landrat Dr. Oliver Bär (r.) das neue Umspannwerk in Naila in Betrieb. Bild: Christian Martens/Bayernwerk

Starkes Stromnetz für erfolgreiche Energiezukunft

Naila. Nach mehr als zweijähriger Bauzeit ist das neue Umspannwerk Naila im Landkreis Hof offiziell in Betrieb genommen worden. Dr. Egon Westphal, Vorstandsmitglied der Bayernwerk AG, Landrat und Bürgermeister umliegender Kommunen, Gäste und Projektverantwortliche feierten das neue Umspannwerk südlich der Bundesstraße 173 als wichtigen Knotenpunkt im regionalen Stromnetz, um einer lokal und von regenerativer Erzeugung geprägten Energiezukunft gewachsen zu sein. Rund sechs Millionen Euro hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) zur Verbesserung der Energieinfrastruktur aufgewendet.

„Das Stromnetz der Region hat ein neues Herzstück. Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Netze sind entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation“, betonte Dr. Egon Westphal bei der offiziellen Inbetriebnahme des Umspannwerks Naila. Er sprach vom Beginn eines neuen PV-Booms. „Allein 2020 wurden im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen im Hochspannungs- und Mittelspannungsnetz für über 11.000 Megawatt angefragt – das entspricht einer Leistung von rund elf Atomkraftwerken“, erklärte der Bayernwerk-Vorstand. Die intelligente Verknüpfung und Steuerung verschiedener Sektoren wie Erzeugung, Mobilität und der Lebensraum der Menschen spielen für eine CO2-freie Zukunft eine entscheidende Rolle. Ent-

scheidende Herausforderungen heute sind Digitalisierung, Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze.

Neuer Standort

In Naila hat sich das Bayernwerk für den Neubau des Umspannwerks an einem neuen Standort außerhalb der Stadt entschieden. Am bisherigen Standort hätte für die notwendige Modernisierung und den Ausbau nicht ausreichend Platz zur Verfügung gestanden. Begünstigt wurde die Entscheidung für den Neubau durch die Tatsache, dass einzelne Komponenten in der Altanlage demnächst hätten erneuert werden müssen. „Das neue Umspannwerk ist notwendig geworden, um dem seit Jahren anhaltenden Wachstum regenerativer Erzeugung Rechnung zu tragen“, meinte Dr. Egon Westphal. Die Zukunft sieht der Bayernwerk-Vorstand eine lokal geprägte Energiewelt: „Energie wird vor Ort erzeugt, vor Ort gespeichert und vor Ort verbraucht. Dahinter stecken komplexe Technologien. Unsere Netze sichern in diesem anspruchsvollen Umfeld die Versorgung von rund sieben Millionen Menschen in Bayern.“

Sichere Versorgung der Region

Das Umspannwerk ist das neue, starke Bindeglied zwischen dem Hoch- und dem Mittelspannungsnetz. Über das neue Umspannwerk wird einerseits die nötige Energie in die Region Hof geleitet, sollte die dezentrale Erzeugung den zeitgleichen Verbrauch nicht decken können. Andererseits schafft das Bayernwerk ausreichend Kapazitäten für die Einspeisung aus Erneuerbarer Energie, um jederzeit die sichere Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region zu gewährleisten. Über das Umspannwerk speisen unter anderem die drei Windparks Berg-Espich, Schauenstein und Selbitz mit einer Erzeugungsleistung von insgesamt 43 Megawatt ins Mittelspannungsnetz ein.

Technisch ist das Umspannwerk in Naila mit einer 110-kV-Schaltanlage und zwei 40 MVA-Netztransformatoren mit der Option zur Erweiterung eines weiteren Netztrafos ausgestattet. Die Hochspannungsanlage speist in eine Mittelspannungsschaltanlage mit 26 Schaltfeldern ein. Die Kosten für den Neubau lagen bei rund sechs Millionen Euro. Insgesamt wendet das Bayernwerk in diesem Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro die für Instandhaltung und Erneuerung der eigenen Energienetze auf. □

Wirtschaftsministerium und Bayerische Staatsforsten:

Ausbau der Windenergie im Visier

Aiwanger: „300 potenzielle Standorte mit jeweils mehreren Windrädern im Wald“

Bei der Suche nach geeigneten, naturschutzverträglichen Standorten für neue Windkraftanlagen hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie etwa 300 Kommunen mit vermutlich geeigneten Waldflächen ausfindig gemacht. „Wir müssen auch auf Windkraft im Wald setzen, um unsere Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien zügig zu erreichen“, erklärte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger bei einem Besuch der Windkraftanlagen im Lindenharter Forst, Landkreis Bayreuth.

Laut einer ersten Analyse des Wirtschaftsministeriums gibt es in rund 200 Kommunen vermutlich geeignete Waldflächen in privater Hand. In zusätzlich rund 100 Kommunen befinden sich potenzielle Standorte auf Flächen der Bayerischen Staatsforsten, auf denen jeweils mehrere Windräder errichtet werden könnten. „Wenn man diese Gebiete betrachtet, halte ich rund dreihundert neue Standorte mit jeweils mehreren Windkraftanlagen für durchaus realistisch, vorausgesetzt, es gibt den politischen Willen vor Ort und die Bevölkerung erkennt den Nutzen für die Kommune und für eine klimaverträgliche, dezentrale Stromversorgung.“

Gute Pachteinahmen möglich

Private Waldbesitzer und Bayerische Staatsforsten können gute Pachteinahmen für die Standorte erzielen, die pro Windrad einige zehntausend Euro jährlich ausmachen. Hinzu kommt neuerdings eine Beteiligung der Kommunen an der Einspeisevergütung von 0,2 Cent je kWh, was sich auch auf etwa 12 000 bis 16 000 Euro je Windrad und Jahr für die Gemeindekasse summiert. Deshalb rufe ich auch alle Kommunen mit geeigneten Standorten auf, sich beim Zubau von Windenergie in Bayern einzubringen“, erklärte der Staatsminister. Die näherungsweise ermittelten Potenziale können als Karte abgerufen werden unter: www.stmwi.bayern.de/windenergie-im-wald

Im Lindenharter Forst erzeugen zehn Windräder mit einer Gesamtleistung von 30 MW in den Windparks Tannberg-Lindhardt I und II sowie Rotmainquelle ca. 69.000.000 kWh

Strom im Jahr. Damit können etwa 21.500 Haushalte des Landkreises versorgt werden. „Diese Windparks sind ein Paradebeispiel, wie Gemeinden und Bürger über Energiegenossenschaften, Bürgerbeteiligung oder regionale Stadtwerke wirtschaftlich in die dezentrale Stromerzeugung vor Ort eingebunden werden können“, betonte Aiwanger.

Landkreis Bayreuth

Landrat Florian Wiedemann: „Mit über 49 Windkraftanlagen, die beispielsweise auch auf dem Gebiet des Lindenharter Forsts stehen, bringen wir zum Ausdruck, dass wir als Landkreis Bayreuth hinter der Energiewende stehen. Innerhalb weniger Jahre ist es uns in Zusammenarbeit mit Kommunen, Bürgern sowie der privaten Wirtschaft gelungen, den gesamten Stromverbrauch unseres Kreisgebiets durch regenerative Energien decken zu können. Dabei freut es mich besonders, dass wir hierbei auf völlig unterschiedliche Energiequellen zurückgreifen können. So leisten neben den Windkraftanlagen auch Photovoltaik- und Biogasanlagen einen erheblichen Beitrag zu diesem Erfolg.“

Den Bayerischen Staatsforsten kommt bei der Ausbau der Windkraft eine wichtige Rolle zu. Sie bewirtschaften rund elf Prozent der Landesfläche - vor allem die großen zusammenhängende Waldgebiete in den Mittelgebirgen sowie im Alpen- und Voralpenland. „Daher ist es völlig klar, dass wir beim Ausbau der Windenergie im Wald eine wichtige Rolle spielen und die nehmen wir auch gerne an“, erklärte Rainer Droste, als Bereichsleiter Immobilien, Weitere

Geschäfte bei den Bayerischen Staatsforsten zuständig für die Vergabe der Standorte.

Entscheidend sind planungsrechtliche Vorgaben

„Letztlich sind es aber planungsrechtliche Vorgaben und nicht die Bayerischen Staatsforsten, die darüber entscheiden, ob Windräder im Wald realisiert werden können oder nicht. Neben grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Entscheidungen spielt da natürlich auch der Natur- und Artenschutz eine zentrale Rolle. Darüber hinaus ist uns vor allem wichtig, dass bei den Planungen auch die Menschen vor Ort mitgenommen werden, denn Staatswald ist Bürgerwald und für viele Menschen Erholungsraum und Rückzugsort. Das hat man in Zeiten der Corona-Pandemie nochmals besonders deutlich gespürt. Darum bieten wir unsere Flächen für weiterführende Planungen auch nur dann an, wenn die Städte und Gemeinden, auf deren Gebiet sich mögliche Standorte befinden, auch per Gemeinderatsbeschluss zustimmen. Das dies erfolgreich gelingen kann, können wir hier im Lindenharter Forst sehen“, führte Droste aus.

Im Einklang mit dem Naturschutz

Der Ausbau der Windenergienutzung hat im Freistaat neuen Schwung bekommen. Im Rahmen der Windenergieoffensive AUFWIND arbeitet das Wirtschaftsministerium daran, geeignete Standorte im Einklang mit dem Naturschutz und bürgernah gemeinsam mit den Kommunen zu erschließen. Die im vergangenen Herbst beauftragten Windkümmerer unterstützen derzeit 32 Projekte unter Beteiligung von 42 Kommunen. Erste Erfolge zeichnen sich ab: positive Gemeinderatsbeschlüsse für den Ausbau der Windenergie, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und ein verbesserter Wissenstand der Kommunen. □

Energieeffizienzförderung der LfA wird noch attraktiver

Die LfA Förderbank Bayern richtet zum 1. Juli 2021 ihre Förderung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler, die in den Neubau oder die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Firmengebäude investieren, neu aus. Mit dem grundlegend neu gestalteten Energiekredit Gebäude ergänzt die LfA die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bzw. von der KfW im Rahmen der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) gewährte Förderung um ein eigenständiges bayerisches Förderdarlehen.

Besonderheiten des neuen Energiekredit Gebäude gegenüber anderen Darlehen sind das Angebot von Laufzeiten mit einer Zinsbindung von bis zu 20 Jahren und außerordentlich günstige Konditionen. Damit können sich die Kreditnehmer sehr günstige Zinssätze langfristig sichern und die Zinsänderungsrisiken bei energetischen Gebäudeinvestitionen minimieren.

Mit dem neuen Kreditprogramm fördert die LfA Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätiger, die einen Zuwendungsbescheid oder eine Förderzusage auf Basis der Förderrichtlinien zur BEG im Bereich Nichtwohngebäude (BEG NWG) oder Einzelmaßnahmen (BEG EM) erhalten. Der Kredit höchstbetrag beträgt 10 Millionen Euro und kann maximal bis zur Höhe der Differenz zwischen den von der BAFA bzw. der KfW als förderfähig anerkannten Kosten und der BEG-Förderung (Zuschuss- bzw. Darlehensbetrag) gewährt werden. Die Investitionsvorhaben können bis zu 100 Prozent über den Energiekredit Gebäude finanziert werden.

„Der Erfolg der Energiewende

hängt wesentlich von der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie ab. Viele Firmengebäude wurden zu einer Zeit errichtet, als Energieeffizienz keine so große Bedeutung hatte, die Einsparpotenziale sind daher beachtlich. Mit dem neuen Angebot könnten mittelständische Unternehmen im Freistaat Investitionen in energieeffiziente Firmengebäude zu äußerst attraktiven Konditionen verwirklichen. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern und ist gleichzeitig ein effektiver Beitrag zur CO2-Einsparung“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Investitionen in die Energieeffizienz lohnen sich für den bayerischen Mittelstand mit unserer weiter optimierten Förderung gleich doppelt. Die Betriebe können so dauerhaft den Energieverbrauch verringern und zudem durch die mögliche Kombination von Zuschuss und attraktiver LfA-Darlehensfinanzierung zugleich Kosten sparen. So profitieren sie optimal von der Verbindung von Bundes- und zusätzlicher Landesförderung.“ □

Bund-/Länder-Treffen der Energieminister:

Mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien

Beim Umbau hin zu einer nachhaltigen und zugleich sicheren und bezahlbaren Energieversorgung ist mehr Tempo erforderlich. So lautete der Tenor des jüngsten (virtuellen) Energieministertreffens der Energieminister und -senatoren der Länder unter Vorsitz des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger. Themenschwerpunkte waren der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Finanzierung der Energiewende, der Netzausbau und der Aufbau einer markt- und wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für eine erfolgreiche Energiewende von essenzieller Bedeutung: „Wir müssen überall zügig vorankommen. Das gilt für den Netzausbau genauso wie für den Ausbau der Windenergie oder den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft. In dieser Legislaturperiode haben wir große Fortschritte machen können, aber es liegt auch noch ein großes Stück Arbeit vor uns, um die ehrgeizigen Ziele, die wir uns beim Klimaschutz gesetzt haben, zu erreichen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird.“

Fördermechanismen

Dabei sind neben der Infrastruktur zusätzliche finanzielle Fördermechanismen für Wasserstoffprojekte von der Erzeugung bis zur Verwendung erforderlich. Ein Schwerpunkt sollen dabei sogenannte Carbon Contracts for Difference sein, die die energieintensiven Unternehmen bei der Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse unterstützen und entstehende Mehrkosten ausgleichen.

Der Bund bat die Länder dringend darum, ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien auszuweisen. In diesem Zusammenhang warb er für Unterstützung im Bundesrat für die laufende Gesetzesänderung zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Repowering-Projekte. Darüber hinaus appellierte der Bund

an die Energieminister der Länder, sich für konkrete Fortschritte beim Thema eines einheitlichen Vollzugs im Bereich Artenschutz einzubringen, um die Genehmigungsverfahren für Windenergieprojekte zu beschleunigen.

Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „wollen wir als Energieminister künftig noch enger zusammenarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv voranzutreiben, und zwar bürgerefreundlich und mit Akzeptanz vor Ort. Außerdem sehen wir den zügigen Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft als entscheidenden Baustein zum Gelingen der Energiewende an.“

Im Vorfeld des Ministertreffens hatte der Bundesverband der Energiewirtschaft BDEW die Bundesländer aufgefordert, nicht nur den Bund in die Pflicht zu nehmen, sondern selbst höhere Ausbauziele „mit Leben zu füllen“. Das gelte etwa für die Bereitstellung von mehr Flächen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen, für notwendige Anpassungen und Standardisierungen im Artenschutzrecht, beschleunigte Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen oder Solarstandards bei Neubauten generell und der Sanierung öffentlicher Gebäude. „Auf allen diesen Feldern haben die Bundesländer ausreichend Regelungs-Kompetenz, um der Energiewende zu mehr Tempo zu verhelfen. Sie müssen hier nicht auf Entscheidungen der Bundesebene warten“, unterstrich Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. **DK**

Stadt, Stadtwerke und Landkreis Kelheim:

Gemeinsam viel erreichen

Mit dem Umwelt- und Klimapakt Bayern, einer Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft, engagiert sich Kelheim über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus.

Freiwilligkeit, Übernahme von Eigenverantwortung beim Umweltschutz sowie kooperatives Handeln zählen zum Grundverständnis des Charakters von Projekten und Erklärungen im Umweltakt. Dahinter steht die gemeinsame Überzeugung von Staat und Wirtschaft, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mithilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation besser geschützt werden können als nur mit Gesetzen und Verordnungen. Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, sondern können gemeinsam zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in einer intakten Umwelt beitragen (Quelle: www.umweltpakt.bayern.de).

Als Dank und Anerkennung für die Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern übergab Landrat Martin Neumeyer, stellvertretend für das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, die Urkunde an Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim. „Es ist einfach großartig, dass die Stadt Kelheim als kommunaler Träger und die Stadtwerke Kelheim als Wirtschaftsunternehmen hier gemeinsam an einem Strang ziehen und so den Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis vorantreiben“, freut sich Martin Neumeyer.

Bürgermeister Christian Schweiger betont besonders: „Die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadt-

werke, die die Umsetzung solcher wichtigen Projekte möglich machen.“ Den Partnern ist es wichtig ein Zeichen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. „Als Wirtschaftsunternehmen haben wir eine Vorbildfunktion. Es ist notwendig Projekte umzusetzen und nicht nur darüber zu reden“, so Sabine Melbig. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind daher wichtige Unternehmensgrundsätze des Versorgers.

Die Auszeichnung erhielten die Stadtwerke Kelheim unter anderem für ihre Energieeinsparung aufgrund des Austausches von Pumpen in der Wasserversorgung und dem Einsatz von LED-Leuchtmitteln in ihren Bürogebäuden. Der Fahrzeugpool wurde um Elektrofahrzeuge und einem E-Bike erweitert. So werden CO₂-Emissionen vermindert und eine umweltgerechte Mobilität erzielt. Regionale Holzhackschnitzel zur Deckung des Wärmebedarfs der Betriebsgebäude erhöhen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe.

Zur Verbesserung des Bodenschutzes tauscht und entsorgt das Unternehmen schadstoffbelasteten Boden im Zuge von Tiefbauarbeiten. Zudem wurden besonders umweltschädliche Stoffe im betrieblichen Einsatz verringert und die Stadtwerke werden regelmäßig nach DIN EN 16247-1 zur Umsetzung des Energiedienstleistungsgesetzes auditiert. **□**



Franz Renftle (2.v.r.), erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer (rechts), Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. Links: Monika Walz, Geschäftsstellenleiterin Markt Pfaffenhausen, hinten: Eugen Kövi, Vertrieb schwaben netz. Bild: Christina Bleier/erdgas schwaben

Klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen

Wegenutzungsvertrag mit erdgas schwaben abgeschlossen

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen im Landkreis Unterallgäu: In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Marktgemeinde verantwortlich. Franz Renftle, erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

„Wir schauen nach vorne: Eine nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage für langfristige Planungsmöglichkeiten“, betonte Bürgermeister Renftle bei der Vertragsunterzeichnung. „Das gilt für Gewerbetreibende ebenso wie für die Familien, die in unserer Gemeinde leben. Mit der Entscheidung für den Ausbau der Gas-Infrastruktur tragen wir dazu bei, dass die Energiezukunft für Pfaffenhausen gesichert ist.“

Gas kann grün: Biomethan und Wasserstoff sind die Zukunft und fließen dann durchs bestehende Gasnetz

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, sagte Sommer. „Mit unseren Gasnetzen

stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.“

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. Der Vertrag läuft bis 2042. **□**

Zehn Jahre Geothermie Ismaning

Vor zehn Jahren, kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima, beschloss der Gemeinderat, angeführt vom damaligen Bürgermeister Michael Sedlmair, einstimmig das Geothermie-Projekt Ismaning. Mit einer Investitionssumme von 60 Millionen Euro bis zum Endausbau handelte es sich dabei um das bis dato größte Infrastrukturprojekt der Gemeinde. Ein bedeutendes Kapitel nahm seinen Anfang.

Enthusiasmus und Schaffenskraft bestimmten von Beginn an das ambitionierte Energieprojekt. Noch im selben Jahr wurde die Wärmeversorgung Ismaning GmbH & Co.KG (WVI) als eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Gemeinde gegründet. Äußerst erfolgreich endeten ein Jahr später die Bohrarbeiten: Rund 78 Grad heißes Thermalwasser mit einer Fördermenge von ca. 85 Litern pro Sekunde standen nach Abschluss der Tätigkeiten für die Versorgung der Gemeinde Ismaning zur Verfügung. Der gesamte Ort sollte, soweit irgendwie möglich, mit der regenerativen Wärme aus dem Erdinneren versorgt werden.

Zehn Jahre nach den ersten Beschüssen, können Gemeinde Ismaning und WVI nunmehr auf eine respektable Entwicklung ihres Geothermieprojekts zurück-

Wärme wurden in der vergangenen Heizperiode an die Verbraucher geliefert. Um die ohnehin notwendigen Tiefbauarbeiten für die Fernwärmeleitungen optimal zu nutzen, wurde vom Start weg ein hochmodernes Glasfasernetz mit aufgebaut, an das jeder Fernwärmekunde kostenlos einen Anschluss erhielt bzw. erhält.

Entsprechend zufrieden zeigt sich WVI-Geschäftsführer Andreas Hobmeier mit der Entwicklung des Projekts. Das finanzielle Engagement und die Arbeit, die in die Geothermie- und Glasfaserversorgung gesteckt wurden, haben sich aus seiner Sicht „absolut gelohnt“. Ismaning stehe in der regenerativen Energieversorgung und bei der Digitalisierung mit an der Spitze im Landkreis, weil heute hochaktuelle Themen bereits sehr früh aufgegriffen worden seien.

Darüber hinaus sei der Zuspruch



„Auf draht ist“: Geschäftsführer Andreas Hobmeier (l.) und der damalige Bürgermeister Michael Sedlmair gaben im November 2012 die erste Wärmeversorgung frei. Bild: Wärmeversorgung Ismaning

blicken. Neun Bauabschnitte sind bereits vollendet, das Fernwärmenetz umfasst rund 58 Kilometer Länge und durchzieht die Gemeinde mittlerweile in alle Richtungen. Rund 1.200 Objekte mit Voll- oder Optionsanschlüssen stehen auf der Kundenliste der WVI, darunter zahlreiche Privathaushalte ebenso wie namhafte Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen. Fast 48 Millionen Kilowattstunden

der Kunden ungebrochen: „Unser Vertriebs konnte in den vergangenen Bauabschnitten bereits im ersten Anlauf Anschlussquoten von 50 bis 60 Prozent erzielen, dazu kommt jährlich eine ansehnliche Nachverdichtung in Gebieten, die bereits länger erschlossen sind.“ Allen Bürgern sowie allen Verantwortlichen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, gebühre deshalb ein herzlicher Dank. **DK**



Energie für heute und morgen

Mein GünstigStrom – 100 % aus Wasserkraft

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben

sicher, günstig, nah



Allgäu und Bodensee sollen Wasserstoffregionen werden

Lindau (Bodensee). Die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger bildet einen wichtigen Grundstein zur Energiewende. Diese kann aber nur erfolgen, wenn alle an einem Strang ziehen. Gleich zwei Verbundprojekte, aus dem Allgäu und vom Bodensee, bewerben sich nun um Mittel des Bundes zur Förderung einer klimafreundlichen Mobilität, die zu mehr Nutzung von grünem Wasserstoff in der Region führen soll. Ein Mangel an ersten Ideen und Ansätzen ist weder im Allgäu noch in der Bodenseeregion auszumachen, zahlreiche Akteure aus Politik, Verwaltung und Industrie gehen bereits Aktivitäten rund um den zukunftssträchtigen Energieträger nach. Nun sollen diese aufeinander abgestimmt und als Teil eines regionalen Gesamtkonzeptes gebündelt werden.

Die Regionen Allgäu und Bodensee sehen sich dabei in einer Verantwortungsbewussten Vorreiterrolle und streben gemeinsam künftige Anwendungsmöglichkeiten für grünen Wasserstoff an. Die enge Zusammenarbeit, die bis dato schon bei vielen anderen Themen im Allgäu und am Bodensee erfolgreich stattgefunden hat, soll auch dem Thema Nachhaltigkeit zu Gute kommen und einen zusätzlichen Schub auslösen.

Regionenwettbewerb

Anlass bietet der Regionenwettbewerb HyLand II des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), der sich zum Ziel setzt, Wasserstoffregionen in Deutschland

zu fördern. Denn je nach Wasserstoff-Vorkenntnissen werden unterschiedliche Wettbewerbs-Kategorien angeboten: Geht es in der Gruppe der „Hy-Starter“ darum, Potenziale für die Erzeugung und den Einsatz von Wasserstoff in der Region zu identifizieren und Akteure zu vernetzen, sollen in der Stufe „HyExperts“ bereits bestehende Ansätze in ein umsetzungsorientiertes Konzept münden.

Regionalen Wirtschaftskreislauf schaffen

„HyAllgäu*Bodensee“ setzt den Schwerpunkt auf einen diversifizierten regionalen Absatzmarkt für Wasserstoff im ländlichen Raum für das gesamte Allgäu und den Lindauer Bodensee, insbesondere im

Mobilitätssektor. Wesentlicher Bestandteil der Projektpartnerschaft von „HyAllgäu*Bodensee“ sind regionale Unternehmen, die ebenfalls großes Potenzial in der Nutzung von grünem Wasserstoff sehen. Ziel des Antrags ist die Schaffung eines regionalen Wirtschaftskreislaufs von der Erzeugung bis zum diversifizierten Einsatz von grünem Wasserstoff. Der gesunde Mittelstand und die hohe Wirtschaftskraft der Region tragen ihren Teil dazu bei, auf innovative Technologien wie Wasserstoff zu setzen.

„HyBodensee“

Mit dem Projekt „HyBodensee“ grenzt unmittelbar im Westen eine weitere Bewerbung für einen der begehrten „HyExperts“-Plätze an die Gebietskulisse, mit einem klaren Fokus auf der Bodenseeschifffahrt und der Hafeninfrastruktur. Als Konkurrenz um die Bundesfördergelder, die jeweils 400.000 Euro pro Region betragen, will man sich aber nicht verstanden wissen. Lediglich aufgrund des inhaltlichen und finanziellen Schwergewichts in den Kernthemen der beiden

Bewerbungen hat man sich im Vorfeld gegen eine Zusammenführung der Projekte entschieden.

Auch daran zeigt sich: Das Netzwerk funktioniert im Allgäu und in der Bodenseeregion. Die Projektpartner betonen, dass auch das einer der Gründe für die landkreisübergreifenden Bewerbungen war. Ob, und wenn ja, welches der beiden Projekte letztlich das Rennen macht, wird sich im Laufe des Sommers zeigen. Ein Selbstläufer wird dies freilich nicht, deutschlandweit haben sich 51 Bewerber für lediglich zehn „HyExperts“-Plätze beworben.

Doch so oder so wird die Region einen Vorteil aus den Vorhaben ziehen. Die Vernetzung ist intensiviert, der Wille zur Veränderung und zu mehr Klimaschutz da – das Thema Wasserstoff wird daher weiter in der Region konkretisiert werden.

Nähere Infos zu „HyAllgäu*Bodensee“

Für die Teilhabe an diesem Programm ist es den beteiligten Gebietskörperschaften gelungen, binnen kurzer Zeit in einem großen Verbundprojekt für die gesamte Region Allgäu ein „HyExperts“-Konzept zu entwickeln. An der Bewerbung des Landkreises Lindau mit dem Konzept „HyAllgäu*Bodensee“ beteiligen sich die Landkreise Unterallgäu und Ostallgäu; letztere bringen bereits Erfahrungswerte aus dem vorangegangenen „HyStarter“-Projekt ein, das gemeinsam mit der kreisfreien Stadt Kaufbeuren und der Gemeinde Fuchstal (Landkreis Landsberg am Lech) angestoßen wurde. Für die jetzige „HyExperts“-Bewerbung sind diese abermals unter den Projektpartnern, ebenso wie die kreisfreie Stadt Memmingen und die große Kreisstadt Lindau (Bodensee).

Weiteres Vorwissen fließt zudem aus dem Landkreis Oberallgäu und der kreisfreien Stadt Kempten ein, jener Gebietskulisse, die im Vorgänger-Projekt „HyAllgäu“ Produktionskapazitäten für grünen Wasserstoff ausgemacht haben. Für die Region bietet sich dadurch die Möglichkeit, von der Bio-Energie Allgäu GmbH & Co. KG zeitnah mit Wasserstoff beliefert zu werden, der über einen Elektrolyseur emissionsfrei hergestellt wird.

Mobilitätssektor im Blick

Im vorliegenden Konzept soll der grüne Wasserstoff schwerpunktmäßig im Mobilitätssektor zum Einsatz kommen. Dazu gehören regionale ÖPNV-Busse, Abfallentsorgungsfahrzeuge, sowie lokale Speditions- und Logistikunternehmen bis hin zur Bodenseeschifffahrt und wasserstoffbetriebenen Flugzeugschleppern am Allgäu Airport.

Einsatz von Brennstoffzellenfahrzeugen

Speziell das Allgäu mit seiner anspruchsvollen Topographie und den harten Wintern ist für den Einsatz von Brennstoffzellenfahrzeugen prädestiniert. Die Akkus rein batterieelektrisch betriebener Nutzfahrzeuge kämen unter solchen Bedingungen schnell an ihre Grenzen – im ländlichen Raum spielt der Wasserstoff daher seine größten Vorteile aus.

Für den Landkreis Lindau (Bodensee) hat das Thema eine ganz aktuelle Relevanz: Hier müssen die Konzessionen im Busverkehr bis Ende 2023 neu vergeben werden. Landrat Elmar Stegmann strebt dabei an, dass ein Teil der Busse anschließend mit Brennstoffzelle durch das Kreisgebiet fahren, komplett emissionsfrei. □

Energiesparmeister-Wettbewerb an Schulen:

Mengkofen gewinnt Sonderpreis

Zum 13. Mal hat der Energiesparmeister-Wettbewerb an Schulen die besten Klimaschutzprojekte aus ganz Deutschland im Bundesumweltministerium prämiert und dabei Preise im Gesamtwert von 50.000 Euro vergeben. Für das beste Klimaschutzprojekt an Schulen hat die Stadtschule Bad Oldesloe für Schleswig-Holstein den Bundessieger-Titel Energiesparmeister Gold erhalten. Baden-Württemberg holte Silber und Bronze ging an das Saarland. Den mit 1.000 Euro dotierten zusätzlichen Sonderpreis für nachhaltiges Engagement gewann die Grund- und Mittelschule Aitrachtal aus Mengkofen in Bayern.

Die „Energiesparmeister 2013“ aus dem Freistaat haben seit ihrem Landessieg ihr Know-how im Bereich Energieeffizienz kontinuierlich ausgebaut. Seit Projektbeginn 2008 hat die Grund- und Mittelschule Aitrachtal ihren Energieverbrauch dauerhaft gesenkt. Die Heizkosten konnten um 50 Prozent und die Stromkosten um 30 Prozent reduziert werden. Darüber hinaus motivieren die Klimaschützer auch im eigenen Elternhaus zum Energiesparen: Sie messen mit Strommessgeräten, welche Haushaltsgeräte am meisten Strom verbrauchen und geben Anreize zum Energiesparen. An den monetären Einsparergebnissen ihrer Eltern werden sie beteiligt.

Außerdem hat die Grund- und Mittelschule jedes Jahr weitere Klimaschutz-Projekte etabliert. Ein neueres Projekt der jungen Klimaschützer ist das „Tuesday for Future“-Projekt der Schülerverwaltung. Nach dem Vorbild von „Friday for Future“ bearbeiten die Schüler eigeninitiativ Projekte zum Klimaschutz wie die Nutzung von Fahrrad und Fußweg als „Ersatz von Taxi Mama“ und bewerten die daraus entstandenen nachhaltigen Effekte fürs Klima. 2020 hat die Gemeinde Mengkofen schließlich eine Photovoltaikanlage mit 101 kWp Leistung auf dem Dach der Schulturnhalle montiert, die 90 Prozent des Stromverbrauchs deckt. DK

Jahresbericht der Bundesnetz-Agentur zur Energiewende

Mit erfreulichen Nachrichten wartete der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, bei der Vorlage des Jahresberichts 2020 auf. Nach seinen Angaben ist der Stromnetzausbau gemessen an den Herausforderungen und der Komplexität der Verfahren gut durch die vergangenen Monate gekommen.

Insbesondere für die großen Projekte Ultramet, SuedLink und SuedOstLink wurden Homann zufolge zahlreiche Entscheidungen in den Genehmigungsverfahren getroffen. Die Bundesnetzagentur habe für rund die Hälfte der Abschnitte der Gleichstromtrassen über die Bundesfachplanung entschieden. Die zweite Hälfte folgt voraussichtlich in diesem Jahr.

Ende des Jahres 2020 befanden sich insgesamt rund 3.524 Kilometer Stromleitungen in Genehmigungsverfahren. Davon sind aus dem Bundesbedarfsplan 667 Kilometer Stromleitungen in Zuständigkeit der Länder und 2.646 Kilometer Stromleitungen in Zuständigkeit des Bundes in laufenden Genehmigungsverfahren. Insgesamt wird für Stromnetze an Land bis 2030 ein Investitionsbedarf von bis zu ca. 102 Mrd. Euro geschätzt, 55 Mrd. Euro für das Übertragungsnetz und 47 Mrd. Euro für die Verteilernetze.

Stromnetzentgelte

Kaum verändert haben sich Anfang 2021 die Stromnetzentgelte der Verteilernetzbetreiber im Bundesweiten gewichteten Durchschnitt. Das Netzentgelt für einen typischen Haushaltskunden liegt bei den von der Bundesnetzagentur regulierten Netzbetreibern bei 7,65 ct/kWh gegenüber 7,60 ct/kWh im Vorjahr (+0,7%). Ein Gewerbekunde zahlt weiterhin 5,80 ct/kWh. Ein mittelständischer Industriekunde muss 2021 ein Netzentgelt in Höhe von 2,64 ct/kWh entrichten, nach 2,62 ct/kWh im Vorjahr (+0,8%).

In einigen Verteilernetzen sind allerdings deutliche Kostensteigerungen durch Investitionen in die Netze zu beobachten, zum Beispiel aufgrund des für die Energiewende erforderlichen Ausbaus auch der Verteilernetze. Dieser Ausbau ist aber längst nicht in allen Verteilernetzen erforderlich, was die Unterschiede zwischen den Netzentgelten der einzelnen Netzbetreiber vergrößert.

Ein weiteres Thema ist die Sektorenkopplung, zum Beispiel Strom als Wärmeträger. Die Übertragungsnetzbetreiber sind nun laut Bundesnetzagentur ge-

fordert, auf der Grundlage dieser neuen Annahmen konkrete Netzausbauvorhaben zu ermitteln und vorzuschlagen.

Intensiv ist die Bundesnetzagentur zudem mit den Fragen zur zukünftigen Entwicklung des Gasnetzes befasst. Die Marktbaumstellung von L-Gas auf H-Gas schreitet voran. Gleichzeitig diskutieren Politik und Wirtschaft intensiv über die Bedeutung und Zukunft der Wasserstoffindustrie. „Die Diskussion um das richtige Marktdesign und einen sinnvollen Rechtsrahmen für ein Wasserstoffnetz begleiten wir konstruktiv“, so Homann.

Bei den Fernleitungsnetzbetreibern findet wegen der Marktgebietszusammenlegung der beiden Marktgebiete Gaspool und NCG um deutschlandweites Marktgebiet Trading Hub Europe zum 1. Oktober 2021 eine Entgeltänderung statt. Die Entgelte für das neue Marktgebiet werden dann über den Entgelten in den beiden bisherigen Marktgebieten (+14% bzw. +1%) liegen.

Bei den Verteilernetzbetreibern zeigt sich für die durch die Bundesnetzagentur regulierten Gasnetzbetreiber im Mittel ein leichter Anstieg. Bei den Haushaltskunden ist ein Zuwachs um etwa 2,6 Prozent zu verzeichnen. Für Gewerbekunden liegt der Anstieg im Mittel in einer ähnlichen Größenordnung, bei den Industriekunden etwas höher (2,2 bzw. 4,2%).

Erfolgreich durchgeführt wurde schließlich die erste Runde der Ausschreibungen nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz. Die Ausschreibungen stoßen bei den Betreibern auf positive Resonanz. Die Runde war deutlich überzeichnet und der durchschnittliche Zuschlagswert liegt erheblich unter dem gesetzlichen Höchstpreis.

Wie Jochen Hohmann feststellte, werde die Bundesnetzagentur im Jahr 2021 an ihre bisher erfolgreiche Arbeit anknüpfen. „Funktionierender Wettbewerb sowie eine unsere Wirtschaft tragende und den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht werdende moderne und leistungsfähige Infrastruktur bleiben auch in Zukunft unsere Ziele.“ DK

Lüftungstechnik: Schlüsseltechnologie für Normalbetrieb

Anfang April trat die novellierte Bundesförderung „Coronagerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumlufttechnischen Anlagen“ in Kraft und hat die Förderung von RLT-Anlagen nochmals erhöht. Dazu priorisiert der BTGA in seinem herausgegebenen Praxisleitfaden einen RLT-Betrieb mit 100 Prozent Außenluft. Eine Verbesserung der Raumluftqualität, z.B. die CO2-Konzentration als ein Kriterium für die Luftqualität kann ausschließlich über eine ausreichende Frischluftfrate sichergestellt werden. Die SEW GmbH hat hier die passende Technologie zur Energieeinsparung / Wärmerückgewinnung dank der konsequenten Trennung von Zu- und Abluft im Portfolio und macht bestehende und neue Anlagen fit für diese hohen Ansprüche.

Dass der Luftaustausch in Innenräumen entscheidenden Einfluss auf die Ausbreitung von Viren und damit auf die Gesundheit von Gebäudenutzern hat, kristallisierte sich in den letzten Monaten deutlich heraus. SARS-CoV-2 rückte diese an sich nicht überraschende Erkenntnis und damit auch die Bedeutung von Lüftungstechnik ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit und der Politik, die mit entsprechenden Handlungsanweisungen und Förderprogrammen reagiert. So ist am 2. April die novellierte Bundesförderung „Coronagerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumlufttechnischen Anlagen“ in Kraft getreten. Die Ertüchtigung von stationären RLT-Anlagen für einen Coronakonformen Betrieb wird nunmehr mit bis zu 80 statt vorher 40 Prozent bezuschusst. Der maximale Förderbetrag wurde von 100.000 auf 200.000 Euro pro bestehende RLT-Anlage erhöht und die Förderung weiterer technischer Maßnahmen ermöglicht. Diskutiert werden im Zusammenhang mit leistungsfähigen Lüftungsanlagen außerdem Lockerungen für den Kulturbetrieb und größere Veranstaltungen. Lüftungstechnik wird damit nicht nur zum Hingucker, sondern für so manchen Betreiber zur Schlüsseltechnologie für eine Rückkehr in den Normalbetrieb.

Lüftungsanlagen ändern sich nachhaltig

Die Erkenntnisse, die mit den umfassenden Untersuchungen zur Pandemie gewonnen werden, verändern die Ausgestaltung von Lüftungstechnik nach-

haltig. Es gehe dabei nicht nur um SARS-CoV-2, sondern die Zukunft der Lüftungstechnik allgemein, schreibt dazu der BTGA (Bundesverband Technische Gebäudeausrüstung e.V.) in seinem Praxisleitfaden „Planung und Betrieb von RLT-Anlagen bei erhöhten Infektionsschutzanforderungen“. Für die Gebäudetechnik berge das Chancen, bedeute aber auch eine große Verantwortung.

100 Prozent Frischluft

Die einzige Möglichkeit, das Risiko einer Aerosolübertragung in Innenräumen wirksam zu reduzieren, besteht nach derzeitigem Wissensstand jenseits der AHA-Regeln darin, die Virenkonzentration im Verhältnis zum Raumvolumen und zu der darin anwesenden Personenzahl zu reduzieren – also Verdünnung. Ein geregelter Luftaustausch kann – insbesondere bei einer hohen Raumbelastung und längerer Aufenthaltsdauer – nur mittels mechanischer Belüftung erzeugt werden, also mit definierten Luftmengen. In erster Priorität empfiehlt der Praxisleitfaden des BTGA einen Betrieb mit 100 Prozent Außenluft. Denn: Eine Verbesserung der Raumluftqualität, z.B. die CO2-Konzentration als ein Kriterium für die Luftqualität kann ausschließlich über eine ausreichende Frischluftfrate sichergestellt werden. Doch die erfordert anlagentechnische Power und frisst Energie.

Fit für höchste Ansprüche

Die hocheffiziente Wärmerückgewinnungstechnik

nik von SEW macht bestehende und neue Anlagen fit für diese hohen Ansprüche. Mit seinen modular aufgebauten Gegenstrom-Schicht-Wärmetauschern (GSWT) bietet das innovative Unternehmen aus Kempen am Niederrhein maßgeschneiderte Lösungen für die energetische Sanierung/Optimierung von Lüftungsanlagen jeder Größenordnung und auch bei schwierigen Platzverhältnissen – mit Erfahrung aus mehr als drei Jahrzehnten. SEW-Wärmetauscher lassen sich in kleinste Einheiten zerlegen und werden erst in der Lüftungsanlage endmontiert. Zur Einbringung reichen die vorhandenen Zentraltüren, die Montage kann meist im laufenden Betrieb erfolgen. Für jedes Objekt individuell geplante Lösungen orientieren sich an den Gegebenheiten des Gebäudes und sind nicht abhängig von einem bestimmten Lüftungsgerät. Selbst eine freie Aufstellung zum Beispiel im Betonkanal oder Ansaugbauwerk kann realisiert werden und wurde bereits mehrfach umgesetzt. Durch die Trennung von Zu- und Abluft können die Systeme beliebig an die Gegebenheiten angepasst werden. Konstruktionsbedingt findet keine Übertragung von Schadstoffen aus der Abluft an den Zuluftstrom statt, was eine dauerhaft hohe Luftqualität garantiert.

Durch die Nutzung vorhandener Anlagen-Kapazitäten mit beachtlich gesteigerten Wirkungsgraden ermöglichen die SEW-Wärmetauscher den Verzicht auf zusätzliche Kältetechnik oder Wärmeerzeuger. So schaffen sie höchsteffizient hygienische Verhältnisse im Bestand und gleichzeitig ein gutes Klima – innen wie außen. Auch das Bundeskanzleramt in Berlin setzt bereits auf diese richtungsweisende Technologie.

Seit 1983 rüstet SEW® Lüftungs- und Klimaanlage zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT®-Technologie aus. □

VAG startet für Klima und Umwelt mit eMobilität durch

Erster eGelenkbus von MAN geht in den Fahrgastbetrieb

„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“: Mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor. Diesem ersten MAN eGelenkbus werden noch in diesem Jahr 27 weitere der Baureihe des Lion's City 18 E sowie elf MAN eSolobusse Lion's City 12 E folgen. Die eBus-Flotte der VAG wächst damit auf 46 Fahrzeuge, was fast ein Viertel der Flotte ist.

„Umwelt- und Klimaschutz haben im ÖPNV und insbesondere bei der VAG einen hohen Stellenwert“, bekräftigt Josef Hasler. „Der ÖPNV ist bereits per se schon umwelt- und klimafreundlich ausgerichtet. Die VAG schafft jetzt durch den Umstieg auf eMobilität auch bei den Bussen die Basis für einen emissionsfreien ÖPNV. Wer den Klima- und Umweltschutz ernst nimmt, muss jetzt handeln. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und werden in den nächsten Jahren ausschließlich eBusse beschaffen.“ Damit der ÖPNV nicht nur lokal, sondern auch global emissionsfrei wird, lädt die VAG ih-

re eBusse mit Ökostrom. Bereits seit 2012 bezieht das Unternehmen ausschließlich Ökostrom, vom Betrieb über die Werkstätten bis zur Verwaltung.

Plädoyer für Null Emission

Beim Thema eMobilität kann belegt werden, dass Energie- und Verkehrswende Hand in Hand gehen müssen. Voraussetzung für einen grünen Haken an der eMobilität ist nämlich der Bezug von Ökostrom sowie ein ausgeklügeltes Energie- und Lademanagement, um zusätzliche Vorteile zu heben. Hier setzt die VAG auch auf die Kompetenz der N-ER-

GIE, Schwesterunternehmen im STWN-Konzern.

„Wichtig ist, neben unseren Anstrengungen aber, dass mehr Menschen öffentlich fahren. Und zwar immer häufiger“, so der VAG-Vorstandsvorsitzende. „Wir investieren dafür, wir bauen unser Angebot aus, das alles, um für die Kund*innen attraktiver zu werden.“ Bereits vor 50 Jahren sei klar gewesen, dass ein stetig wachsender Verkehr viele Probleme mit sich bringt, erläutert Hasler und verweist auch auf die Aspekte Lebensqualität, Flächenverbrauch und Luftqualität in der Stadt. Kommunale Verkehrsunternehmen wie die VAG sorgen vor, garantierten Mobilität, böten Daseinsvorsorge im wahrsten Sinne des Wortes. „Für die Fahrgäste ist relevant, dass sie zuverlässig, sicher und komfortabel von A nach B kommen. Wenn wir ihnen als zusätzliche Motivation auch klima- und umwelt-

verträgliche Mobilität vermitteln können, dann umso besser. Wir übernehmen gerne die Vorreiterrolle, aber einen wirklich großen Effekt erzielen wir nur, wenn die Menschen mit unseren Bussen und Bahnen fahren. Alle, die öffentlich fahren, hinterlassen einen kleineren CO₂-Fußabdruck. Dank eMobilität erst recht“, so Hasler.

Die Technik hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, es gibt eine nennenswerte Anzahl von Herstellern und dank entsprechender Nachfrage sinken auch die Preise. Ein eBus kostet heute dennoch gut doppelt so viel wie ein Dieselbus. Vor drei, vier Jahren war es noch mehr als das Dreifache. Die VAG wird in diesem Jahr rund 25 Mio. Euro alleine in die Fahrzeuge investieren. Das Bundesumweltministerium bezuschusst die Investition mit ca. 80 Prozent der Mehrkosten gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus. Vom Freistaat Bayern gibt es voraussichtlich einen Zuschuss in Höhe von rund 3,4 Mio. Euro. Ohne diese staatliche Anschubfinanzierung der Mehrkosten der eBusse wäre dieses Engagement nicht möglich, wie Josef Hasler hervorhebt.

Positive Erfahrungen im Testbetrieb

Die Erfahrungen mit dem neuen eGelenkbus von MAN sind nach ersten Testfahrten, die sich auf rund 1.500 Kilometer summieren und bei denen teils auch schon Fahrgäste mitgenommen wurden, sehr positiv. Der MAN eGelenkbus hat eine Batteriekapazität von rund 510 kWh nutzbarer Energie, die im Idealfall für bis zu 400 Kilometer reichen soll. Zielgröße bei der VAG ist aber eine Reichweite von



„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“, mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor.

Bild: VAG/Claus Felix

200 bis 250 Kilometern bei allen Witterungsbedingungen. Die Temperatur wird vor allem im Winter trotz effizienter Wärmepumpenheizung auch bei diesen Fahrzeugen noch eine Rolle spielen.

eBusse punkten beim Fahrkomfort. Sowohl das Beschleunigen als auch das Bremsen erfolgt sehr gleichmäßig und damit angenehm sowohl für die Fahrer*innen als auch für die Fahrgäste. Des Weiteren ist der Bus wie alle VAG eBusse vollständig emissionsfrei. Auch Heizung und Klimaanlage werden rein elektrisch betrieben. Gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus spart ein vollelektrischer Gelenkbus jährlich ca. 68 Tonnen CO₂ ein.

Ab Mitte Juli wird der neue eGelenkbus der VAG im Fahrgastbetrieb eingesetzt. Eine besondere Unterweisung der Fahrer*innen ist nicht notwendig. Alle VAG-Fahrer haben eine allgemeine Unterweisung für Hochvoltfahrzeuge. Darüber hinaus

genügt lediglich eine Information über die spezifischen Sicherheits- und Bedienungsfunktionen dieser Busserie. Da der Bus auf dem aktuellen Diesel-Hybrid-Bus von MAN basiert, der bei der VAG schon seit 1,5 Jahren im Einsatz ist, ist den Fahrer*innen das Fahrzeug vertraut.

Zu Beginn wird der erste eGelenkbus von MAN auch für die Inbetriebnahme des VAG-eBus-Ports benötigt, beispielsweise für Funktions- und Ladetests. Der eBus-Port entsteht im Nürnberger Stadtteil Schweinau, direkt neben dem Betriebshof und der Buswerkstatt. Er befindet sich aktuell in der letzten Bauphase und wird ab Ende des Sommers mit 39 Stellplätzen neuer Heimathafen für eBusse. Diese können hier abgestellt und geladen werden.

Für ihr Engagement bei der eMobilität im Busbereich und den Bau des eBus-Ports ist die VAG im Mai dieses Jahres mit dem Zfk-Award für Nachhaltigkeit ausgezeichnet worden. □

Lagarde 4.0:

Spatenstich für zukunftsweisendes Infrastrukturprojekt

Auf dem Bamberger Lagarde-Quartier haben die Bauarbeiten eines der ökologischsten Wärmenetze Deutschlands begonnen. Das Energiesystem versorgt 1.200 Familien, Kultureinrichtungen und Gewerbeflächen für 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Wärme und Kälte, die zu 70 Prozent vor Ort aus regenerativen Quellen gewonnen werden. Die Stadtwerke Bamberg investieren 18 Millionen Euro in das Zukunftsquartier. „Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind“, lobte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier anlässlich des ersten Spatenstichs für die Energiezentrale, dem Herzstück des Energiesystems.

Wenn im Herbst 2022 die ersten Familien auf das Konversionsquartier ziehen, dann lassen die Stadtwerke Bamberg keine Gelegenheit ungenutzt, Energie für die Wohngebäude, Kultur- und Gewerbeflächen vor Ort aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Mehr als 70 Prozent der Wärme für die Bestands- und die Neubauten soll aus erneuerbaren Energien gewonnen werden und das „Bamberger Konzept“ als Blaupause für moderne Stadtentwicklung genutzt werden: Weil viele Kommunen vor der Herausforderung stehen, innerhalb einer bestehenden städtischen Infrastruktur mit unterschiedlicher Gebäudeeffizienz eine möglichst nachhaltige Energieversorgung zu realisieren.

Auf dem Lagarde-Quartier wird unter anderem oberflächennahe Geothermie eingesetzt und Wärme aus Abwasser genutzt. Der Strom für die Wärmepumpen wird auf den Dächern der Gebäude mit Hilfe von Photovoltaikanlagen erzeugt. Ein intelligentes Speichermanagement und ein Blockheizkraftwerk gleichen tageszeitliche Produktionsschwankungen aus; die saisonale Speicherung von Überschuss- und Abwärme aus den Sommermonaten erfolgt mittels 55 Erdwärmesonden sowie Erdwärmekollektoren, die unter den neuen Gebäuden entstehen.

Sämtliche Gebäude- und Anlagentechnik wird in der Energiezentrale miteinander vernetzt, so dass die Energie höchst effizient genutzt werden kann. Weil Sonnenstrom und Erdwärme unabhängig von Marktschwankungen, Börsen- und CO₂-Preisen sind, können die Stadtwerke den Bewohnerinnen und Bewohnern einen günstigen Einstiegspreis für ihre Wärmeversorgung mit der Aussicht auf eine geringe Preissteigerung garantieren.

Die Stadtwerke Bamberg hatten die Realisierbarkeit des Konzepts in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut IEE, dem Nürnberger Ingenieurbüro BUILD.ING Consultants und der Otto-Fried-

rich-Universität Bamberg überprüft und hierbei neben der Energieausbeute auch den Platzbedarf, Kohlendioxid- und Lärmemissionen sowie die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Wärmeerzeugungsmethoden in den Fokus genommen. Als wichtiger Baustein der Wärmewende wird das Projekt insgesamt mit mehr als 8 Millionen vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Weitere 1,9 Millionen Euro steuert die Regierung von Oberfranken im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Lebenswerte Quartiere gestalten“ bei.

Herzstück Energiezentrale

Für die Energiezentrale, das Herzstück des Energiesystems, haben jetzt Kinder von Mitarbeiterinnen der Stadtwerke gemeinsam mit Oberbürgermeister Andreas Starke und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Michael Fiedeldey, den ersten Spatenstich vollzogen. Das Gebäude nordöstlich der Reithalle wird Blockheizkraftwerk, Energiespeicher, Pumpen, Fernwärmetechnik und auch die intelligente Steuerung beheimaten und rechtzeitig zum Einzug der ersten Lagarde-Bewohner in einem Jahr in Betrieb gehen. Die endgültige Fertigstellung des architektonisch anspruchsvollen Gebäudes mit seinem Satteldach ist Ende des kommenden Jahres geplant.

Auch das intermodale Mobilitätskonzept für die Bewohner, Besucher und Beschäftigten auf dem Lagarde-Quartier ist zukunftsweisend. Bewohner des Quartiers werden sich entscheiden können, ob sie statt eines Stellplatzes in einer Parkpalette eine Mobilitätskarte erhalten. Die Mobilitätskarte beinhaltet neben einem Ticket für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg auch den Zugriff auf Sharing-Angebote von Elektrofahrzeugen, E-Lastenrädern, elektrischen Motorrollern und E-Scootern. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass sich heute schon

jeder fünfte Bewohner für das alternative Mobilitätsangebot entscheiden wird. Den Bewohnern ermöglicht das maximale Flexibilität und Wahlfreiheit beim Fortbewegungsmittel. Auch wird weniger Fläche durch Parkraum versiegelt und die Aufenthaltsqualität auf Lagarde steigt.

Minister Altmaier zufolge „ist der klimaneutrale Umbau der Fernwärme ein wichtiger Baustein der Wärmewende. Die Bundesregierung baut deshalb die Förderung für grüne Wärme massiv aus: In Kürze führen wir ein Programm für die langfristige Umstellung von Wärmenetzen auf erneuerbare Wärme und Abwärme ein, die Förderung für neue hocheffiziente Wärmenetze wird fortgesetzt. Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind.“

Torsten Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), betonte: „Damit die Energie- und Wärmewende gelingen, braucht es Projekte und Ideen, die mit innovativer Technik umgesetzt werden. Der Lagarde-Campus ist ein spannendes Modellprojekt und steht beispielhaft für klimafreundliche Quartiersentwicklung im 21. Jahrhundert.“ Laut Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin von Oberfranken, „betreiben die Stadtwerke Bamberg seit Jahren den Umbau militärisch genutzter Flächen mit einem bundesweit beispielgebenden Planungsprozess. In hervorragender Weise werden sie als Akteure hier ihrer Verantwortung gerecht.“

„Die Stadtwerke Bamberg haben wir als sehr kompetenten, visionären und innovativen Partner kennengelernt“, stellte Prof. Raul Klingner, Direktor Research Fraunhofer Gesellschaft, fest. „In Projekten wie Lagarde setzen sie die Erkenntnisse der Energieforschung in die Realität um und es entsteht eine Blaupause für viele weitere energieeffiziente Quartiere der Zukunft.“

„Die Menschen, die auf Lagarde einziehen wollen, können sich auf eine hohe Lebensqualität freuen“, erklärte schließlich Andreas Starke, Oberbürgermeister von Bamberg. „Wohnen, Leben und Arbeiten werden hier einen guten Platz finden – auch dank der zukunftsweisenden Energie- und Mobilitätskonzepte der Stadtwerke Bamberg.“ □

Alois hat jetzt mehr Energie als vor 40 Jahren.

Erneuerbare Energien sind die Zukunft. So sind fast 300.000 Solaranlagen mit unserem Energienetz verbunden. Dadurch profitieren immer mehr Menschen in Bayern von nachhaltiger Solarenergie.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

Energiegenossenschaften treiben Energiewende voran

Bis zum Jahr 2045 will die Bundesrepublik zu einem klimaneutralen Land werden. Dieses ehrgeizige Ziel erfordert auch im Bereich der Energieproduktion neue Wege. „Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag dazu, den Wandel zur Klimaneutralität zu gestalten“, sagte Alexander Büchel, Mitglied des Vorstands des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), anlässlich des Internationalen Tags der Genossenschaften in München. Allerdings gebe es auch politische Entscheidungen, die den Energiegenossenschaften im Wege stünden.

„Energiegenossenschaften treiben die Energiewende dezentral voran. Mit 102 Photovoltaikgenossenschaften in Bayern, drei Betreibern von Windenergieanlagen, 86 Betreibern von Nahwärmenetzen und 21 Biogasgenossenschaften machen sie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit vor Ort sichtbar“, betonte Büchel. Hinzu kommen 32 genossenschaftliche Energieversorgungsunternehmen. Einige von ihnen beliefern ihre Kunden seit mehr als 100 Jahren über eigene Netze mit Strom, den sie zum Teil mit eigenen Wasserkraftwerken erzeugen.

Bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 339,9 Millionen Euro (2020) und einem Gesamtergebnis in Höhe von 29,1 Millionen Euro halten die bayerischen Energiegenossenschaften die Wertschöpfung in der Region und fördern dadurch auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das bewiesen die 36.940 Mitglieder und 370 Beschäftig-

te der Energiegenossenschaften in Bayern.

Allerdings beklagte Büchel eine Vielzahl von politischen und regulatorischen Hürden, die den zumeist vergleichsweise kleinen Energiegenossenschaften das Wirtschaften schwer machen. „Es ist an der Zeit, den Wert dezentraler und regionaler Energieerzeugung und -versorgung zu erkennen, zu fördern und ihr gleiche Wettbewerbschancen einzuräumen wie Großproduzenten“, mahnte Büchel.

Netzkapazitäten erweitern

So ist es zum Beispiel notwendig, die Netzkapazitäten zu erweitern, um den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien verlässlich zu gewährleisten. Da der Umbau des Energiesystems eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, darf dies nicht zulasten der Anlagen- oder der Netzbetreiber geschehen. Für viele erneuerbare-Energien-Anlagen ist die Teilnahme an Ausschrei-

bungen vorgesehen, um eine EEG-Vergütung zu erhalten. Die dazu nötigen Voraussetzungen bevorzugen größere Anbieter. An kleinere Mitbewerber stellen sie unzumutbar hohe Anforderungen, verbunden mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken. „Es ist dringend geboten, die Wettbewerbschancen für kleine Anbieter erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Anforderungen zu vereinfachen“, forderte Büchel.

Notwendig ist auch eine Angleichung von Netzentgelten in Stadt und Land. Ein Großteil der erneuerbaren Energien wird im ländlichen Raum erzeugt. „Unterschiedliche Netzentgelte in städtischen und ländlichen Regionen benachteiligen ländliche Anbieter. Dieses Ungleichgewicht muss dringend beendet werden“, ergänzte Büchel.

Perspektive für ausgeförderte Anlagen schaffen

Als problematisch stellt sich darüber hinaus die Möglichkeit zur Nutzung ausgefördelter Anlagen dar. „Diese Anlagen produzieren weiterhin klimaneutralen, sauberen Strom. Die Betreiber brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen erlauben, diesen Strom auch weiter wirtschaftlich zu erzeugen und damit die Energiewen-

de zu unterstützen“, gab Büchel zu bedenken.

Bei der genossenschaftlichen, regionalen Energieversorgung wird die Versorgung der eigenen Mitglieder mit Energie nach wie vor benachteiligt. „Das ergibt keinen Sinn und muss geändert werden“, sagte Büchel. Nach EU-Recht hätte Deutschland bis Ende Juni sicherstellen müssen, dass ein Energy Sharing diskriminierungsfrei möglich ist. Hierzu ist ein Wegfall der EEG-Umlage und der Stromsteuer für Mitglieder einer Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft nötig. „Dies muss in der neuen Legislaturperiode zügig umgesetzt werden“, forderte Büchel.

Doch auch bürokratische Auflagen erweisen sich immer wieder als problematisch für den gewünschten und erforderlichen Ausbau erneuerbarer Energien. Feste Abstandsregeln behindern beispielsweise häufig den Bau neuer Windenergieanlagen. Dabei sind bestehende Regelungen zum Beispiel zur Lärmemission der Anlagen oder zum Schattenwurf ohnehin einzuhalten. Zusätzlich erschweren unklar definierte Naturschutzauflagen den Bau von Windenergie- und Wasserkraftanlagen. „Solche Hemmnisse gilt es, durch praxistaugliche Regelungen und im Einvernehmen vor Ort zu ersetzen“, betonte Büchel.

Wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit

„Die genossenschaftliche Idee wurde in Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit geboren. Seither haben Genossenschaften dabei geholfen, Probleme zu lösen und dort gemeinschaftlich gehandelt, wo der Staat oder andere Akteure nicht aktiv wurden. Am Beispiel der Energiegenossenschaften zeigt sich, dass Genossenschaften nach wie vor diese Rolle übernehmen und als Problemlöser und Innovations-treiber fungieren“, sagte Büchel.

Aufgrund ihres von Gemeinschaft geprägten Ansatzes eignen sich Genossenschaften besonders gut dazu, den Wandel der Energieversorgung mitzutragen. „Nachhaltigkeit liegt in der genossenschaftlichen DNA. Durch aktive Bürgerbeteiligung fördern Energiegenossenschaften die Akzeptanz für die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien“, erklärte Büchel.

In einer Genossenschaft bestimmen die Mitglieder gleichberechtigt über die Geschicke mit. „Dieser urdemokratische Ansatz ist ideal dazu geeignet, bei lokalen Energieprojekten Interessen auszugleichen und neue Wege zu finden, die andernfalls verschlossen blieben“, ergänzte Büchel.



V.l.: Moderator Gabor Steingart, Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, und VERBUND-CEO Michael Strugl. Bild: Anne Hufnagl

Energiewende kann nur durch Kooperation gelingen

Gespräch zwischen Bundesminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strugl

Seit 1.1.2021 ist Michael Strugl CEO der VERBUND AG. VERBUND ist Österreichs führendes Energieunternehmen und der größte Erzeuger von Strom aus Wasserkraft in Bayern. Das größte Wasserkraftprojekt Deutschlands, die Erneuerung des Kraftwerks Jettenbach-Töging, ist eine 240-Mio.-Euro-Investition des Unternehmens und ein deutliches Bekenntnis: zum Wasserkraftland Bayern und zur Energiewende.

Die traditionell engen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich, insbesondere in der Gestaltung der Energiezukunft, waren Gegenstand eines Gesprächs zwischen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strugl auf dem Medien-Schiff PioneerOne. Bundesminister Altmaier ließ gleich zu Beginn des Gesprächs keinen Zweifel daran, dass er Österreich als befreundetes Land bezeichnet – während er bei so mancher Großmacht zurückhaltender mit dieser Auszeichnung ist.

Energiewende ist „Operation am offenen Herzen“

Die Energiewende ist eine Herausforderung. „Eine Operation am offenen Herzen“, wie sie Michael Strugl bezeichnete. Die beiden Diskutanten machten deutlich, dass diese nur durch Kooperation und Zusammenarbeit gelingen könne. In diesem Umfeld kam das Gespräch unter der Leitung von Gabor Steingart dann auch ohne Vergleiche, Verweise und gut gemeinte Ratschläge aus – die Herausforderung ist enorm und kann nur mit dem Blick in die Zukunft gelingen. „Denn, flapsig gesprochen, unserer Aufgabe wird sein, so viel erneuerbaren Strom zu liefern, den man für diese Transformation braucht“, wie es Michael Strugl formulierte.

In diesem Zusammenhang betonte auch Peter Altmaier, dass dafür alle verfügbaren Erzeugungsformen gebraucht werden und formulierte das Anliegen, „dass man die Wasserkraft auch in Brüssel gut behandelt.“ Damit spielte er auf bekanntgewordene aber am Widerstand der Wasserkraft-Länder gescheiterten Absicht, die Wasserkraft in der EU-Taxonomie-Verordnung nur als Brückentechnologie zu behandeln.

Wirtschafts- und Standortpolitik

Trotz oder gerade wegen des Schwerpunktes auf die erneuerbare Zukunft waren auch Wirtschafts- und Standortpolitik omnipräsent. „Wie können wir den Prozess der Dekarbonisierung betreiben, ohne dass unsere industriellen Kapazitäten darunter leiden“, war der zentrale Leitgedanke von Altmaier, der neben der Thematik

der Wettbewerbsfähigkeit auch soziale Aspekte – etwa Kostensteigerungen bei alltäglichen Gütern – im Blick hat. Am Beispiel Stahl machte er deutlich: „Wir müssen aufpassen, dass am Ende nicht die Stahlherzeuger in EU schlappmachen und Stahlherzeuger aus Staaten wo es weniger strenge Klimavorschriften gibt, diesen Stahl verkaufen werden – mit dem Ergebnis, dass nicht weniger, sondern mehr CO₂ global freigesetzt wird.“

Ermutigendes Zeichen

Michael Strugl äußerte sich dazu zuversichtlich: „Was wir hier vor uns haben, ist mehr als eine Stromwende, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen sehen wir das als sehr ermutigendes Zeichen, dass die Europäische Union auch nach der COVID-Krise dabei geblieben ist zu sagen, der Green Deal ist ein großes Wirtschaftsprogramm, das die Klimawende will, aber auch konjunkturellen Aufschwung bringen wird.“

Beide Gesprächspartner sehen es als wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Wandels an, dass ein Level-playing-Field geschaffen wird, also global gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen und nicht plötzlich jene im Vorteil sind, die sich dem Klimaschutz verweigern.

Zukunftshoffnung Wasserstoff

Eine tragende Säule der Energiezukunft wird Wasserstoff sein. Viele Prozesse, die nicht elektrifiziert werden können, können mit seiner Hilfe dekarbonisiert werden – etwa in der Stahlindustrie. Peter Altmaier machte den Führungsanspruch Deutschlands als künftiges Wasserstoffland Nummer eins deutlich: „Deutschland hat vor einem Jahr eine Wasserstoffstrategie verabschiedet, und auch während der Präsidentschaft auf eine europäische gedungen.“

Jetzt gehe es darum, die globale Green Hydrogen Infrastruktur aufzubauen. Michael Strugl sieht sogar die Chance, dass Deutschland und Europa hier eine globale Führungsrolle einnehmen: „Die USA sind das Land der großen Digitalkonzerne, China ist führend bei Solar-energie und Batterien. Beim Wasserstoff ist noch ein Platz frei.“

Wasserkraft punktet bei Ökologie und Energiewende

Ministerpräsident Dr. Markus Söder will Bayern als erstes Bundesland bereits 2040 klimaneutral gemacht haben – ein unterstützenswertes und ambitioniertes Ziel. Bereits heute ist sicher, dass die Wasserkraft in Bayern einen unverzichtbaren Beitrag leistet, um dieses Ziel zu erreichen. Nutzen und Vorteile der Wasserkraft sind vielfältig und gehen weit über die reine Stromerzeugung hinaus. Die Leistungen der bayerischen Wasserkraftbetreiber stellt die Initiative „Wasserkraft-Ja bitte!“ nun eindrucksvoll in einem neuen Imagefilm dar.

Die bayerischen Wasserkraftwerke tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende bei. Sie sind eine sichere Alternative zur Stromgewinnung aus nuklearen und fossilen Brennstoffen. Sie erzeugen saubere Elektrizität aus einer unerschöpflichen Quelle. Strom aus Wasserkraft ist weder abhängig von der Tageszeit noch vom Wetter. Überschüssige Energie wird in Speicherkraftwerken geparkt und steht bei Bedarf sofort zur Verfügung. So versorgen die Wasserkraftwerke Bayern immer zuverlässig mit Strom. Zusammen mit den anderen regenerativen Energiequellen wird die Wasserkraft auch in der Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten.

Teil der Lösung

Weltweit ist die Wasserkraft die bedeutendste und wirtschaftlichste Quelle der regenerativen Stromerzeugung. Wasserkraft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Egal ob Photovoltaik, Wind- oder Wasserkraft: Jede Art, Strom zu erzeugen, geht mit umweltrelevanten Begleiterscheinungen einher. Die Betreiber der bayerischen Wasserkraftwerke sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Ihnen ist es wichtig, den Lebensraum so natürlich wie möglich zu erhalten. Die Wasserkraftunternehmen bauen Umgebungsgewässer und Fischtreppe an den Anlagen, um die Durchgängigkeit für Fische und andere Lebewesen zu bewahren. Außerdem schaffen die Betreiber neue Laichplätze und Lebensräume für Flora und Fauna zum Ausgleich. An den entstandenen Dämmen und Flussläufen findet man beispielsweise wertvolle Magerrasen

und seltene Orchideen. Die bayerischen Wasserkraftbetreiber geben Artenschutz, Umwelt- und Naturschutz viel Raum und stellen gleichzeitig sicher, dass Bayern auch weiter zuverlässig mit erneuerbarer Energie versorgt wird. „Wir hoffen, mit dem Film auch einen kleinen Gegenpol zu den derzeitigen pauschalen Verunglimpfungen der Wasserkraft durch die Freizeit- und Naturschutzverbände leisten zu können. Denn während beim Angeln das gezielte Fangen, Töten und Essen von Fischen das primäre Ziel ist, versuchen die Wasserkraftwerksbetreiber die Fische vor Schaden zu bewahren und ihnen ein möglichst

langes Leben zu gönnen“, bringt Detlef Fischer, Geschäftsführer beim Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW den Unterschied zwischen Fischern und Wasserkraftwerksbetreibern auf den Punkt.

Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“

Die Wasserkraftunternehmen in Bayern haben sich zusammengeschlossen, um sich für die bayerische Wasserkraft stark zu machen. Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ informiert über die Bedeutung der Wasserkraft in einer erneuerbaren Energiewelt in Bayern und macht den Nutzen der Wasserkraft erlebbar.

PS: Am 16. September 2021 findet in der Redoute Passau das 8. Bayerische WasserkraftForum der Bayerischen Gemeindezeitung statt. Anmeldung unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Stadtparkasse Augsburg nimmt neue Photovoltaik-Anlage in Betrieb

Ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität: Die Stadtparkasse Augsburg hat ihre neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße in Betrieb genommen. Zum Start der Anlage drückten Oberbürgermeisterin Eva Weber und Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeyer symbolisch den roten Buzzer.

„Es ist ein starkes Zeichen, das die Stadtparkasse mit dieser Maßnahme für den Klimaschutz vor Ort setzt“, freut sich Oberbürgermeisterin Eva Weber im Namen der Stadt Augsburg. Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Einhaltung des vom Stadtrat verabschiedeten CO₂-Restbudgets von 9,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid und der Pariser Klimaschutzziele. „Wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Unternehmen, die hier Initiative ergreifen, leisten einen enorm wichtigen Beitrag“, so Weber.

Mit einer Leistung von bis zu 329 kWp kann sich die Unternehmenszentrale der Stadtparkas-

se nun klimafreundlich selbst mit Energie versorgen. Pro Jahr sind es ca. 300.000 kWh, die die Anlage mithilfe modernster Solarpaneele auf 2.750 qm Dachfläche erzeugt. Genug, um den Verbrauch der Hauptstelle zu wesentlichen Teilen selbst zu decken. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zu Jahresbeginn 2021 vermeidet die Stadtparkasse damit rund 1.128.000 kg CO₂ pro Jahr und kommt so ihrem selbstgesteckten Ziel, bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften, einen entscheidenden Schritt näher.

Um die Photovoltaikanlage auf dem Dach in Betrieb nehmen zu können, waren größere Vorarbei-

ten notwendig. So musste die Konstruktion des Parkhauses versteift werden, um die Statik der neuen Belastung anzupassen. 30 Tonnen Stahl wurden zu diesem Zweck verarbeitet. Insgesamt hat die Stadtparkasse eine halbe Million Euro in die Maßnahme investiert.

„Langfristig zu denken und vorausschauend zu handeln gebietet uns einerseits die globale Problematik, vor die uns der Klimawandel stellt, entspricht aber auch den unternehmerischen Leitprinzipien der Sparkasse“, sagt Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeyer über die Investition. „Die Stadtparkasse Augsburg übernimmt seit fast 200 Jahren Verantwortung in der Region. Ressourcen schonend zu wirtschaften und auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen hinzuwirken, verstehen wir als wichtigen Bestandteil dieser Verantwortung.“

Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach

Informationen bei Ausschusssitzung für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistages

Bei einer Zusammenkunft in Kronach informierte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistages unter anderem über das Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach. Landrat Klaus Löffler freute sich, Landratskollegen aus ganz Bayern begrüßen zu dürfen, die sich nicht zuletzt bei einer Besichtigung der Mobilitätszentrale vom Kronacher Weg der Mobilität beeindruckt zeigten.

Landrat Klaus Löffler stellte gemeinsam mit Gabriele Riedel von der Verwaltung das seit gut einem Jahr laufende Konzept vor, in dem der öffentliche Personennahverkehr und die Schülerbeförderung miteinander kombiniert wurden. „Uneingeschränkte Mobilität ist in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben in vielen Bereichen“, betonte Klaus Löffler mit dem Hinweis auf eine Sicherung der Daseinsvorsorge, die ohne Mobilität nicht möglich wäre. Aus diesem Grund habe sich der Landkreis auf den Weg gemacht, den Personennahverkehr neu zu strukturieren, damit ein flächendeckendes Angebot zu schaffen und dieses nachhaltig sowie bürgerefreundlich zu gestalten.

„Man muss ehrlich sein. Das war eine Riesenaufgabe, der wir uns gestellt haben. Und nicht alles hat von Beginn an so funktio-

niert, wie wir uns das gewünscht hätten. Aber nach einer gewissen Anlaufzeit und mancher Nachbesserung haben wir es geschafft, ein attraktives Angebot zu stellen, von dem jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren kann“, unterstrich Löffler, der besonders auf das ergänzende Rufbussystem stolz ist. In Bereichen, wo kein fester Linienverkehr stattfindet, gebe es Bedarfshaltestellen, die nach Anforderung von Kleinbussen angefahren werden und damit ein hohes Maß an Flexibilität bieten. Koordiniert werde das gesamte System von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mobilitätszentrale. Ihnen galt gerade auch mit Blick auf die arbeitsintensive Anfangsphase der besondere Dank des Landrats.

Das Mobilitätskonzept im Landkreis Kronach wurde nicht zuletzt vor dem Hintergrund mit großem Interesse aufgenommen, weil es les hat von Beginn an so funktio-

Strategie des öffentlichen Personennahverkehrs für die Zukunft ging – gerade auch vor dem Hintergrund des Klimaschutzes.

Kreative Ideen im ländlichen Raum

Ausschussvorsitzender Franz Löffler, Landrat Cham, zeigte sich beeindruckt von den kreativen Ideen, mit denen der Landkreis Kronach ein hervorragendes Beispiel gibt, wie der ÖPNV im ländlichen Raum bedarfsgerecht organisiert werden kann. „Anders als im Ballungsraum steht nicht die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten, sondern die Verbesserung des Angebots im Vordergrund. Nur ein attraktives Angebot gibt einen Anreiz, das Auto

stehen zu lassen. Umso wichtiger sei es, dass die finanzielle Förderung durch den Freistaat deutlich gestärkt wird. Die einseitige Förderung des 365-Euro-Tickets in den großen Verbundräumen wird den Anforderungen an gleichwertige Lebensverhältnisse nicht gerecht“, so der Ausschussvorsitzende Landrat Franz Löffler.

Begleitet wurde dieser Tagesordnungspunkt durch Berichte aus den jeweiligen Arbeitsgemeinschaften zum Zukunftsrat ÖPNV. Die Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern übernahm der Fürther Landrat Matthias Dießl. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk bayerischer Kommunen, das 2012 von 38 Gründungsmitgliedern und maßgeblicher Unterstützung der Bayerischen Landesregierung ins Leben gerufen wurde. Zentrales Anliegen ist die feste organisatorische Verankerung der Radverkehrsförderung als einen wesentlichen Baustein zukünftiger Mobilitätsabwicklung. □

U6-Verlängerung nach Martinsried

Die Planungsarbeiten für die U6-Verlängerung nach Martinsried schreiten voran. Neben zahlreichen technischen Fragen widmete sich das Projektteam in den zurückliegenden Monaten auch der Gestaltung des künftigen U-Bahnhofs. Im Zuge des dafür ausgetobten Realisierungswettbewerbs fand im Mai 2021 in Planegg die Preisgerichtssitzung statt.

Die elfköpfige Jury hat aus zwölf eingereichten Wettbewerbsbeiträgen die Plätze 1 bis 3 prämiert und zwei Anerkennungen vergeben. Damit wurde der erste wichtige Meilenstein bei der Gestaltung des künftigen U-Bahnhofs gesetzt.

Den 1. Preis gewann der gemeinsame Entwurf von Gruber + Popp Architekt*innen aus Berlin und Arup Deutschland GmbH (Lichtplanung). Die Juroren waren sich einig, dass das vom 1. Preisträger vorgestellte Gesamtkonzept harmonisch erscheine und sich gut in den Park des neuen U1-Ensembles einfüge. Die Assoziation an Zellstrukturen unter dem Mikroskop wirke stimmig

und stelle einen nachvollziehbaren Bezug zum Ort her.

Im Inneren prägen organische Deckenaussparungen und Deckenöffnungen den neuen Bahnhof. Sie beinhalten auf sinnfällige Weise alle Nutzungselemente wie Entrauchung, Akustik und Beleuchtung. Oberlichter stellen einen Bezug zur Außenwelt her, Aussparungen für Kunstlicht und Leuchten in den Lüftungsschächten ergänzen das Lichtkonzept und sorgen für eine gleichmäßige Ausleuchtung. Der Entwurf kommt ohne weitere Gestaltungselemente aus und schafft so auf einfache Weise einen zurückhaltenden, aber doch atmosphärischen Innenraumcharakter. □

Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms:

Bundesweites Nahverkehrsangebot auch für 2021 gesichert

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Branchenverband mit über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, bewertet die jüngsten Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates für die Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms als wegweisend. VDV-Präsident Ingo Wortmann: „Bund und Länder haben Wort gehalten, dafür gilt ihnen ein großer Dank der Branche.“

Mit der Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms auch für das Jahr 2021 sei eine Aufrechterhaltung des bundesweiten Nahverkehrsangebots in Deutschland gesichert, betonte Wortmann. „Das ist nicht nur für die in Folge der Corona-Pandemie wirtschaftlich schwierige Situation der Verkehrsunternehmen existenziell, sondern auch für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor wichtig. Denn dafür brauchen wir auch künftig einen leistungsfähigen ÖPNV. Die Branche ist sich der Verantwortung, die daraus erwächst, bewusst und wird alles daransetzen, um die verlorengegangenen Fahrgäste schnellstmöglich wieder zurück sowie neue Kunden hinzuzugewinnen.“

Die prognostizierten Einnahmeverluste der Branche liegen nach VDV-Berechnungen für die Jahre 2020 und 2021 bei insgesamt rund sieben Milliarden Euro. Bund und Länder haben vereinbart, diese Verluste jeweils zur Hälfte auszugleichen. Während der Bund im vergangenen Jahr im Rahmen der Coronahilfen sehr schnell und unkompliziert 2,5 Milliarden zur Verfügung ge-

stellt hatte und nun nochmal eine Milliarde zusätzlich bereitstellen wird, sind in diesem Jahr die Länder in der Verantwortung den größeren Anteil der Mittel bereitzustellen.

„Mit dem nun gefassten Beschluss zum ÖPNV-Rettungsschirm 2021 übernehmen Bund und Länder erneut gleichermaßen die Verantwortung für den Ausgleich der Coronaverluste unserer Branche. Die politischen Entscheider haben uns aufgefordert, trotz deutlicher Fahrgastrückgänge während der Pandemie unsere Angebote möglichst uneingeschränkt aufrecht zu erhalten, damit alle Fahrgäste die auf Bus und Bahn angewiesen sind, sich auch weiterhin auf einen funktionierenden ÖPNV verlassen können. Dies haben wir seit März letzten Jahres mit hohem Engagement in den Verkehrsunternehmen bundesweit umgesetzt, um unseren Teil zur Krisenbewältigung beizutragen. Der dadurch entstandene wirtschaftliche Schaden wird nun durch die Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms auch für das 2021 weitestgehend ausgeglichen“, so Wortmann. □

AGFK holt Cargobike Roadshow nach Bayern

Die Cargobike Roadshow tourte 2021 erstmals durch den Freistaat: Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) fand das Test-Event für Elektro-Lastenräder in zehn AGFK-Mitgliedskommunen statt. Auf den öffentlichen Testparcours konnten Bürgerinnen und Bürger die zwei- und dreirädrigen Cargobikes kostenlos testen und Beratung in Anspruch nehmen: Radverkehrsförderung vor Ort und zum Ausprobieren.

Mit der Cargobike Roadshow holte die AGFK Bayern ein öffentliches Event nach Bayern, das E-Lastenradfahren für alle zugänglich machte und mögliche Nutzungshemmnisse abbaut. Gemeinsames Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger für zukunftsfähige Mobilität zu begeistern und die Radverkehrsförderung weiter voranzutreiben. In den AGFK-Gastgeberstädten konnten Interessierte jeweils an einem Tag Lastenräder verschiedener Modelle und Hersteller kennenlernen: Insgesamt standen zwölf zwei- bzw. dreirädrige E-Cargobikes mit Pedelec25-Antrieb und unterschiedlichen Aufbauten zum Lasten- und Kindertransport zur Verfügung. Der Veranstalter, die cargobike.jetzt GmbH, bot dazu kostenfrei und händlerunabhängige Beratung und Fahrreineisungen an. Die Testfahrten fanden Corona-konform und im Freien statt.

Boom E-Lastenrad: Ein Rad wird zur Auto-Alternative

Die AGFK Bayern holte die Roadshow zu einem Zeitpunkt in ihre Mitgliedskommunen, in dem Räder mit Elektroantrieb in der Bevölkerung massiv an Bedeutung gewinnen: Gemäß des Zweirad-Industrie-Verbands sind die

Verkaufszahlen für E-Bikes in Deutschland 2020 um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, insgesamt wurden 2020 1,95 Millionen verkauft – darunter 78.000 E-Lastenräder. Ein ungebrochener Aufwärtstrend, der dafür spricht, dass das E-Lastenrad Vorteile vereint, die vielen zuvor nur das Privatauto bot: Transportkapazität, Fahrkomfort durch Antriebsunterstützung auch auf längeren Distanzen und anspruchsvollen Wegstrecken und eine Mobilität, die unabhängig von Fahrplänen und Mitfahrenden möglich ist. Darüber hinaus bietet es Vorteile, die das Auto nicht leisten kann: Das „Von Tür zu Tür“-Fahren ohne Parkplatzsuche, Umwelt- und Klimafreundlichkeit und Kostenersparnis.

„Wir freuen uns, die Cargobike Roadshow erstmals in Bayern durchgeführt zu haben. Denn viele sind neugierig auf das antriebsunterstützte Radfahren und meist begeistert nach dem ersten Mal Fahren. Mit dem zusätzlichen Beratungsangebot war die Cargobike Roadshow eine Highlight-Aktion für alle, die Spaß am Radfahren haben und sich bewusst eine nachhaltige generationengerechte Mobilität wünschen“, sagt Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern e.V. □

Sofortprogramm des Bundes:

Mehr Komfort in bayerischen Bahnhöfen

Von Aschaffenburg bis Zillendorf: Auch heuer werden zahlreiche Bahnhöfe im Freistaat schöner und komfortabler. Dafür sorgt die Neuaufgabe des „Sofortprogramms Bahnhöfe“ der Deutschen Bahn (DB) und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, wofür das BMVI in Bayern knapp 18 Millionen Euro für rund 130 Bahnhöfe bereitgestellt hat. Weniger als zwei Monate nach dem Start des bundesweiten Programms wurden in Bayern bereits die Arbeiten an knapp 60 Bahnhöfen begonnen. Die Verschönerungsmaßnahmen laufen noch bis Ende des Jahres.

An den Bahnhöfen zwischen Waldmünchen und Cham wurden in diesem Jahr bereits Verbesserungen umgesetzt. Entlang der Strecke wurden die Stationen in Balbersdorf, Geigant, Grub (OPf.), Waffenbrunn und Zillendorf in den vergangenen Wochen mit neuen Bahnsteigen ausgestattet. Auch in Bayerisch Eisenstein, Bergen (Obb.), Dorfen Bahnhof und Oberaudorf wurden bereits erste Maßnahmen umgesetzt, darunter die Erneuerung von Blindenleitsystemen und Bahnsteigtrafuren. Neben einer Vielzahl kleinerer Maßnahmen werden auch umfangreichere Verbesserungen unter anderem an folgenden Stationen durchgeführt:

- Aschaffenburg Süd: Energetische Sanierung des Empfangsgebäudes; gestalterische Aufwertung der Personenunterführung/der Treppenaufgänge (Start bereits in 2020 mit Fortführung in 2021)
- München-Donnersbergerbrücke: Erneuerung der Deckenverkleidung; Aufwertung von Bodenbelägen; gestalterische Aufwertung der Treppenaufgänge und Zugänge; Beleuchtungserneuerung (Start im August)
- Neumarkt i.d.OPf.: Gestalterische Aufwertung der Wartehalle; Erneuerung der Sitzmöglichkeiten; Fassadensanierung/Malerarbeiten an der Außenfassade (Start im Juli)
- Schwabach: Teilweise Erneuerung der Bahnsteigausstattung; Sanierungsarbeiten im Bereich der Zugewungen; Erneuerung

von Fenstern im Empfangsgebäude (Start im August)

- Weilheim: Neugestaltung der Decke in der Wartehalle des Empfangsgebäudes; Erweiterung der Maßnahmen zur Taubenvergrämung; Installation energetischer Thermofenster; Umstellung Beleuchtung auf LED; Erneuerung der Sitzmöglichkeiten; gestalterische Aufwertung der Wartehalle (Start im Juni).

Laut Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für Bayern, „ist es uns durch die Zusammenarbeit mit regionalen Handwerkerbetrieben möglich, schnell und effizient mit den Umsetzungen der Maßnahmen zu starten und bis Ende des Jahres mit attraktiven Bahnhöfen noch mehr Menschen für die klimafreundliche Schiene zu begeistern.“

Neben neuen Wand- und Bodengestaltungen sowie verbesserten Informations- und Orientierungsmöglichkeiten werden auch bequemere Sitzmöbel an den Bahnsteigen und in den Wartehallen angebracht. Für eine bessere Energiebilanz rüstet die DB vielerorts die Bahnhofsbeleuchtung auf klimafreundliche LEDs um. Das Ziel: Mehr Menschen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn gewinnen, um die Mobilitäts- und Klimawende weiter voranzutreiben. Nach Abschluss der Arbeiten im Rahmen beider Sofortprogramme profitieren insgesamt rund 1,9 Millionen Reisende täglich in Bayern von den Verschönerungsmaßnahmen. **DK**

Pilotprojekt mit weiteren Großstädten:

Augsburg will Tempo 30 einführen

Sieben deutsche Großstädte wollen in einem Pilotprojekt großflächig Tempo 30 testen. Nur auf Hauptverkehrsstraßen soll dann noch die übliche Geschwindigkeit von 50 km/h zulässig sein. An der „Städteinitiative Tempo 30 für mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden“, organisiert von der Agora Verkehrswege und unterstützt vom Deutschen Städtetag, beteiligen sich Augsburg, Aachen, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm.

„Wir wollen in unseren Städten nicht flächendeckend Tempo 30 einführen. Und wir wollen keine pauschalen Regelungen für alle Städte. Aber wir wollen, dass Städte selbst entscheiden und neue Modelle von Geschwindigkeiten erproben können“, betonte der Städtetagspräsident und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. Damit solche Modellversuche unter Realbedingungen starten können, müsse die Straßenverkehrsordnung geändert werden. Diese Forderung sei auch in Entschlüssen des Deutschen Bundestags aufgegriffen worden. In der neuen Legislaturperiode müsse dies rasch auf den Weg gebracht werden. „Denn erst dann kann es losgehen mit mehr Entscheidungsspielraum in den Städten und Modellversuchen vor Ort.“

Laut einer Erklärung der Städte „wird die Leistungsfähig-

keit für den Verkehr durch Tempo 30 nicht eingeschränkt, die Aufenthaltsqualität dagegen spürbar erhöht“. Besonders für Fußgänger und Radfahrer würden die Straßen sicherer. Zudem werde der Verkehrslärm reduziert und die Luftbelastung geringer.

Förderung des Radverkehrs

Augsburgs Baureferent Gerd Merkle wies bei der Vorstellung der Initiative darauf hin, dass eine generelle Tempo-30-Regelung gerade auch für die Förderung des Radverkehrs sinnvoll sei. In historisch gewachsenen Straßenzügen sei es nicht überall möglich, eigene Radwege anzulegen. So könnte das Sicherheitsgefühl der Radler verbessert werden, wenn eine Stadt die Höchstgeschwindigkeit reduzieren dürfte, unterstrich Merkle. **DK**

Luftfilter statt Sprachfilter:

„Schwarzfahren“ ist kein rassistischer Begriff

Zur aktuellen Entscheidung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), sämtliche Plakate auszutauschen, die das Wort „Schwarzfahren“ beinhalten, hat Achim von Michel, BVMW-Landesbeauftragter für Politik in Bayern, Stellung bezogen.

Seiner Meinung nach „täte die MVG besser daran, ihre Gelder in optimale Hygienemaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr zu investieren. Mit dem offiziellen Ende der Homeoffice-Pflicht seit 1. Juli steigt das Passagieraufkommen wieder an und das Infektionsrisiko damit ebenfalls. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich die MVG in dieser unsicheren Zeit über Themen Gedanken macht, die bereits im Jahr 2012 von Sprachexperten eindeutig und in öffentlicher Diskussion verortet wurden: Das Wort ‚Schwarzfahren‘ hat demnach keine rassistische Konnotation.“

Der Landesbeauftragte des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf innovative Konzepte hin, mit denen beispielsweise in U-Bahnen durch eine professionelle Luftreinigung das Covid-19-Infektionsrisiko deutlich gesenkt werden könnte. „Auf diese Themen sollte die Landeshauptstadt München als Gesellschafter der MVG derzeit das Augenmerk und das Budget richten, und nicht auf das willkürliche Filtern von Worten und damit verbundene Austauschen ganzer Plakatkampagnen.“ □

ABC des kommunalen Gesundheitswesens: Gesundheitsvorsorge: (Darm)Krebs macht auch in Pandemiezeiten keine Pause

Jährlich erkranken in Deutschland rund 61.000 Menschen an Darmkrebs, etwa 25.000 sterben daran. Neben Brustkrebs ist Darmkrebs damit die zweithäufigste Krebserkrankung in Deutschland – und nach Lungenkrebs die zweithäufigste Todesursache. Ein Großteil der Todesfälle ließe sich jedoch verhindern. Zum einen, indem Risikofaktoren für diese Krebserkrankung, wie Nikotin- und Alkoholkonsum, Bewegungsarmut oder auch faser- und ballaststoffarme Ernährung, vermieden werden. Zum anderen, indem ab einem gewissen Alter Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrgenommen werden.

Die Darmkrebsvorsorge wird in der Regel von den mit dem Onkologischen Zentrum zusammenarbeitenden Fachärzten oder bei besonderen Situationen direkt im Klinikum angeboten. Ab einem Alter von 50 Jahren können Stuhlproben durch Untersuchung auf verstecktes Blut auf Anzeichen von Darmkrebs analysiert werden. Spätestens ab 55 Jahren sollten Frauen wie Männer eine Darmspiegelung durchführen lassen. Die sogenannte Koloskopie ist die beste Möglichkeit, Darmkrebs und seine Vorstufen mit großer Sicherheit zu erkennen. Doch seit Beginn der Coronapandemie machen deutlich weniger Menschen Gebrauch von diesem Vorsorgeangebot. Wegen einer vermeintlich höheren Ansteckungsgefahr sagen sie – trotz umfassender Hygiene- und Sicherheitsstandards in den Praxen und Kliniken – in großem Umfang Vorsorgeuntersuchun-

gen ab. Hinzu kommt, dass die Darmkrebsvorsorge an sich viele – vor allem Männer – abschreckt, schon vor Corona. Dabei war Angst noch nie ein guter Ratgeber.

Darmkrebs bereits im Vorfeld verhindern

Denn: Die Koloskopie, deren Kosten ab einem Alter von 55 Jahren von der Krankenkasse übernommen werden, ist das wichtigste Mittel, Darmkrebs bereits im Vorfeld zu verhindern. Bei der Darmspiegelung geht es vor allem um die Behebung von Veränderungen, aus denen heraus sich Darmkrebs entwickeln könnte. Rund ein Drittel der Patienten hat zwar keine Beschwerden, aber bereits Polypen. Diese Veränderungen können frühzeitig festgestellt und gleich entfernt werden – im besten Fall bevor Krebs entsteht. Treten Beschwerden wie Blutungen und Schmerzen im Bauch auf, ist es meist schon zu spät.

Ist der Befund unauffällig, muss die Untersuchung erst nach zehn Jahren wiederholt werden. Damit einher geht auch die große Chance, Lebensstil und Ernährung mit Blick auf die Risikofaktoren zu verbessern. Die meisten Menschen sind überrascht, wenn sie erfahren, dass beispielsweise das tägliche Glas Wein ein erhöhtes Darmkrebsrisiko verursacht. Es lohnt sich demnach – nicht nur in Pandemiezeiten – auf seinen Lebensstil zu achten und damit auch weitere Erkrankungen, wie Herzinfarkt oder Diabetes zu verhindern. □

Bayerischer Demenzpreis für kreative Projekte

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat in Nürnberg herausragende Projekte aus Oberfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz mit dem Bayerischen Demenzpreis ausgezeichnet. Nach seinen Worten „tragen die Preisträger mit ihren innovativen Projekten dazu bei, dass Betroffene ein Leben in der Mitte der Gesellschaft führen können und sind Vorbilder für ganz Bayern.“

Unter 47 eingereichten Projekten machte das Projekt „Leasinghühner“ des Seniorenzentrums Johann Hinrich Wichern aus Forchheim in Oberfranken das Rennen. Ziel des mit 3.000 Euro dotierten Projekts ist es, mit der Betreuung der Hühner für Menschen mit Demenz eine sinnhafte Aufgabe zu schaffen und durch das Leasingangebot Kontakte zu Menschen, die nicht in der Einrichtung leben, zu ermöglichen. Die Einrichtung beteiligt zum Beispiel auch Kindergartenkinder.

Mit dem 2. Preis (2.000 Euro) wurde das Projekt „Interkulturelle Beratung und Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen“

des Vereins Helfende Hand International – HeHanl e. V. aus Nürnberg in Mittelfranken bedacht. Der Verein bietet kultursensible Begleitung sowie Beratung und veranstaltet Gesundheitskurse sowie niederschwellige kultursensible Angebote.

Belastung für Betroffene reduzieren

Den 3. Preis (1.000 Euro) errang das Projekt „Stationsübergreifende Demenzbetreuung im Akutkrankenhaus“ des Kommunalunternehmens Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Weilburg, St. Anna Krankenhaus. Das St. Anna Krankenhaus bietet Patientin-

nen und Patienten mit Demenz im eigens geschaffenen demenzgerecht gestalteten „Sonnenstüberl“ Aktivierung und Betreuung durch eine Pflegefachkraft und geschulte Ehrenamtliche. Dort wird beispielsweise auch gemeinsam das Frühstück zubereitet und gegessen. Der Krankenhausaufenthalt ist durch die stationsübergreifende Demenzbetreuung für die Betroffenen mit einer geringeren Belastung verbunden.

Neben den drei Preisträgern erhielten folgende Projekte Anerkennungsurkunden: das Projekt „Klettern trotz(t) Demenz“ der Diakoniestation Oberasbach der Diakonie im Landkreis Fürth gGmbH, die „Praxisstudie zum herausfordernden Verhalten von Bewohnern mit extremen Verhaltensauffälligkeiten im Altenheim“ des Caritas Altenheims St. Franziskus Kolbermoor (Landkreis Rosenheim) und das Projekt „Die Frankengartler und ihr grünes Quartier am Streitberger Berg“ des Seniorenzentrums Martin Luther in Wiesenttal (Landkreis Forchheim). □

Barrieren im Kopf und in der Praxis abbauen

Fachverband für Menschen mit Hörbehinderung in Ingolstadt bietet Einzelcoaching zur Videotelefonie für Personen mit Schwerhörigkeit an

Die Familie über Skype virtuell zu Kaffee und Kuchen treffen, mit den Kolleginnen und Kollegen ein Feierabendbier über Google Hangouts trinken oder gemeinsam mit den Freundinnen via Zoom an einem Mal-Event teilnehmen: Microsoft Teams, Zoom und andere Anwendungen für Online-Besprechungen gehören seit verganginem Jahr zum Alltag. Mit Videotelefonie die sozialen Kontakte während der Corona-Pandemie aufrechterhalten, das ist eine Entwicklung, die schwerhörige Menschen vor große Herausforderungen stellt.

Besonders für Menschen mit Schwerhörigkeit sind Webinare und Onlinekonferenzen eine Herausforderung. „Die große Hürde für die Schwerhörigen ist die psychosoziale Komponente“, erklärt Natascha Klenk. Die Sozialpädagogin berät in der Ingolstädter Servicestelle des Fachverbandes für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung e. V. (BLWG) Schwerhörige unter anderem zum Thema Videotelefonie.

Viele Betroffene schlossen von vorneherein aus, so Klenk, die Videotelefonie zu nutzen, weil sie fürchteten, dass die Tonqualität nicht ausreiche, um etwas zu verstehen. „Da spielt die Angst, sich zu blamieren, eine große Rolle.“

Tipps für Schwerhörige

Natascha Klenk zeigt während des Einzelcoachings „Einführung in die Videotelefonie“ verschiedene technische Lösungen. Zudem gibt sie Tipps zur Kommunikationstaktik für Schwerhörige. Die Beratung dauert etwa 30 Minuten bis eine Stunde, aber auch im Nachgang berät Klenk die Betroffenen bei Fragen. Neben der Sozialpädagogin gehören zwei gut hörende sowie zwei schwerhörige Kolleginnen und ein gehörloser Kollege zu dem Bera-

team. Laut dem Minister ist die Zahl der Menschen mit Demenz groß. Bereits heute lebten in Bayern mehr als 240.000 Betroffene, im Jahr 2030 werden es voraussichtlich 300.000 Menschen mit Demenz sein. „Unser Ziel muss es daher sein, die Gesellschaft zu sensibilisieren und für mehr Akzeptanz zu sorgen. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz mittendrin sind.“

Der Bayerische Demenzpreis wird seit 2015 verliehen. Für den Preis können sich Verbände, Vereine, Kommunen, Schulen, Organisationen und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, Körperschaften des Öffentlichen Rechts sowie Unternehmen bewerben. □

Seit November bietet Klenk das kostenlose Einzelcoaching an und räumt während der Beratung mit Ängsten und Vorurteilen auf. „Es geht im Einzelcoaching darum, dass man es in einem geschützten Rahmen ausprobieren kann“, erklärt Klenk. Dabei zeigt sie technische Lösungen auf. Unter anderem erklärt sie, wie man das Zubehör von Hörgeräten koppeln kann, Untertitel nutzt oder Apps zur Spracherkennung verwendet.

Ein zentraler Inhalt ist aber auch die Kommunikationstaktik. „Einen offenen Umgang mit der Schwerhörigkeit kann man lernen. Dieser schafft Transparenz und beugt Missverständnissen vor. So ist es wichtig dem Gesprächspartner genau zu benennen, was man in der Kommunikationssituation braucht, eine gute Beleuchtung oder die Vermeidung von Störgeräuschen“, betont die Sozialpädagogin. Kontaktadressen: Natascha Klenk, iss-in@blwg.de □

Krankenhäuser dürfen sich nicht aus der Fläche zurückziehen

Am Sonntag, 4. Juli hat der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) Prof. Josef Hecken in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gesagt, dass von den derzeit 1.900 Krankenhäusern in Deutschland 700 entbehrlich seien. Darauf entgegnete der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager: „Die Politik hat es sich auf die Fahnen geschrieben, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu erreichen. Das bedeutet auch, die medizinische Versorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Gerade dort geht es um die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung. Diesem Ziel läuft ein neuerlich proklamierter einseitiger Rückzug der Krankenhäuser aus der Fläche zuwider. Das würde ganze Landstriche von medizinischer Versorgung praktisch abkoppeln. Das sollte unbedingt verhindert werden.“

Würden 700 Krankenhäuser verschwinden, so wären die verbleibenden Krankenhäuser umso mehr in größeren Städten angesiedelt, wohingegen Standorte in der Fläche schließen müssten, so Sager weiter.

Richtschnur: wohnortnahe Versorgung

Er führt weiter aus: „Über die Hälfte der Menschen lebt aber in ländlichen Landkreisen und Gemeinden. Das Ziel einer wohnortnahen Versorgung überall in Deutschland muss nach wie vor Richtschnur sein. In strukturschwächeren ländlichen Räumen sieht man, dass die ambulante medizinische Versorgung von den Kassenärztlichen Ver-

einigungen nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann. In manchen Landkreisen findet kassenärztlicher Notdienst kaum noch statt. Diese Lücken müssen zunächst gestopft werden.“

Dabei lasse der Vorstoß einen wesentlichen Punkt außer Acht: „Alles, was unterhalb der Notfallversorgung existiert, sei keine stationäre Versorgung und mithin überflüssig. Das Gegenteil ist richtig: Die Länder müssen ihre Planungsverantwortung wieder wahrnehmen. Sie dürfen sich auch keinen schlanken Fuß machen, wenn es um die Sicherung einer sachgerechten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser in der Fläche geht.“ □



Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.
www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER
 Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN LIVE

- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

Henne Nutzfahrzeuge und MULAG Mähtechnik:

„Ökologisch heißt nicht schöner!“

Informationsveranstaltung zum insektenfreundlichen Mähen in Peißenberg

Auf der IFAT 2020 hätte der u.a. für den Unimog passende Mähkopf ECO 1200, eine Weltneuheit im ökologischen Mähen, präsentiert werden sollen, wäre diese Großveranstaltung nicht pandemiebedingt verschoben worden. Um interessierten Bauhofmitarbeitern dieses neue und gleichzeitig auch die altbewährten Produkte rund ums Mähen vorzuführen, organisierten Henne Nutzfahrzeuge aus Kirchheim und MULAG aus dem Schwarzwald eine Tour, die sie durch Rosenheim, Forchheim, Rothenburg o.d. Tauber, Herrieden, Essenbach und Peißenberg führte. Rund 50 Teilnehmer ließen sich allein in Peißenberg den neuen Mähkopf ECO 1200 im Vergleich mit den herkömmlichen Geräten präsentieren. Der Markt Peißenberg selbst ist ein gutes Beispiel, denn hier wird ökologisches Mähen nicht nur praktiziert, sondern die Idee dahinter auch gelebt. Der Markt wurde bereits mehrfach für die insektenfreundliche Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Flächen ausgezeichnet.

Erster Bürgermeister Frank Zellner begrüßte die Anwesenden erleichtert, dass man sich nun langsam wieder um andere wichtige Themen kümmern

dem Label „StadtGrün natürlich“ in Silber, die GZ berichtete in Ausgabe 19/2020. Mit dem Label wird der vorbildliche Einsatz der Gemeinde für die bio-



Präsentieren die insektenfreundliche Mähtechnik für den Unimog: v.l. Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter Straßenunterhaltungsgeräte MULAG Fahrzeugwerk, Thomas Rieger, Geschäftsführer, Frieder Fülleemann, Verkauf, beide Henne Nutzfahrzeuge, Bürgermeister Frank Zellner und oben Bauhofleiter Roman Bals, beide Markt Peißenberg.

Bild: CH

könne, und Insektenfreundlichkeit steht in Peißenberg sehr weit oben auf der Agenda. Bereits 2018 wurde die Kommune vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND) als „Pestizidfreie Kommune“ aufgenommen.

Im September 2020 folgte dann die Auszeichnung der Deutschen Umwelthilfe mit

logische Vielfalt auf städtischen Flächen gewürdigt. Peißenberg setzt innerorts sowie im Straßenbegleitgrün auf extensive Bewirtschaftung und verwendet regionales Saatgut, zudem werden vermehrt Zwiebelpflanzen vorgenommen. Sonja Mayer vom Bauamt Peißenberg führt aus, dass für die Verkehrsinseln Staudenmischpflanzun-

Grünanlagen insektenfreundlich zu gestalten, sichtbar. Was wiederum viel Aufklärungsarbeit erfordert, so Knauer, denn „ökologisch heißt nicht gleichzeitig auch schön. Der Bauhof wird oft angesprochen, wann denn mal wieder jemand zum Mähen vorbeikommt. Auf die Diskussion, dass die hohe Wiese Absicht ist, muss man vorbereitet sein.“

Auch Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter bei MULAG, der den Grünpflegekopf ECO 1200 vorstellt, gibt zu bedenken, dass man sich an ein neues Schnittbild gewöhnen müsse, denn „ohne Verzicht an mancher Stelle, ist eine Umstellung nicht zu haben“. Aber der politische Druck ist in der Branche deutlich spürbar, weshalb der Mähtechnik-Experte MULAG schon früh auf veränderte Kundenwünsche reagier-



Martin Schäfer (2.v.l.), Erster Bürgermeister der Gemeinde Gröbenzell besucht zusammen mit Robert Rossa, Geschäftsführer des Vereins Dachauer Moos e.V. (l.), Ziegenhalter-Paar Michaela und Christian Müller („Unsere kleine Farm“) und Theresia Pain, Sachgebiet Umwelt der Gemeinde Gröbenzell (r.) die „tierischen Rasenmäher“ auf der Brachfläche am Ascherbach.

Bild: Gemeinde Gröbenzell

Gemeinde Gröbenzell:

„Tierische Rasenmäher“ fördern die Artenvielfalt

Auf einer Gemeindefläche am Ascherbach ist seit Mai eine Herde Ziegen zu Gast: Insgesamt vierzehn Anglo-Nubier- und Buren-Ziegen einer örtlichen Nutztierhalterin werden zur Förderung der Lebensraum- und Artenvielfalt eine Weile als „tierische Rasenmäher“ eingesetzt. Die Idee hat das Gröbenzeller Umweltamt gemeinsam mit dem Verein Dachauer Moos e.V. entwickelt, der das Pilotprojekt auch finanziert.

In Gröbenzell weiden derzeit testweise Ziegen im Moos. Auf 5.000 qm befreien die Tiere die Wiese von Gestrüpp und Gras, damit Blütenpflanzen bestäubenden Insekten Nahrung bieten. Durch den Tritt der Paarhufe werden offene Bodenstellen geschaffen, in denen sich viele verschiedene Pflanzenarten wieder ansiedeln können. Die Hinterlassenschaften der Weidetiere sind für Insekten hoch interes-

sant, die wiederum Nahrung für Vögel sind. Da Ziegen gerne Rinde von Gehölzen fressen, wird nebenher auch das Buschwerk auf der Fläche in Zaum gehalten. Der Zeitpunkt für die Ziegenbeweidung der Gemeindefläche ist bewusst gewählt, denn auch Brombeeren und Brennesseln sollen dezimiert werden. Wenn das Experiment gute Ergebnisse liefert, kehren die Tiere im Herbst zurück. □

gen verwendet werden: „Dabei bevorzugen wir heimische und ökologisch hochwertige Gehölze ohne gefüllte Blüten.“ Ziel der Maßnahmen sei, das Nahrungsangebot wildlebender Insekten und damit auch die weitere Nahrungskette zu befördern. Der Bezirk Oberbayern ernannte die Marktgemeinde 2019 zur „Bienenfreundlichen Gemeinde“.

Viel Aufklärungsarbeit nötig

Laut Hubert Knauer, Bauhofmitarbeiter, ist diese Auszeichnung nicht nur ein Aufkleber, den man sich verpasst habe. Und tatsächlich sind die Bemühungen, die gemeindlichen



In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Gießtechnik

Länger anhaltende Trockenperioden und eine ausgeweitete Begrünung von versiegelten Innenstadtfächen lassen die mobile Bewässerung mehr und mehr in den Vordergrund rücken.

Um Verkehrsinseln, Blumenampeln und -beete sowie Pflanzen jeglicher Art gezielt bewässern zu können, kommen verschiedenste Gießanlagen mit Gießarm und individuellem Tanksystem zum Einsatz. Zur Erhöhung der Fahrzeug- und Geräteauslastung werden die zugehörigen Wassertanks häufig mit Reinigungszubehör, wie Hochdruck-Reinigungslanze oder Schwemmbalken kombiniert.

Die Aufbaumöglichkeiten reichen dabei von Wassertanks für Traktoren über Schmalspurgeräträger bis zu Komplettlösungen für den Unimog. Unterschieden wird nach Systemen mit und ohne Selbstbetankungseinheit. Neben der Option zur unabhängigen Befüllung des Tanks an Zisternen oder sonstigen geeigneten Gewässern kann die Pumpentechnik der Betankungseinheit zum Beispiel auch für Hochdruckreinigungsarbeiten verwendet werden. Die erforderliche Wasserpumpe wird dabei in aller Regel über einen Nebenantrieb des Geräteträgers betrieben.

Bei größeren Wassertanksystemen wird häufig ein Schwallenschutz verbaut. Durch die Unterteilung des Tankinhalts in einzelne Kammern lässt sich vermeiden, dass es zu unerwünschtem Schwappen kommt. Das erhöht die Fahrstabilität und damit auch die Transportsicherheit. Einzelne Hersteller bieten außerdem seewasserfeste Tanks an. Damit lässt sich im Winterdienst auch Sole für die Eisbekämpfung transportieren.

Gießarbeiten im Ein-Mann-Betrieb möglich

Um bei Gießarbeiten die Effizienz und Sicherheit zu erhöhen, erfolgt die Wasserausbringung über einen Brausekopf, der an einen variabel beweglichen Gießarm montiert wird. Dieser ist in alle Richtungen schwenk- und verstellbar und erlaubt eine genaue, automatisierte Dosierung der benötigten Wassermenge. Die Ansteuerung erfolgt entweder direkt über die Fahrzeughydraulik oder über einen elektrischen Antrieb. Durch die Bedieneinheit in der Fahrerkabine wird der Ein-Mann-Betrieb ermöglicht und Mitarbeiter müssen nicht mehr aussteigen, was auf vielbefahrenen Straßen und Kreuzungen ein Risikofaktor ist. □

te. Das naturschonende Mähen mit dem Unimog, dass der neue Mähkopf ermöglicht, stellt Lösungen für die folgenden Anforderungen dar:

- Abstreifen und Aufscheuchen von Insekten und Aussamen von Pflanzen
 - Größere Schnitthöhe: Am Boden lebende Insekten sind besser geschützt
 - Kein Ansaugen: Deutlich weniger Insekten gelangen ins Schneidwerk
 - Reduzierte überrollte Fläche: Insekten werden geschont, die Bodenverdichtung minimiert
 - Schnittgut aufnehmen: Kein Nährstoffeintrag durch verrottes Schnittgut (Magerwiese)
- Theoretisch kommt ein Insekt durch den neuen Mähkopf durch, was bisher nicht möglich war. Dass diese Theorie sich auch in die Praxis umsetzen lässt, wurde inzwischen durch Untersuchungen der Universitäten Tübingen und Hohenheim bestätigt. Im Vergleich zur regulären Schlegel-Mähtechnologie mit anschließendem Überrollen und Mulchen überleben beim ECO 1200 über 70 Prozent der Insekten, wobei im Versuch auf das vorherige Aufscheuchen verzichtet wurde, um vergleichbare Bedingungen herzustellen.

Immense Müllproblematik

Wer sich mit dem Mähen entlang von Straßen beschäftigt, der weiß um die immense Müllprob-

lematik. Das bisherige Mähverfahren sorgt dafür, dass z.B. Glasflaschen sowie sämtlicher anderer Abfall in kleinste Splitter zerlegt dem Grünut beigemischt sind. Das wiederum führt dazu, dass das abgemähte Straßenbegleitgrün nicht überall entsorgt werden kann. Oft bleibt nur noch die Verbrennung als Sondermüll. Weil aber der neue Mähkopf das Schnittgut nicht mehr ansaugt, bleibt auch der Müll ganz. Nun muss er aber im Nachgang per Hand aufgelesen werden.

Frieder Fülleemann, verantwortlich für den Verkauf Unimog und Kommunaltechnik bei Henne Nutzfahrzeuge, bedankt sich beim Peißenberger Bauhofleiter Roman Bals und Bürgermeister Frank Zellner, die diese Veranstaltung ermöglichten. Auch der Henne-Geschäftsführer Thomas Rieger ist angetan von diesem Format: „Zukünftig kann ich mir vorstellen unsere Kunden mit aktuellen Themen direkt und in einem kleineren Kreis zu informieren.“ CH



Die unterschiedlichen Schnittbilder: v.l. Mähkopf Eco 1200 plus inkl. Absaugen des Schnittguts, Mähkopf Eco 1200 ohne Absaugen und Schlegelmähtechnologie inkl. Abrollen und Mulchen.

Bild: CH

Ich lese die GZ

» ... da ich auch nach 36 Jahren in kommunalen Mandaten der Kommunalpolitik immer noch leidenschaftlich verbunden bin. «

Dr. Siegfried Balleis

Alt-OB Erlangen und ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit



GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Zeil a. Main, 5.600 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 01.05.2010.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich war bereits seit 2002 im Stadtrat und hatte so schon den Bezug zur Kommunalpolitik. Interessiert hat mich das was in der Kommune passiert schon immer. Als ich gefragt wurde, ob ich für den Stadtrat kandidieren würde, habe ich mich gerne dafür entschieden. Es ist einfacher, Dinge zu kritisieren; gerade deshalb braucht es auch Menschen, die bereit sind, sich der Verantwortung zu stellen.



Thomas Stadelmann

Erster Bürgermeister der Stadt Zeil am Main

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Zu Beginn meiner Zeit als Stadtrat habe ich verschiedene Seminare, u. a. auf der Frankensparte in Würzburg und für eine Woche in Fürstfeldbruck, besucht. Zudem habe ich mich in verschiedene Themenbereiche eingelesen. Die acht Jahre als Stadtrat waren bei der Kandidatur zum Bürgermeisteramt und dann im Amt selbst natürlich sehr hilfreich. Man weiß von was gesprochen wird und ist in vielen Themenbereichen bereits im Bilde.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die größte Herausforderung war die finanzielle Situation der Stadt. Wir hatten damals insgesamt – Stadt und Stadtwerke (100%iger Eigenbetrieb der Stadt) – ca. 11 Mio. Euro Schulden. Deshalb war und es – und ist es immer noch – sehr schwierig, neben dem Schuldenabbau auch noch in wichtige Projekte investieren zu können.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Das Thema Kindertagesstätten und die ausreichende Anzahl von Betreuungsplätzen beschäftigt uns seit vielen Jahren. Neben bereits erfolgten An- und Neubaumaßnahmen müssen wir permanent nachjustieren. Ein weiteres Thema ist die Schaffung eines sog. „Gesundheitsparks“, den aktuell ein Investor plant. Auch die Schaffung von weiteren Bauplätzen, Wohnraum und Gewerbe, beschäftigt uns gegenwärtig. Dazu die mögliche Weiterverwendung – Abriss oder anderer Nutzungszweck – eines im Jahr 2019 geschlossenen Hallenbades.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Themen Klimawandel, Umweltschutz und auch die Pandemie werden uns nachhaltig beschäftigen.

Ein Verkehrskonzept für die Zukunft in der Innenstadt, Kanal- und Straßensanierungen, der weitere Schuldenabbau und vieles mehr wird uns permanent begleiten und vor Herausforderungen stellen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Man kann und muss nicht alles wissen. Es gibt in den Verwaltungen sehr gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiter, die man in die Entscheidungsfindungen mit einbeziehen sollte. Ein offener und ehrlicher Umgang mit den Fraktionen, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern schafft Vertrauen. Die Menschen mitnehmen und über wichtige Entscheidungen immer rechtzeitig vorher informieren. Man muss sich selbst treu bleiben und sich nicht für andere verbiegen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich bespreche wichtige Entscheidungen zunächst nahezu immer erst intern mit den Sachgebietsleitern und teilweise auch mit den Mitarbeitern. Anschließend informiere ich die weiteren Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden und dann auch den Stadtrat darüber. Wir arbeiten anschließend sehr häufig gemeinsam die endgültigen Lösungen aus. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in Bürgerversammlungen, aber auch über unser Amtsblatt über die aktuellen Themen informiert. Zudem können die Bürger nach Terminabsprache immer kurzfristig mit mir sprechen, spezielle Sprechzeiten gibt es nicht.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung spielt und wird auch in Zukunft in der Verwaltung eine sehr wichtige Rolle spielen. Manches wird einfacher, manches aber auch umständlicher. Dennoch wird gerade in der Kommunalpolitik auf dem Land der Mensch und der persönliche Kontakt zu den Menschen immer ein wichtiger Faktor bleiben.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Man sollte nie vergessen, wo man herkommt und sollte immer in den Spiegel schauen können.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein Bürgermeister der sicher nicht alles richtig gemacht hat, aber immer ehrlich, offen und vertrauensvoll zu den Mitbürgerinnen und Mitbürgern war.

Streit um Regionalförderung:

Herbe Enttäuschung in Ostbayern

Derzeit wird die regionale Wirtschaftsförderung in Deutschland über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) neu aufgestellt. Die Regionalleitlinien der Europäischen Kommission für die Förderperiode von 2022 bis 2027 ermöglichen auch künftig den Verbleib Ostbayerns in der EU-Regionalförderung. Jedoch hat die innerdeutsche Umsetzung der Regionalleitlinien der Europäischen Kommission dazu geführt, dass die Landkreise Freyung-Grafenau, Regen und Cham nun erhebliche Förderkürzungen in Kauf nehmen müssen.

Konkret macht sich in Ostbayern Unmut darüber breit, dass die Landkreise Freyung-Grafenau und Regen, die in der aktuellen Förderperiode (2014 bis 2020) hauptsächlich als C-Fördergebiet (maximaler Fördersatz für Kleinunternehmen: 30 Prozent) eingestuft wurden, in der künftigen Förderperiode ihren Status verlieren. Während der Landkreis Regen wenigstens noch vollständig als D-Fördergebiet ausgewiesen wird, muss der Landkreis Freyung-Grafenau noch stärkere Einschränkungen in Kauf nehmen und verliert so-

kreise Freyung-Grafenau und Regen sich zwar in der Mitte Europas, aber sowohl geografisch als auch wirtschaftlich sprichwörtlich ‚am Rande Deutschlands‘ befinden. Deshalb kann und darf es nicht sein, dass in der bayerischen Grenzregion ein eklatantes Fördergefälle zur Tschechischen Republik entsteht und darüber hinaus die ‚innerdeutsche Kluft‘ zu den großen Wirtschaftsregionen und Ballungszentren Deutschlands wieder anwächst. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der die bayerischen Grenzregionen einigermaßen den Anschluss an

das mit den jetzigen Strukturdaten nicht geht, wenn wir nicht an tschechische Höchstfördergebiete angrenzen. Wir sind also von den EU-Vorgaben und der wirtschaftlichen Entwicklung in den tschechischen Gebieten abhängig“, erklärte der Minister. Ein Veto gegen das mit Bund und Ländern gemeinsam ausgehandelte Ergebnis wäre ein großer politischer Fehler gewesen, ohne die Verhandlungslage für Bayern auch nur einen Zentimeter zu verbessern. Im Gegenteil: „Wir hätten das Ergebnis mutwillig gefährdet, ohne Aussicht auf irgendeine Verbesserung.“

Aiwanger zufolge grenzt ab 2022 kein Landkreis in Niederbayern an ein Höchstfördergebiet auf tschechischer Seite. Deshalb seien C-Fördergebiete in Niederbayern ab dem kommenden Jahr nicht möglich. Zudem seien nach dem Strukturverschlechterung die niederbayerischen Landkreise gerade wegen ihrer positiven Entwicklung weit davon entfernt, in den deutschen C-Fördergebietsplafonds zu fallen. Aiwanger: „Anstatt die Öffentlichkeit mit Falschdarstellungen hinter das Licht zu führen, sollten die Kritiker des Verhandlungsergebnisses auch künftig gemeinsam mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium die bestehenden Fördermöglichkeiten gezielt für ihre Region nutzen.“ **DK**



Zwei verdiente Kommunalpolitiker konnte Landrätin Rita Röhl, Landkreis Regen, auszeichnen. Sie überreichte die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung in Bronze an den ehemaligen Patersdorfer Bürgermeister Willi Dieltl. Zudem bekam Kreisrat Dr. Stefan Ebner die kommunale Dankurkunde überreicht.

Bild: Langer/Landkreis Regen

gar einzelne Kommunen aus der D-Förderkulisse. Dies hat zur Folge, dass gewerbliche Investitionen in diesen Kommunen künftig überhaupt keine GRW-Mittel mehr erhalten. In den D-Fördergebieten liegt der maximale Fördersatz für Kleinunternehmen bei 20 Prozent sowie für mittelständische Unternehmen bei zehn Prozent.

Wettbewerbsverzerrungen verhindern

Aus Sicht der Landräte hat sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen der politischen Verhandlungen nicht genug für die Interessen der bayerischen Grenzregionen zur Tschechischen Republik eingesetzt. Aiwanger habe nicht einmal die zweiwöchige Einspruchsfrist genutzt, um sich gegen die geplante GRW-Gebietskulisse zur Wehr zu setzen. Röhl, Gruber und Löffler fordern nunmehr, die entstehende Lücke durch den Wegfall der GRW-Fördermittel bayerische Fördermittel auszugleichen, um „neue Wettbewerbsverzerrungen entlang des ehemaligen ‚Eisernen Vorhangs‘ zu verhindern und einen Rückgang von Investitionen oder gar Betriebsverlagerungen zu vermeiden“.

In einer ersten Stellungnahme bezeichnete Wirtschaftsminister Aiwanger die neue Förderkulisse als Erfolg für den gesamten ostbayerischen Raum. Mehr sei leider nicht herauszuholen gewesen. „Die ostbayerischen Landräte, die jetzt kritisieren dass ich nicht überall C-Fördergebiete ausweise, müssten wissen, dass

Erhebliche Fördereinkünfte

Auch der Landkreis Cham kritisiert die erheblichen Fördereinkünfte. Bislang war er entlang der Grenze und in einem Korridor bis Cham und Roding als C-Fördergebiet ausgewiesen, die restlichen Gemeinden als D-Fördergebiet. Nach aktueller Planung werden die bisherigen C-Fördergebiete künftig als D-Fördergebiete geführt. Gewerbliche Investitionen in den anderen Kommunen erhalten künftig überhaupt keine GRW-Mittel mehr. „Der Landkreis Cham hat sich zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Das Fördergefälle zu Tschechien wurde durch die C- und D-Förderung erfolgreich abgemildert. Diese gute Entwicklung darf jetzt nicht abrupt abgebrochen werden“, forderte Landrat Franz Löffler. In einer gemeinsamen Pressemitteilung weisen die Landräte Rita Röhl (Regen) und Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) darauf hin, „dass die bayerische Grenzregion und somit auch die Land-

Wichtige Brückenfunktion

Haus der Heimat erhält Förderung in Höhe von 25.600 Euro

Als Ort der grenzüberschreitenden Kulturarbeit mit einer Brückenfunktion zu Nachbarländern versteht sich das Haus der Heimat (HdH) in Nürnberg. Die Einrichtung setzt sich für die Pflege von Kultur, Tradition und Brauchtum der Landsmannschaften aus dem ehemaligen Osten Deutschlands sowie aus den Siedlungsgebieten Deutscher in Mittel- und Osteuropa ein. Diese Arbeit unterstützt der Bezirk Mittelfranken auch in diesem Jahr mit 25.600 Euro.

Zweckgebunden fließen davon 4.000 Euro in die kulturelle Eingliederungsarbeit für junge Aussiedler. Seit 1997 gehört der Bezirk zu den Unterstützern des HdH, die bisherige Förderung summiert sich auf über eine halbe Million Euro. Das Haus der Heimat in der Imbuschstraße in Nürnberg-Langwasser wurde 1998 vom Freistaat errichtet, wird seitdem vom Verein „Haus der Heimat e.V.“ betrieben und erfreut sich nach wie vor eines wachsenden Zulaufs. **□**

Stadt Kempten:

Bundesförderung für Projekt „Demokratie leben!“

Die Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden

Die Stadt Kempten erhält eine Förderung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“. Damit fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierung und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kempten als Projektpartner der Stadt und Träger der Fachstelle des Projektes, soll das Verständnis für Demokratie, die demokratische Bildung und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kempten gestärkt werden. Auf Seiten der Stadt Kempten wird das Projekt im Amt für Integration federführend begleitet.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Oberbürgermeister Thomas Kiechle freut sich, dass die Stadt Kempten diese Bundesförderung erhält: „Eine funktionierende Demokratie und das Verständnis für ein demokratisches Miteinander bilden die zentrale Grundlage für unsere Gesellschaft. Die Demokratie an sich



Auftakt für „Demokratie leben!“ in Kempten. V.l.: Alexander Köffer, Fachstelle „Demokratie Leben!“ bei der vhs Kempten, Peter Roth, Geschäftsführer der vhs Kempten, Philip Wagner, Leiter des Amtes für Integration bei der Stadt Kempten, Oberbürgermeister Thomas Kiechle und Thomas Baier-Regnery, Leiter des Referats für Jugend, Schule und Soziales.

Bild: Stadt Kempten (Allgäu)

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

5 Millionen Euro für Bildung weltweit

Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ erreicht wichtigen Meilenstein

Im Jahr 2018 wurde die Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ von den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Initiator war Landrat Stefan Rößle, der im Landkreis Donau-Ries zunächst Spendenzusagen für 10 Schulbauprojekte in Afrika gewinnen konnte. Mittlerweile wurden viele weitere Projekte auf drei Kontinenten in über 20 Ländern umgesetzt.

Ziel der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände ist es, mit der weltweiten Förderung von Bildung Armut zu verringern und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Knapp drei Jahre nach ihrer Gründung erreicht die Initiative nun einen wichtigen Meilenstein. Für mittlerweile rund 150 Projekte wurden bisher Spenden in Höhe von 5 Millionen Euro generiert.

**Spitzenreiter
Landkreis Donau-Ries**

Der Landkreis Donau-Ries bleibt dabei weiterhin Spitzenreiter, wenn es darum geht, Bildung und Chancengleichheit weltweit zu ermöglichen. Stolz 39 Projekte wurden durch Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen aus dem Landkreis finanziert. Von den erwähnten

5 Millionen Euro stammen rund 1,5 Millionen von Spendern aus dem Landkreis Donau-Ries.

„Die Initiative arbeitet nur mit Organisationen zusammen, die garantieren, dass die Spendengelder eins zu eins vor Ort ankommen“, bestätigt Landrat Stefan Rößle. Neben der Stiftung „Fly&Help“ von Rainer Meutsch, mit der bisher die meisten der Projekte umgesetzt wurden, sind auch verschiedene Vereine aus dem Landkreis, wie beispielsweise der Nördlinger Verein „Vier Steine für Afrika“ oder die in Mailingen ansässige „Uhola Village Foundation“ Teil der Initiative.

Aktuell darf sich die Initiative über ein weiteres Projekt freuen. Anlässlich der Verleihung des St.-Ulrichs-Preises, welchen Minister Dr. Gerd Müller jüngst in Berlin feierlich verliehen bekam (vgl. GZ 13/2021), gab dieser die Spende seines Preisgeldes für

ein Schulbauprojekt in Togo bekannt. Der Bundesminister, welcher sich gleichzeitig als Schirmherr für „1.000 Schulen für unsere Welt“ engagiert, übernimmt gemeinsam mit seiner Frau die komplette Finanzierung eines soliden Schulgebäudes mit vier Klassenräumen sowie den dazugehörigen Sanitäranlagen.

Landrat Stefan Rößle, der zusammen mit einer Delegation aus dem Landkreis Dillingen an der Preisverleihung teilnahm, gratulierte dem Bundesminister und ist begeistert, dass die Ehrung des Ministers möglicherweise sogar noch den Anstoß für ein weiteres Schulprojekt gelegt hat. „Die Überlegungen des Dillinger Oberbürgermeisters Frank Kunz, im Nachgang an die Preisverleihung eine Spendeninitiative in Dillingen zum Bau einer Schule in Afrika zu starten, bestätigen uns darin, dass wir mit „1.000 Schulen für unsere Welt“ einen leicht zugänglichen, sinnvollen und effektiven Rahmen geschaffen haben, der es Kommunen ermöglicht, sich weltweit für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen“, freut sich Rößle. □

Starke Netze für Wirtschaft und Klimaschutz

Investitionen ins Energienetz sind Investitionen in Klimaschutz und eine starke Wirtschaft
Bayernwerk-Führung und Grünen-Politiker beim Besuch eines Umspannwerks in Neufahrn

Die Notwendigkeit von Investitionen in die Netzinfrastruktur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und als Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele haben das Energieunternehmen Bayernwerk und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen in Niederbayern erklärt. Nach dem gemeinsamen Gespräch im Kundencenter in Altdorf mit anschließender Besichtigung eines Umspannwerks sprach Bundestagsabgeordneter Dr. Anton Hofreiter bei Infrastrukturausbau und Klimaschutz von einer gemeinsamen Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Beschäftigte.

„Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Netze sind entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation“, betonte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal beim Besuch der Grünen-Delegation im neuen Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. Aktuelle Entwicklungen bei der Bearbeitung von Netzanschlüssen zeigen bereits den Beginn eines neuen PV-Booms. „Allein 2020 wurden im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen im Hochspannungs- und Mittelspannungsnetz für über 11.000 Megawatt angefragt – das entspricht einer Leistung von rund elf Atomkraftwerken“, sagte der Bayernwerk-Chef. Doch die Energiezukunft sei mehr als die wachsende Einspeiseleistung dezentraler Anlagen, es gehe um eine vielfältige und nachhaltige Lebenswelt, die ein klimaneutrales Zusammenleben sichert und die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Freizeit verbindet. Entscheidende Herausforderungen, so seine Botschaft, sind Digitalisierung, Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze.

Milliarden für Erreichen der Pariser Klimaziele

Nach Ansicht von Dr. Anton Hofreiter, Fraktionschef der Grünen im Bundestag, werden Milliardeninvestitionen benötigt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Das gelte auch für Investitionen in die Stromnetze, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen betonte, dass starke und zukunftsfähige Ener-

gienetze nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz sind, sondern dass ein Ausbau der Infrastruktur auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärke und ein echter Jobmotor sei. Politik, Wirtschaft und Beschäftigte müssten nach den Worten von Hofreiter an einem Strang ziehen und diese riesige Transformation zu einem Erfolg für uns alle machen.

Energiezukunft vor Ort

„Wir sind als Bayernwerksbelegschaft stolz darauf, die bayerische Energiezukunft von Morgen jeden Tag neu mitgestalten zu dürfen. Dazu braucht es neben der Weiterentwicklung unserer Anlagen auch die Kolleginnen und Kollegen als Garanten für den Erfolg“, betonte Albert Zettl, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Bayernwerks. Sowohl Kunden und als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien Teil der bayerischen Regionen. „Regionale Nähe, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die Menschen stehen für uns im Mittelpunkt. Wir bringen die Dinge zusammen. Energie aus der Heimat, dort erzeugt und dort verbraucht“, sagte Zettl. „Die allgemeinen Klimaziele und eine erfolgreiche Energiewende sind tägliche Herausforderungen beim Bayernwerk. Mit dem Know-how unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten wir jeden Tag an diesen großen Gesellschaftszielen.“ □

Regionale Gemeinschaftsverpflegung:

„Kantine sucht Region“

Mit dem Projekt „Kantine sucht Region“ bringt die Interessengemeinschaft Regionalbewegung Mittelfranken den Einsatz regionaler Produkte in der Betriebsgastronomie voran.

Im ersten Schritt hat die Regionalbewegung aus Feuchtwangen eine Broschüre aufgelegt, in der landwirtschaftliche Erzeuger und Direktvermarkter mit ihrem Angebot aufgelistet sind. Dies erleichtert Betriebskantinenbetreibern die Suche nach für sie geeigneten Lieferanten. In einer zweiten Projektphase soll nun ein Geschäftsmodell zur Versorgung von Unternehmen mit Betriebskantinen mit regionalen Produkten entwickelt werden.

Im letzten Jahr hat sich der Bezirk Mittelfranken bereits mit 10.000 Euro an dem Projekt „Kantine sucht Region“, das als ein wichtiger Beitrag für eine regionale Wertschöpfung gesehen wird, beteiligt. Die Unterstützung wird in diesem Jahr fortgesetzt, in seiner jüngsten Sitzung hat der Bezirksausschuss die Auszahlung von weiteren 30.000 Euro auf den Weg gebracht. □



Bayernwerk-Führung, Betriebsrat und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen im Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. V.l.: Rosi Steinberger (MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz), Horst Heid (stellv. Spartenbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk), Axel Winterwerber (Gesamtbetriebsratsvorsitzender SÜWAG AG, Beauftragter Politik und Regulierungspolitik Konzernbetriebsrat E.ON SE), Maria Krieger (Bundestagsdirektkandidatin und Abgeordnete Kreistag Kehlheim), Dr. Egon Leo Westphal (Vorsitzender Vorstand Bayernwerk AG), Dr. Anton Hofreiter (MdB, Vorsitzender Bundestagsfraktion B90/GRÜNE), Albert Zettl (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk AG und Konzernbetriebsratsvorsitzender E.ON SE), Alexander Gröbner (Ver.di Ostbayern, Mitglied Aufsichtsrat Bayernwerk AG). Bild: Christian Martens / Bayernwerk

GZ PINOS WELT



„Ein großer Tag für die Elektromobilität in unserer Stadt.“ Der Bürgermeister nahm feierlich die Schlüssel für das erste rein elektrisch betriebene Dienstfahrzeug in unserer Stadt entgegen – wenn man mal von den Elektrokarren absieht, mit denen der Bauhof die Mülleimer in den Parks und am Friedhof leert.

Nein, jetzt haben wir ein richtiges E-Auto aus weiß-blauer Produktion und mit grünem Herzen, denn zugleich wurden in der Rathausgarage und auf dem Parkplatz vor dem Rathaus jeweils zwei moderne Ladestationen eingeweiht, die von unseren Stadtwerken mit grünem Strom versorgt werden. Ökologischer geht es nicht.

Unter uns: Es wurde Zeit. Zwar ist Bayern bundesweit unangefochten Nr. 1 was die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen für Elektrofahrzeuge

Was heißt schon Brückentechnologie?

angeht, aber unsere Stadt hat dazu bis dato keinen entscheidenden Beitrag geleistet. Nur am Bahnhof hatten die Stadtwerke eine Testsäule eingerichtet, die an Monstrosität und Hässlichkeit kaum zu überbieten ist.

Sie verfügt über vier Anschlüsse für unterschiedliche Ladesysteme, ist aber so dämlich situiert, dass maximal zwei Autos parallel laden können – sofern die Fahrer über exzellente Rangierfähigkeiten verfügen. Ansonsten gibt es in der Stadt nur private Ladesäulen sowie einige an Supermärkten, Ausflugsgaststätten und Hotels.

Jetzt geht es aber Schlag auf Schlag: In allen städtischen Parkgaragen und Parkplätzen werden mindestens zwei Ladepunkte eingerichtet, vor dem Kundenzentrum der Stadtwerke, vor der Sparkasse und vor der Raiffeisenbank ebenso. Einzelhändler werden ermuntert, ihren Kunden Lademöglichkeiten zu bieten. Unsere Stadt will also mit Wrap-Geschwindigkeit die rote Laterne der Elektromobilität loswerden und zur grünen Avantgarde aufschließen.

Möglich wurde diese Entwicklung, weil der Bürgermeister mit einer flammenden Zukunfts-Rede endlich seine ganze Fraktion für

Linie bringen konnte. Bis dato hatten noch ein paar Nostalgiker große Bedenken, die eisern am Verbrenner festhalten wollten und im Elektroauto bestenfalls eine Übergangstechnologie, aber nicht die Zukunft sahen.

Das alles waren sehr deutliche Debatten und erinnern schmerzlich an das Bonmot über Kaiser Wilhelm II.,

der dem Automobil skeptisch gegenüberstand und angeblich sagte „ich setze aufs Pferd“. Überhaupt, was heißt schon Brückentechnologie. Das Pferd war die Brückentechnologie zum Verbrennungsmotor, die Dampfkraft die Brückentechnologie hin zur Elektrizität. Der Fortschritt ist, wenn man so will, ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten ist. Werden die Menschen in Zukunft mit Wasserstoff fahren? Wird es umweltfreundliches synthetisches Fuel geben? Möglich und ich würde es mir für den Planeten wünschen, aber bis dahin ist es besser, die Mobilität mit Hilfe von erneuerbar erzeugtem Strom zu organisieren, als mit Benzin und Diesel.

Ja, so ein Stromer hat noch Nachteile gegenüber einem konventionellen Auto. Die Ladezeiten sind länger als ein Tankstopp und man findet noch nicht überall Ladesäulen. Aber Katzen erzählen sich von Generation zu Generation hinweg Geschichten. Eine handelt von dem wütenden Widerstand gegen Fritz Zimmermann bei der Einführung des Katalysators für Autos. Es hieß, weil man bleifreies Benzin braucht, könnte man nicht mehr nach Italien fahren, Reisen würden erschwert und müssten sorgfältig geplant werden. Und dann hat es doch die alte Tante Marktwirtschaft gerichtet – die Deutschen fuhren nach Italien und die italienischen Tankstellen hatten benzina senza piombo.

Der Bürgermeister setzt somit ganz nach dem Lehrbuch auf die Attraktivität von E-Autos und befriedigt die Nachfrage nach Ladestationen. Gestärkt aus dem Kampf mit der Fraktion sagt er es mit dem französischen Politiker Pierre Mendès-France: „In der Politik ist es wie in der Elektrizität: Wo es Kontakt gibt, gibt es auch Spannungen.“

Ihr Pino

50 Jahre aktiv:

Ehrung für Kurt Aue

Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Deutschen Sozialwerkes der Sudetendeutschen Landsmannschaft Deutschlands, die im Heiligenhof in Bad Kissingen über die Bühne ging, wurde Kurt Aue aus Augsburg, Ortsobmann der Sudetendeutschen Königsbrunn / Wehringen / Klosterlechfeld, für sein 50jähriges Wirken in der Volksgruppe ausgezeichnet. Die Ehrenurkunde überreichten der stellv. Kreisobmann Augsburg Land, Walter Eichler aus Neusäß, und der Bayerische Landesobmann der Sudetendeutschen und Stiftungsdirektor am Heiligenhof, Steffen Hörtler aus Bad Kissingen.

Im Jahre 1971, kaum von Bäumenheim nach Königsbrunn verzogen, trat der damals schon umtriebige 27-jährige Kurt Aue unter dem damaligen Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Königsbrunn, Otto Treutler, in die Sudetendeutsche Volksgruppe ein. Von damals bis zum heutigem Tage bekleidet der ehemalige Kreis- und Stadtrat, der vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz verliehen be-

kam, alle Ehrenämter der Vertriebenenorganisationen. Seit einigen Jahren fungiert er nicht nur als stellv. Bezirksobmann der Sudetendeutschen Schwabens, sondern auch als Kreisobmann der SL Augsburg Land und Ortsobmann der SL Königsbrunn, Wehringen und Klosterlechfeld sowie als Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Augsburgs. □



v.l.: Walter Eichler, Kurt Aue und Steffen Hörtler.

Bild: Christa Eichler

Mehr regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel

Mit „Regio 2030“ fördert der Bezirkstag von Niederbayern den Einsatz von mehr regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den eigenen Einrichtungen

Bereits Ende 2019 stand für den niederbayerischen Bezirkstag fest, dass in den eigenen Liegenschaften mehr regional und ökologisch produzierte Lebensmittel verwendet werden sollen. Nach einem Bezirkstags-Beschluss wurde hierzu das Projekt „Regio 2030“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, bis 2030 der Anteil von regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den Einrichtungen des Bezirks Niederbayern auf jeweils mindestens 30 Prozent zu erhöhen.

Mit seinen Zielen greift das Projekt des Bezirks Hand in Hand in das BioRegio-Landesprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das ein ganzes Maßnahmenpaket umfasst, um den Öko-Landbau in Bayern zu fördern und bis 2030 den Anteil der ökologisch bewirtschafteten, landwirtschaftlichen Flächen auf 30 Prozent zu steigern. „Wir wollen mit dieser Zielsetzung die Landwirtschaft in Niederbayern unterstützen, die Transportwege

verkürzen und damit einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten“, erläutert Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben

Mit „Regio 2030“ des Bezirks Niederbayern werden Speisepläne in der Verpflegung der Bezirkseinrichtungen entsprechend umgestellt, Netzwerke u. a. für die Verbesserung von Lieferketten aufgebaut und der Lebensmit-

telverschwendung entgegengewirkt. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben wie etwa dem Lehr- und Beispielsbetrieb für Obstbau Deutenkofen und dem Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetrieb Lindbergmühle bei Zwiesel intensiviert werden. „Bezirksrätin Mia Goller hat dieses Projekt angeregt und stieß bei den Fraktionen auf offene Ohren. Diese Art der interfraktionellen Zusammenarbeit hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Transparenz und Offenheit im Bezirkstag sind“, so der Bezirkstagspräsident.

Bereits 2020 wurden wesentliche Weichen zur Umsetzung gestellt, indem eine Arbeitsgruppe installiert wurde. Diese treibt das Projekt seither voran und setzt

es sukzessive um. Dazu gehören Lukas Dillinger, Projektleiter Genussregion Niederbayern; Margit Huber, Verpflegungsleitung Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn (ABZ); Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten; Günther Putz, Gutshof Mainkofen; Dorothee Trauzettel, beim AELF Landshut Leiterin des Fachzentrums Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung; Manfred Weikl, Verpflegungsleiter im Bezirksklinikum Mainkofen, sowie Hildegard Zißler, Verpflegungsleiterin am Institut für Hören und Sprache in Straubing. Die Arbeitsgruppe hat für 2021 eine umfangreiche Agenda in mehreren Treffen geplant beziehungsweise bereits durchgeführt.

Dazu Katrin Landes: „Wir konnten dieses Jahr schon einige Teilziele erreichen, um die nötigen Grundlagen für ‚Regio 2030‘ zu schaffen. Schon jetzt ist ein Umdenken hin zu mehr Regionalität, Saisonalität und Nachhaltigkeit beim Einsatz von Lebensmitteln deutlich spürbar.“ **sb**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr.15/16, die am 29. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunaler Bau
- Kommunale Gesundheitsthemen
- Wasser · Abwasser
- Freizeitanlagen · Tourismus



Alle Personen, insbesondere Radfahrer und Wanderer, dürfen in den genossenschaftlichen Dorf- und Stadtläden des Landkreises Donau-Ries die eigene Trinkflasche kostenlos mit Leitungswasser auffüllen. Die elf Läden sind seit Anfang Mai Teil der deutschlandweiten Initiative „Refill“: v.l. Konversionsmanagerin Barbara Wunder und Stadtläden Geschäftsführer Oliver Sporr. Bild: Christina Rössner, Stadtläden

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

EN plus
Nachwachsende
Holz stoffe

EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koesinger.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

100% Außenluft umluftfrei betriebssicher energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfstratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldemar**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!